# BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

**Heft 3** **Köln, 20. März 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln



**Unter Mitarbeit von**

*Franz Beyer – Reimar von Bonin*
*Ulrich W. Doering – Helmut Dörr*
*Josef Emonds – Hermann Etzel*
*Georg Groeninger - Walter Hagemann*
*Johannes Hessen – Hans Iwand*
*Yasushi Nishiwaki*
*Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola*
*Franz Rauhut – Hermann Rauschning*
*Hans Rheinfelder – Renate Riemeck*
*Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz*
*Katharina Seibert*
*Hermann Strathmann - Leo Weismantel*
*Johannes Weidenheim*
*Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz*
*und anderen*


**Inhalt:**


- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Stunde des nationalen Notstandes"* S. 149
- *Heinz Seeger, „Die Stunde verlangt uns"* S. 159
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts"* S. 161
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Wir bitten um Verständnis"* S. 167
- *Erich Rüttel, „Gewerkschaften vor der Entscheidung"* S. 168
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Was ist gemeint?"* S. 173
- *Mechthild C. Kerlen, „England und das Disengagement"* S. 178
- *Prof. D. Hans Iwand, „Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung"* S. 185
- *Johannes Weidenheim, „Atomrüstung — nein oder nein?"* S. 187
- *Dr. Basil Mathiopoulos, „Die Entwicklungsstufen der Zypernfrage und ihre Rückwirkungen"* S. 190
- *Kaspar Thomas Lenk, „... und fragt nicht, was gewesen ist"* S. 196
- *Hans Hellmut Kirst, „Provokation zu Einsicht und Frieden"* S. 198
- *Kurt Hirsch, „Wirtschaftliche und politische Sünden Frankreichs als Ursachen des Algerien-Krieges"* S. 206
- *Zeitdokumente (Appell der Vierundvierzig; Resonanz darauf; Anfrage an die Synode der EKD; Entschließung der naturwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt; Erklärung von 204 Angehörigen der Universität London)* S. 211



Prof. Dr. Renate Riemeck


## Die Stunde des nationalen Notstandes

### Verantwortlich ist jeder

Wir leben in einer Stunde nationalen Notstandes. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes lehnt das selbstmörderische Risiko einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik ab. Hunderte von deutschen Wissenschaftlern haben gewarnt und gemahnt. Die Öffentlichkeit ist erregt. Aber der Bundesverteidigungsminister fliegt nach Amerika und erklärt bei seiner Ankunft, in Deutschland wie in jedem anderen Lande bestünden Widerstände gegen die Errichtung von Raketenbasen. Die Bundesregierung erwarte jedoch die Vorschläge des Nato-Oberkommandierenden und sei entschlossen, „ihre Pflicht zu tun". Wenige Tage später bestellte er sechzig amerikanische Matador-Raketen. Jedermann weiß, daß dies taktische Atomwaffen

sind, bzw. jederzeit als solche eingesetzt werden können. Herr Strauß möchte sie, wie er verlauten ließ, zu Ausbildungszwecken für die Armee verwenden und außerdem der in der Raketentechnik „völlig kenntnislosen" deutschen Industrie zum Studium der Herstellungsmethoden zur Verfügung stellen (!). — Wir wissen also Bescheid. Der erste vorbereitende Schritt zur atomaren Bewaffnung Westdeutschlands ist vollzogen. Das Spiel mit dem Feuer hat begonnen.

Aus Bonner Regierungskreisen ist bekannt geworden, daß man sich auf folgende Grundlinien der Politik eingestellt hat: 1. Ein Verzicht auf Atomwaffen ist politisch falsch. 2. Die Atombewaffnung kann nur durch ein allgemeines Abrüstungsabkommen überflüssig gemacht werden. 3. Solange ein solches Abkommen nicht erreicht wird, ist die Bundesrepublik darauf angewiesen, Atomwaffen zu ihrer Verteidigung zu erhalten („Die Welt", Nr. 55/1958).

Die Bundesregierung wird also die Spannung in der Welt verschärfen, die Spaltung Deutschlands unheilvoll vertiefen und 67 Millionen deutsche Menschen dazu nötigen, weiterhin mit John Foster Dulles „am Abgrund des Krieges" zu existieren. Sie wird dies alles gegen den Willen des Volkes tun. Sie wird es unter Berufung darauf tun, daß die parlamentarische Mehrheit ihrer Politik zustimmt.

Es war schon mehrfach das Glück des Bundeskanzlers, daß die Väter des Bonner Grundgesetzes die Möglichkeit eines Volksentscheides nicht in die Verfassung aufgenommen haben. Jeder Bundeskanzler könnte also — theoretisch — mit Hilfe einer durch vorsätzliche Irreführung der Wählerschaft zustandegekommenen Bundestagsmehrheit dem Volke seinen Willen aufzwingen. Könnte er das wirklich?

Wir leben in keiner Diktatur. Wir leben in einer Demokratie. In einer Demokratie aber ist die öffentliche Meinung eine Macht, an der keine Regierung vorbeikommt. In einer Demokratie ist jeder einzelne der Staat, ist jeder einzelne verantwortlich für das Ganze. Die Nation ist die Summe souveräner Staatsbürger. Sie kann durch eine klare und eindeutige Bekundung ihres Willens die Bundestagsmehrheit und den Kanzler dazu bewegen, eine verhängnisvolle Politik zu ändern. Wer in einer Demokratie dürfte es wagen, den stimmfähigen Staatsbürgern zu erklären, sie dürften in Schicksalsfragen des Volkes nicht mitreden? Diesen Tatbestand gilt es dem deutschen Volke bewußt zu machen. In Abwandlung eines Wortes des Grafen Mirabeau dürfen wir in aller Deutlichkeit sagen: Das deutsche Volk empfängt in dieser Stunde keine Befehle! Es gibt welche!

Wie aber können die verantwortlich denkenden Staatsbürger ihrem Willen Geltung verschaffen? Ist bisher nicht alles vergebens gewesen?

### Genügen Resolutionen allein?

Im Laufe des vergangenen Jahres sind viele Resolutionen verfaßt und an Regierung und Parlament weitergeleitet worden, man möge doch die Bundesrepublik nicht in den verbrecherischen Wettlauf der atomaren Aufrüstung einbeziehen.

Als Dr. Adenauer mit dem ihm eigenen Spürsinn für Volksstimmungen die beginnende Beunruhigung der Öffentlichkeit über seine militärischen Pläne mit der von Skrupeln freien, simplifizierten Erklärung zu beschwichtigen suchte, daß die „taktischen Atomwaffen" nichts anderes seien als „eine Weiterentwicklung der Artillerie", da standen die Wissenden auf und sagten dem Volk die Wahrheit: Eine „taktische" Atomwaffe hat heute bereits die Sprengkraft der Hiroshimabombe, die 270 000 Menschen tötete und zahllose andere einem langsamen, qualvollen Sterben ausgeliefert hat! Die Anwendung der „strategischen" Vernichtungsmittel aber könnte ganze Völker auslöschen! Der Schleier, mit dem der Kanzler seine Absichten umwoben hatte, war jäh zerrissen. Die Göttinger Achtzehn hatten das Volk aufgerüttelt. Ihr Aufruf gipfelte in der Feststellung, daß die Bundesrepublik „ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen aller Art" verzichten müsse,

wenn sie sich selber schützen und dem Weltfrieden dienen wolle. Der Kanzler aber ging nach anfänglicher Verärgerung und späterem freundlichen Empfang einiger der Unterzeichner des Appells zur Tagesordnung über.

Dann sprach Albert Schweitzer. Seine beschwörenden Worte verhallten ebenso wie Bertrand Russells Warnungen. Kanzlertreue Bundestagsabgeordnete brachten das Atomgesetz zu Fall, um der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands das Tor zu öffnen.

Dann reichte Frau Dr. Elisabeth Heimpel eine — inzwischen — von fast 10 000 deutschen Frauen unterzeichnete Petition an den Bundestag ein. Aber der Kanzler stieg in die Wahlkampfarena und behauptete, die Frage der Atombewaffnung sei überhaupt noch gar nicht aktuell. Abgeschirmt durch die Londoner Abrüstungsverhandlungen konnte er einen Wahlsieg erringen, der sich auf die Ablenkung der Wähler von den tatsächlich zur Entscheidung stehenden Fragen gründete. Sie stimmten am 15. September für den „Wohlstand" und die „Sicherheit" ihrer wirtschaftlichen Existenz. Daß es bei dieser Wahl für oder gegen die Gefahr des Atomtodes gegangen war, bemerkten sie erst vier Wochen später, als Mr. Dulles und seine europäischen Protagonisten die Errichtung von Raketenbasen forderten und sich der Bundeskanzler auf der Pariser Nato-Konferenz gegen den Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa aussprach. Um die Reaktion der Öffentlichkeit zu dämpfen, gab er eine ganz vage Erklärung über die Möglichkeit diplomatischer Verhandlungen mit dem Kreml ab. Er tat dies in einem Nebensatz (!) seiner Rede im Palais Chaillot. Aber er erreichte sein Ziel: die meisten deutschen Zeitungen begrüßten hoffnungsfroh und voreilig den Beginn einer neuen politischen Entwicklung. Doch nachdem dies geschehen war, nahm er den zuversichtlichen Leitartiklern schleunigst wieder den Wind aus den Segeln. Es ist die alte bewährte Methode: die Presse wird vorübergehend von einem unerwarteten Schachzug des Bundeskanzlers fasziniert und preist seine staatsmännische Weisheit. Und während sie noch voll des Lobes ist, hat er bereits den Zug schon wieder rückgängig gemacht und die Figur auf den alten Platz zurückgeschoben.

Der Bundeskanzler hat jedenfalls nach Paris gezeigt, daß er von den Protesten und Warnungen der Wissenschaftler und den Bittschriften der Bevölkerung nicht zu beeindrucken ist. Das Ergebnis aller dieser Bemühungen liegt nunmehr deutlich zu Tage: Herr Strauß hat in der Bundestagsdebatte vom 23. Januar das böse Wort von der Atompanikmache gesprochen, und in Amerika erklärte er rundweg: „Ich verstehe nicht, weshalb Waffen in den Händen der Nato gefährlicher sind als in den Händen der Russen." Waffen? Es handelte sich überhaupt nicht um Waffen, sondern um Massenvernichtungsmittel! Und wie sich der Herr Bundesverteidigungsminister den Einsatz dieser „Waffen" vorstellt, hat er uns ebenfalls wissen lassen. Er hat nämlich am Vorabend seiner Amerikareise in einem Interview mit Associated Press auseinandergesetzt, was er unter Sicherheit und Friedenserhaltung durch atomare „Abschreckung" versteht: „Das Echo auf den ersten (feindlichen) Gewehrschuß" wird „eine nukleare und thermonukleare Explosion" sein. Sie haben richtig gelesen: ein Gewehrschuß des Gegners wird mit A- und H-Bomben beantwortet. Wir wissen nun also, was uns bevorsteht, wenn Herr Strauß Gewalt über diese modernen „Verteidigungswaffen" bekommen würde! Die kriegerischen Töne des Bundesverteidigungsministers erinnern an „das Säbelrasseln" Wilhelms II und an Tirpitz' aufreizende Reden vor dem 1. Weltkrieg.

Schon kann man in Bonn hören, daß die Gegner der atomaren Aufrüstung an die Angst appellieren und die Feigheit der Menschen ansprechen. Es fehlt nur noch das sattsam bekannte Wort von der „Wehrkraftzersetzung"!

Die Zeit der Resolutionen ist vorbei. Sie haben nichts bewirkt. Es ist also nötig

geworden, zu Aktionen überzugehen, denn der Verteidigungsminister steht bereits in der Aktion.

### Der Appell der Vierundvierzig

In dieser Situation haben sich 44 Professoren von Universitäten und Hochschulen an die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft gewandt und sie „zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung" aufgerufen. Die Wissenschaftler sind in einer Stunde drohender Gefahr aus ihren Hörsälen und Laboratorien in die Öffentlichkeit gegangen und haben die sechs Millionen Staatsbürger, die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind, an die Verantwortung gemahnt, die jeder einzelne von ihnen für das Wohl und die Zukunft unseres Volkes zu tragen hat. Sie haben Vertrauen zu dem Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter.

Jeder der Vierundvierzig wußte, daß diesem ungewöhnlichen Schritt historische Bedeutung zukommt. Es ist in Deutschland noch nie geschehen, daß Hochschullehrer an die berufsständischen Organisationen der Arbeiter und Angestellten appelliert haben, gemeinsam mit ihnen für eine friedliche Verständigung zwischen den Völkern und gegen eine verhängnisvolle Militärpolitik zu kämpfen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte haben Professoren der verschiedensten Fakultäten (Theologen, Philosophen, Mediziner, Juristen und Naturwissenschaftler), ungeachtet ihrer verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Auffassungen aufgerufen, die Wissenschaftler nicht länger allein zu lassen.

Der Gewerkschaftsbund ist parteipolitisch neutral. Aber er hat sich vorbehalten, zu wichtigen Lebensfragen unseres Volkes Stellung zu nehmen. So hat der Bundesvorstand des DGB sich schon am 18. April 1957 „gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland, gegen die Ausbildung an Atomwaffen sowie gegen die Entwicklung von Atomwaffen" gewandt. Es hat nichts genützt, wie die Amerikareden des Verteidigungsministers eindeutig beweisen.

Entschließungen und Deklamationen allein sind unzureichend geworden. Sie vermögen nicht, „der Logik des Wahnsinns" (Weizsäcker) Einhalt zu gebieten, der die vom militärischen Denken gänzlich besessenen Atompolitiker folgen wollen. Außerparlamentarische Kräfte müssen jetzt — in der Stunde der Gefahr — aktiviert werden. Sie müssen in Bewegung kommen; denn wir stehen vor der folgenschweren Tatsache, daß die Politik in der Bundesrepublik abgedankt wird. Sie soll den Nato-Generalstäblern — landfremden Offizieren! — überantwortet werden, damit der Rapacki-Plan torpediert werden kann und das deutsche Volk wieder einmal Nibelungentreue in einem Militärsystem beweisen darf.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist eine Macht des öffentlichen Lebens. Er ist die größte demokratische Organisation in der Bundesrepublik. Er hat große Möglichkeiten, das Gewissen der werktätigen Menschen in der Bundesrepublik aufzurütteln und nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Er kann und muß der Hüter des Rechts sein, das jeder Deutsche auf sein Leben hat. Er kann und muß verhindern, daß wir dazu gezwungen werden, zwischen Atom- und H-Bombenarsenalen zu existieren. Er kann und muß darüber wachen, daß der Wille des Volkes maßgeblich bleibt und der Gedanke der Demokratie nicht rein formaldemokratisch interpretiert wird.

Als es 1955 um die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärsystem und um die Wiederaufrüstung ging, kam es zur Paulskirchenbewegung, zu Protestdemonstrationen und Kundgebungen. Das „Deutsche Manifest" wurde veröffentlicht, in dem zum entschlossenen Widerstand gegen Tendenzen einer endgültigen Zerreißung des deutschen Volkes aufgerufen und gegen die Aufstellung deutscher Nato-Verbände Stellung genommen wurde. Das Manifest appellierte an Bun-

destag und Bundesregierung, der Verständigung über die Wiedervereinigung durch Viermächteverhandlungen den Vorrang vor der militärischen Blockbildung zu geben.

Aber der Bundestag ratifizierte die Pariser Verträge, und das Bundeskabinett erklärte, das Parlament sei ausschließlich befugt außenpolitische Entscheidungen zu fällen. Dr. Adenauer verurteilte in scharfer Form die Männer und Frauen der Paulskirche und warf ihnen vor, sie hätten „die Straße" mobilisiert. Warum scheiterte die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der Nato? War die Adresse falsch gewählt, an die sich das „Deutsche Manifest" richtete? Genügte die Abfuhr aus Bonn, die gleich als Frontalangriff erfolgte, um die Schwungkraft der Bewegung zu lähmen? Fürchtete man, daß die zuverlässig und prompt lautgewordenen Verleumdungen, die Paulskirchenbewegung arbeite dem Osten in die Hände, dem Ansehen der Opposition schaden könne? Oder hatten die Initiatoren des „Deutschen Manifestes" den Glauben an den Widerstandswillen des deutschen Volkes verloren?

Die Bewegung versandete, weil sie von keiner machtvollen Organisation vorangetrieben wurde. Es kam daher, wie es kommen mußte und was vorauszusehen gewesen war: Die vollzogene Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik hat uns entgegen den Prophezeiungen Dr. Adenauers dem Frieden und der Wiedervereinigung nicht näher gebracht. Heute leben wir statt in Sicherheit in größter Unsicherheit, ja vielleicht am Anfang eines Krieges, der alles Leben vernichtet.

Der Kanzler setzte am 27. Februar 1955 im Bundestag bei der Verabschiedung der Pariser Verträge mit Hilfe der parlamentarischen Mehrheit seinen Willen durch, und das Volk resignierte. Bei der Paulskirchenbewegung ging es um den Versuch, Bundestag und Regierung dazu zu veranlassen, das Wiedervereinigungsproblem vordringlich zu machen und die Bindung der Bundesrepublik an den westlichen Militärblock nicht zu vollziehen, ehe nicht alle Möglichkeiten für Wiedervereinigungsverhandlungen geprüft worden waren. Es handelt sich also im Grunde um eine Verfahrensfrage.

Die Gewerkschaftsjugend, Studenten und Tausende von deutschen Menschen aber veranstalteten damals Protestkundgebungen gegen die Wiederaufrüstung überhaupt. Für Verfahrensfragen — und mögen sie politisch noch so wichtig sein — kann man den „entschlossenen Widerstand" des Volkes nicht verlangen. Die Bewegung mußte zum Stillstand kommen, als diese Fragen durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß erledigt und vollendete Tatsachen geschaffen worden waren. Eine oppositionelle Volksbewegung kann nur lebendig bleiben, wenn es sich um eine klare und grundsätzliche Entscheidung gegen eine Sache handelt. Das Scheitern der von der Paulskirchenversammlung ausgelösten Aktionen war also nicht verwunderlich. Heute liegen die Dinge völlig anders. Wir wissen genau, worum es geht. Wir haben ein klares und eindeutiges Ziel. Es heißt: Widerstand — demokratischer Widerstand gegen die Atomaufrüstung in der Bundesrepublik, — auch dann, wenn die Mehrheit des Bundestages gegen den Willen des Volkes beschließt, das tödliche Risiko des Atomtodes über uns zu verhängen.

Die Erfahrungen, die man mit der Paulskirchenbewegung gemacht hat, sollten uns darüber belehren, daß wir nicht im geringsten damit rechnen können, durch Protestschriften die Starrheit der amtlichen Bonner Politik aufzuweichen. Im Bundestag herrscht der Kanzler. Die außenpolitischen Debatten dienen — entgegen den elementaren Spielregeln der Demokratie — schon lange nicht mehr einer echten Meinungsbildung der Abgeordneten, sondern nur noch der Darlegung von Standpunkten. Die Opposition wird grundsätzlich majorisiert. Außerparlamentarische

Kräfte müssen also aktiv werden, wenn das Unheil abgewendet werden soll. Der Kampf, den es heute aufzunehmen und durchzustehen gilt, kann nicht von Einzelpersonen und kleinen Gruppen geführt werden. Sie werden übergangen und mundtot gemacht. Und es gibt in unserer Bundesrepublik ein ganz einfaches Rezept dafür. Bei uns ist ja alles so einfach: die Außenpolitik, die Reden des Regierungschefs, die Erhaltung des Status quo, die Gleichschaltung mit Washington — und nicht zuletzt die Diffamierung des politischen Gegners. Jagt ihn, — den Andersdenkenden! Und der Andersdenkende gehört entweder zur Gruppe der unrealistischen „Intellektuellen" (dann befindet er sich zwar in bester Gesellschaft bei Bertrand Russell, Kennan, Hahn, Heisenberg u. a.) oder er wird als kommunistisch infiziert bezeichnet (dann darf er sich in einer Reihe mit ehemaligen Reichskanzlern und hohen Diplomaten, Bundestagsabgeordneten und Trägern altpreußischer Adelsnamen wissen). Aber diese Einzelpersonen und Gruppen, die vor einem Irrweg warnen, auf dem der Tod für ein ganzes Volk lauert, sie sind erst einmal suspekt gemacht worden und in die Defensive gedrängt. Man beschäftigt sie damit, sich der üblen Verleumdungen zu erwehren.

Das darf nicht auch dieses Mal geschehen. Man darf es nicht zulassen, daß die Mahner und Warner verstummen, weil sie auf höchst undemokratische Weise mißachtet oder gar verächtlich gemacht werden. Es geht um Leben oder Tod. Die Bevölkerung der Bundesrepublik weiß das. Wenn auch Bundestag und Bundesregierung sich über die an sie gerichteten Aufrufe der Wissenschaftlter hinweggesetzt haben und sie auch weiterhin ignorieren werden, — das Volk hat sie gehört! Wie wäre es sonst möglich, daß die in diesem Monat durchgeführte EMNID-Umfrage ein so niederschmetterndes Ergebnis für die Bonner Militärpolitik gehabt hat: 83 % der Befragten lehnten die Atombewaffnung ab (und es ist bemerkenswert, daß selbst die CDU-Wähler zu 71 % dagegen waren!). Leben wir noch in einer demokratischen Ordnung, die diesen Namen verdient, wenn die gewählte Regierung gegen den Willen des Volkes regiert?

In dieser Situation glaubten die vierundvierzig Professoren, daß nur noch die großen Organisationen der berufstätigen Bevölkerung dem Willen des Volkes Geltung verschaffen können. Die Gewerkschaften haben sich verpflichtet, alle Kraft zur Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und des Friedens einzusetzen. Das legitimiert sie zum Handeln. Der Artikel 21 des Bonner Grundgesetzes besagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Meinungsbildung des Volkes mit." Sie wirken mit! Das heißt also nicht, daß außerparlamentarische Kreise — nach vollzogener Stimmabgabe bei der Bundestagswahl — für die Dauer der Legislaturperiode von der politischen Verantwortung für die Meinungsbildung des Volkes ausgeschlossen sind. Wenn sich die Gewerkschaften zum Sprecher der Volksmeinung machen, verletzen sie weder die parteipolitische Neutralität (ein solches Ansinnen hätten wohl Universitäts- und Hochschulprofessoren nie an sie gestellt), noch mischen sie sich in die sogenannte „Außenpolitik der Bundesregierung" ein.

Ganz abgesehen davon, daß für die Außenpolitik der Regierung wir — jeder einzelne Staatsbürger — die Rechnung zu begleichen haben, es handelt sich zur Stunde gar nicht um eine Frage der Außenpolitik, sondern um eine Schicksalsfrage der Nation. Die 44 Professoren haben sich an die Gewerkschaften gewandt, weil sie glauben, daß diese dazu berufen sind, die Interessen von Millionen arbeitender Menschen wahrzunehmen. Die Gewerkschaften können es deshalb auch nicht dulden, daß das vitale Interesse eines jeden Menschen an der Erhaltung seines Lebens für eine imaginäre „Sicherheit" verpfändet wird, die es in Wahrheit gar nicht gibt.

Montgomery hat erklärt: „Wenn der Russe angreift, würde ich die größte verfügbare Atombombe gegen ihn abwerfen lassen, ohne mich um die Folgen zu kümmern (!)". Und Strauß sagte klipp und klar. „Bei einem russischen Angriff werden wir zurückschlagen, auch wenn das Risiko tödlich ist." So also stellt man sich die Lösung der „Sicherheits"-frage vor. Alle Vorschläge, die zur Entspannung und schrittweisen Befriedigung der Welt gemacht worden sind (Gaitskell, Humphrey, Kennan, Rapacki u. a.) werden mit Hilfe von militärischen Argumenten, die der Oberkommandierende der Nato oder auch das Bundesverteidigungsministerium bereitwillig liefern, erledigt und zu Schanden gemacht. Man bleibt bei der Abschreckungstheorie, kalkuliert rigoros, aber folgerichtig das „tödliche Risiko" ein und „kümmert sich nicht um die Folgen". Die Bevölkerung der Bundesrepublik will, wie alle Völker der Erde, den Frieden. Sie will kein tödliches Risiko eingehen. Sie will, daß man wieder Politik macht und die Entscheidung über ihre Zukunft nicht den kalt rechnenden Abschreckungstheoretikern an den Generalstabstischen überläßt.

Darf man dem bösen Spiel, das mit uns getrieben wird, noch länger zuschauen?

## Das Echo auf den Aufruf

Wie groß die Beunruhigung über die Frage der atomaren Bewaffnung bereits ist, geht aus der unerwartet großen Resonanz hervor, die der Appell der 44 Wissenschaftler in Gewerkschaftskreisen und breiten Schichten der Bevölkerung gefunden hat. In Telegrammen, Briefen und Entschließungen haben Betriebsbelegschaften, Orts- und Kreisverbände des DGB sowie Delegiertenkonferenzen ihre Zustimmung zu dem Aufruf der Professoren bekundet. In wenigen Tagen haben sich allein eine Million Arbeitnehmer durch ihre Delegierten mit den Forderungen der Vierundvierzig solidarisch erklärt. In ihren Entschließungen erklären die Gerwerkschafter, nunmehr den Kampf gegen die Atombewaffnung und für eine atomwaffenfreie Zone im Sinne des Rapacki-Planes durch Unterschriftensammlungen, Protestveranstaltungen, Demonstrationen und wenn nötig auch durch befristete Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks aktiv zu führen. Vielfach sind auch bereits die Wissenschaftler aufgefordert worden, in Gewerkschaftsversammlungen vor Arbeitern und Angestellten zu sprechen. In den Gewerkschaften besteht der Wunsch, den 1. Mai zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Atomtod zu machen.

Die Entwicklung gleicht in mehrfacher Weise derjenigen in England. Auch dort haben Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten (wie Russell, Priestley, Collins) im Bunde mit gewerkschaftlichen Kreisen die Volksbewegung ausgelöst. Diese Volksbewegung richtet sich bemerkenswerterweise sogar gegen bereits bestehende vertragliche Verpflichtungen, die die Regierung MacMillan den USA gegenüber hinsichtlich der Errichtung von Raketenbasen eingegangen ist. In dem klassischen Lande der funktionellen Demokratie gilt es als durchaus legitim, daß sich außerparlamentarische Kreise gegen die Außenpolitik der Regierung erheben und sogar eine Volksbewegung gegen bestehende Verträge entfalten!

Bei uns liegen solche Verpflichtungen noch gar nicht vor. Wir wollen verhindern, daß sie eingegangen werden. Das ist das gute Recht des Volkes in einer demokratischen Lebensordnung. Und wenn die Regierungsparteien der Volksbewegung gegen den Atomtod wie seinerzeit der Paulskirchenbewegung entgegenhalten, der Bundestag sei „ausschließlich befugt" darüber zu entscheiden, dann müssen wir uns ernsthaft fragen, ob man damit nicht in Gefahr gerät, eine Art von Diktatur der parlamentarischen Mehrheit über das Volk auszuüben.

Die politische Meinung eines Volkes von souveränen Staatsbürgern kann in einer Demokratie nicht mit Hinweisen auf formale Sachverhalte abgewiesen werden. Das Grundgesetz gibt einen weiten Spielraum für eine außerparlamentarische

Willenskundgebung des Volkes (Art. 1, 2, 5, 5, 8 und 9). Es bietet die Handhabe zu machtvollen Aktionen, die den Anspruch des Volkes an Bundestag und Regierung durchzusetzen vermögen, wenn es — wie zur Zeit — soweit gekommen ist, daß die gewählten Vertreter des Volkes in ihrer Mehrheit gegen dessen Forderungen handeln.

### Der Begriff der „Verteidigung" ist irreführend

Bei dem Kampf, den es jetzt zu führen gilt, kommt es darauf an, mit aller Entschiedenheit gegen die Verwirrung und Vernebelung der öffentlichen Meinung durch offizielle Verlautbarungen aufzutreten.

Im „Bulletin" der Bundesregierung konnte man am 13. März lesen: „Seit über 10 Jahren sind sich die Fachleute darüber einig, daß die einzig mögliche Art der Verteidigung — insbesondere gegen massive Luftangriffe — nur mit Atomsprengkörpern ausgerüstete Raketen sind. Wenn wir uns nicht mit diesen Waffen verteidigen wollten, dann wäre dies gleichbedeutend mit der Behauptung, daß die Verteidigung zu kostspielig und zu gefährlich ist, und daß wir deshalb auf jede Verteidigung überhaupt verzichten. In einer vollkommenen Welt wäre diese Haltung vertretbar. In der Welt von heute könnte sie sich noch als verbrecherisch erweisen."

Da haben wir es also. Es ist „verbrecherisch", sich gegen die Atompolitik zu wenden, weil eine solche Haltung uns der einzig möglichen Verteidigungsmittel beraubt. Das werden wir bald noch detaillierter gesagt bekommen. Man wird — genau wie bei der Paulskirche — auch diesmal wieder davon sprechen, daß „moskauhörige Elemente" die „Atompanik" schüren; denn es ist ja bei uns üblich geworden, daß jeder, der „die Stimme der Vernunft erhebt, als Sowjetist und Moskau-Anhänger beschimpft wird" (Hagemann). Und man wird es uns mit allen Spielarten der propagandistischen Massenbeeinflussung zu suggerieren versuchen, was im „Bulletin" bereits so trefflich formuliert wurde: „Solange die Kommunisten erklären, daß sie über eine Atomartillerie verfügen, ist es unmöglich, unsere eigenen Truppen mit veralteten Waffen auszustatten." Ist das nicht einleuchtend?

Mit dieser offensichtlichen Verzerrung der Tatsachen wird man in der nächsten Zeit für die Atombewaffnung der Bundesrepublik werben. Dem gilt es unbeirrt folgendes entgegenzusetzen: Die Sowjetunion hat sich nicht gegen uns, sondern gegen die völlige Einkreisung ihres Landes durch amerikanische Atombomberstützpunkte mit „Atomartillerie" ausgerüstet. Solange nur die beiden westlichen Großmächte (USA, Großbritannien) und die Sowjetunion über Massenvernichtungsmittel verfügen, besteht noch eine berechtigte Hoffnung auf Einstellung des Rüstungswahnsinns. Nicht etwa einer jener „unrealistischen Intelektuellen", sondern der Kriegsheld der pazifischen Streitkräfte der USA, General MacArthur, hat die Situation klar analysiert: „Die augenblicklichen Spannungen samt der ihnen innewohnenden Gefahr der Vernichtung ganzer Völker werden durch zwei große Illusionen genährt. Die eine ist die feste Überzeugung der sowjetischen Welt, daß die kapitalistischen Länder sie eines Tages zu überfallen beabsichtigen. Die andere Illusion ist die feste Überzeugung der kapitalistischen Länder, daß die Sowjets ihrerseits sie eines Tages zu überfallen beabsichtigen. Beide Seiten irren. Jeder wünscht den Frieden genau so wie der andere." (Rede vor der American Legion, 26. 1. 1955.) Es geht jetzt darum, einen Sieg der Vernunft über den von den Militärpolitikern systematisch erzeugten Illusionismus zu erringen. Es geht darum, das Rüstungsfieber zu bekämpfen und durch Schaffung von Zonen der Entspannung schrittweise einen erträglichen Zustand für die Menschen in West und Ost zu erwirken. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verhindert die Entspannung. Sie intensiviert statt dessen die Rüstungsanstrengungen auf beiden Seiten. Rake-

tenbasen in Westdeutschland erzwingen automatisch die Anlage gleicher Einrichtungen in der DDR, in Polen und der Tschechoslowakei. Mitteleuropa, bisher schon ein Krisenherd der Weltpolitik, wird nun zu einem Pulverfaß gemacht, in dem ein zündender Funke die totale Vernichtung allen Lebens zur Folge haben kann.

Und das alles geschieht unter dem Deckmantel des völlig irreführenden „Verteidigungs"-Begriffs, der gänzlich veralteten militärischen Denkkategorien entstammt.

In der Annahme, daß das Bewußtsein der Menschen mit der rasanten Entwicklung der Technik nicht mitgekommen ist, wagt man es, auf Dummenfang auszugehen und der Bevölkerung vorzugaukeln, daß es überhaupt noch so etwas wie „Verteidigung" gibt. In Wirklichkeit weiß jeder der Verantwortlichen, daß der Begriff der „Verteidigung" genau so zum alten Eisen geworfen werden muß wie Flak-Artillerie, Luftschutzbunker, Panzerkreuzer und andere Dinge des für heutige Verhältnisse völlig harmlosen zweiten Weltkriegs.

Das ganze „Verteidigungs"-Gerede könnte sich als glatter Volksbetrug auswirken, wenn nicht gleichzeitig jedem einzelnen klargemacht wird, daß unsere ganze „Verteidigung" ein Va-banque-Spiel mit dem Zufall ist. Wenn der Krieg durch den berühmten „Gewehrschuß" des Herrn Strauß ausgelöst wird, gibt es keine „Verteidigung" mehr. Dann gibt es nur noch Vernichtung — „nukleare und thermonukleare Explosionen". Er hat es uns ja gesagt. Es ist nur nicht jedem deutlich, daß der „Gewehrschuß" durchaus nicht der Anfang eines russischen Angriffs zu sein braucht (der würde ganz anders aussehen!), sondern viel eher die Fehlhandlung eines in einer kritischen Situation nervös gewordenen Leutnants sein könnte. Die „Verteidigung", für die wir uns laut „Bulletin" mit modernen Massenvernichtungsmitteln auszustatten haben, beruht einzig und allein auf der tollkühnen Voraussetzung, daß der „Verteidigungs"-Fall nicht eintritt.

Was unsere „Verteidigung", für die unser Volk gigantische Summen seines Einkommens opfern soll, in Wahrheit wert ist, das geht in aller Eindeutigkeit aus einem Beitrag der „Revue militaire générale", der Natozeitschrift (Heft 2, 1957), hervor. Dort wird der „Verteidigungs"-Fall geschildert: Durch einen überfallartigen sowjetischen Angriff auf Mitteleuropa, selbstverständlich mit atomaren Waffen, entstehen in diesem Gebiet in wenigen Augenblicken chaotische Verhältnisse. Das eigentliche Problem für die Nato-Strategen ist nun, die „Aufrechterhaltung der Atomdisziplin"; denn die betroffene Bevölkerung, soweit sie überleben konnte, ist vom Schrecken zerrüttet und vermutlich zu allem bereit, aber nicht zur Fortsetzung des Krieges. Jetzt könnten, wie die „Revue militaire générale" ahnungsreich annimmt, unkontrollierbare Elemente zugunsten des Feindes arbeiten (nämlich: Frieden machen). Das würde bedeuten, daß das verwüstete mitteleuropäische Gebiet (sprich Bundesrepublik) für die Nato „ausfällt". Deshalb ist es geboten, das atomzerrüttete Mitteleuropa als Aufstandszone zu betrachten. Daraus ergibt sich die „militärische Notwendigkeit", den ehemaligen Nato-Partner mit Nato-Atombomben (durch in Nordafrika stationierte Streitkräfte) „auszuschalten".

Das stünde uns also bevor, wenn wir die „Atomdisziplin" nicht aufrecht erhalten. Unsere Verbündeten spielen mit dem Gedanken, in diesem Falle das, was die Sowjets bei uns noch übrig gelassen haben, durch eigene Atombomben zu vernichten. Nichts kann die wirkliche Situation der Bundesrepublik deutlicher machen als eine solche realistische und folgerichtige Offenbarung des militärischen Denkens innerhalb der Nato, der gegenüber die Bonner Regierung ihre „Pflicht" tun wird.

Es handelt sich hier um einen jener „lokal begrenzten" atomaren „Buschfeuerkriege", die John Foster Dulles als Möglichkeiten künftiger Auseinandersetzungen vorschweben. Wenn die Bundesregierung zum Zwecke der „Verteidigung" Atomwaffen fordert, ist sie bereit, das Risiko eines solchen „Buschfeuerkrieges" mit

allen seinen Folgen für unser Land einzugehen. Sie tut es in konsequenter Fortführung der Politik der eingebildeten Stärke. In ihrer militärischen Blickverengung ist sie unfähig geworden, die politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ergeben.

Der Ausweg: die atomwaffenfreie Zone

Polen, das sich verzweifelt dagegen wehrt, infolge der Bonner Rüstungspolitik zur atomaren Bewaffnung gezwungen zu werden, hat durch seinen Außenminister Vorschläge für eine Zone der Entspannung in Mitteleuropa unterbreiten lassen. Der Plan hat ein weltweites Echo gefunden. Nachdem alle umfassenden Versuche zur Abrüstung und Verständigung ausnahmslos gescheitert sind, weil sie schon im Ansatz die Lösung zu vieler verfilzter Probleme forderten, bietet Rapacki nun endlich einen Ausweg aus der Heillosigkeit der mitteleuropäischen Situation an. Er schlägt vor, Polen, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik und die DDR aus der atomaren Rüstung herauszunehmen und damit die internationale Lage zu entspannen. Daß dieses der Fall sein würde, wagt niemand zu bestreiten. Großbritannien, Kanada und die skandinavischen Staaten haben ihr Interesse an Rapackis Vorschlägen bekundet. Den Ambitionen der „Kleineuropäer" sind sie selbstverständlich unbequem. Die Argumente, die gegen den Rapacki-Plan vorgebracht werden, sind sämtlich nicht stichhaltig. Zunächst versuchte man, die polnischen Vorschläge damit zu erledigen, daß sie keine Kontrollmaßnahmen beinhalteten. Als Rapacki daraufhin sofort die Bereitschaft zeigte, über Wege einer internationalen Überwachung des Gebietes zu verhandeln, behauptete die Bundesregierung, es gäbe überhaupt keine absolut sichere Kontrolle, und bestellte sich ein Gutachten des Verteidigungsministeriums, das die ganze Gefährlichkeit des Rapacki-Planes für die militärische Situation in Europa nachzuweisen hatte.

Und um auch noch ein Übriges zu tun, wurde wieder das alte formaljuristische Argument des Außenministeriums hervorgeholt, und man behauptet, daß die Bundesrepublik durch den Rapacki-Plan genötigt würde, die DDR anzuerkennen. Die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß es so etwas wie einen zweiten deutschen Staat nicht gibt, ändert zwar nichts daran, daß 17 Millionen Deutsche in ihm leben, von ihm Reisepässe ausgestellt bekommen und Steuern an ihn zahlen. Aber die Frage der Anerkennung ist eine Hürde, die sich leicht in den Weg stellen läßt, wenn man schon nach Hindernissen sucht. Immerhin, auch dieses Argument versagt, denn es ist vorgeschlagen worden, daß die Regierungen der beteiligten staatlichen Territorien unabhängig voneinander die Verträge über eine atomwaffenfreie Zone bei der UNO hinterlegen.

Um der Diskussion über den Rapacki-Plan ein Ende zu bereiten, bestellte schließlich der Bundesverteidigungsminister Raketen in Amerika, zweifellos in der Absicht, die längst schon fällige, offene Stellungnahme der Bundestagsmehrheit für die Atomaufrüstung zu beschleunigen.

Die Politik der Stärke ist in die Phase der selbstmörderischen Machtdemonstration übergeschlagen. Die deutschen Militärpolitiker haben unser Volk zweimal in den letzten 50 Jahren in eine Katastrophe getrieben. Dürfen wir es zulassen, daß es ein drittes Mal geschieht?

Wer gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik ist, muß für eine atomwaffenfreie Zone sein. Er darf wissen, daß er also dieses Land und seine Menschen nicht schutzlos macht, sondern einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der Welt leistet, die sich nach Frieden sehnt.

Heinz Seeger

# Die Stunde verlangt uns

Über eine Million Mitglieder des DGB und der DAG haben sich, wie Frau Prof. Dr. Renate Riemeck mitteilt, in wenigen Tagen durch ihre Delegierten hinter den Appell der 44 Professoren gestellt, den wir an anderer Stelle dieses Heftes im Wortlaut bringen. Nachfolgend wird zu dem Appell der Vierundvierzig Stellung genommen von dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Holz, die über 200 000 Mitglieder in sich vereinigt und zu deren Tradition eine rege gewerkschaftspolitische Aktivität gehört.

Durch die Bevölkerung der Bundesrepublik geht eine tiefe Unruhe. Eine Unruhe, die auf die Angst zurückzuführen ist vor einer endgültigen und gefährlichen militärischen Einbeziehung in das Nato-System. Ob bewußt oder unbewußt, wissen Tausende Bewohner unseres Landes, daß die Errichtung von Raketen-Abschußbasen und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr der Beginn einer völligen Zerstörung unserer Heimat sein kann. Macht man die Bundesrepublik zur Ausgangsbasis für eine mögliche Auseinandersetzung mit Sowjetrußland, so trägt dies die unausweichliche Konsequenz in sich, daß Deutschland das Schlachtfeld eines neuen Krieges diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges sein wird. Das Ende einer solchen Auseinandersetzung werden die Bundesrepublik und die DDR nur als ein riesiges Trümmerfeld und ein grauenhafter Friedhof „überleben".

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich auf dem Vierten ordentlichen Bundeskongreß in Hamburg in zwei Resolutionen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und gleichzeitig gegen die atomare Aufrüstung in der Welt überhaupt gewandt. Dieser Beschluß ging nicht allein von der Erkenntnis aus, daß die These E r h a r d s, man könne Wiederbewaffnung und steigenden Lebensstandard zugleich haben, falsch ist und jede Wiederaufrüstung der Bundesrepublik auf Kosten der Lohntüte der Arbeitnehmer geht, sondern er wurde gleichzeitig getragen von der Überzeugung, daß die Wiederbewaffnung die Spannung zwischen den Machtblöcken in der Welt vergrößern und die Bundesrepublik in das Spannungsfeld hineinzerren müsse.

Die Errichtung von Abschußbasen für Raketen wird auf der anderen Seite nicht ohne eine entsprechende Reaktion bleiben, d. h. die nach dem Osten gerichteten Raketen-Abschußbasen in der Bundesrepublik werden ihr Gegenüber finden in der DDR — Rampen mit entgegengesetzter Schußrichtung. Das gleiche gilt für die atomare Bewaffnung in der Bundesrepublik: sie wird auf der anderen Seite ihr Pendant finden. Auch die Volksarmee der DDR wird eine entsprechende Aufrüstung erfahren. Das ist übrigens schon sehr klar aus den Verlautbarungen von DDR-Vertretern hervorgegangen, die zwar behaupten, im Augenblick sei die Volksarmee noch nicht mit Atomwaffen ausgerüstet, aber dabei den Akzent auf das Wort „noch nicht" legen. Diese Entwicklung wird aber ohne Zweifel dazu führen, daß auch die Wiedervereinigung Deutschlands immer unmöglicher wird, und zwar um so unmöglicher, als in den beiden Teilen Deutschlands Armeen aufgerüstet stehen, die letzten Endes beide für fremde Interessen die Waffen aufeinander richten. Es kann einem den Rücken kalt hinunterlaufen, wenn man so etwas nüchtern feststellt. Drückt sich hierin nicht die ganze furchtbare Tragik der deutschen Politik nach 1945 aus?

Umso unverständlicher ist das Nein der Bundesregierung zu dem Plan, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen. Jeder Denkende weiß, daß mit der Schaffung einer solchen Zone natürlich die Spannungen zwischen Ost und West nicht aus der Welt geschafft werden, aber ebenso sicher ist, daß ein entspannter Raum in

Europa die sich gegenüberstehenden Armeen auseinanderschieben und damit wenigstens einen kleinen Teil dazu beitragen kann, Reibungsflächen zu vermeiden. Für das geteilte Deutschland aber wird dadurch mindestens erreicht, daß die Möglichkeiten einer friedlichen Wiedervereinigung nicht geringer werden. Aber selbst wenn die atomwaffenfreie Zone noch kein Weg zur Wiedervereinigung ist, muß man ihr zustimmen, um der Sache des Friedens überhaupt.

Man komme in diesem Zusammenhang nicht so viel mit der Redensart, die Freiheit müsse verteidigt werden. Die, die in der Bewaffnung der Bundeswehr mit Raketen und atomaren Waffen eine tödliche Gefahr für das Leben und den Bestand unseres Volkes sehen, lieben ihre Freiheit mindestens genau so wie die, die nur in militärischen Kategorien denken können. Die Gegner der Atombewaffnung sind vielleicht entschiedener bereit, für die Freiheit einzusetzen, was sich hierfür einzusetzen lohnt. Nur halten sie Raketen und Wasserstoffbomben nicht für die geeigneten Mittel, die Freiheit und das Leben eines Volkes zu schützen und zu erhalten.

Obwohl man annehmen müßte, daß auch verantwortliche Politiker das furchtbare Erlebnis des zweiten Weltkrieges nicht vergessen haben, sind wir nach 1945 schon einige Male wieder dicht an einem neuen Krieg vorbeigerutscht. Die Ereignisse in Ungarn, der Suez-Konflikt und in den letzten Wochen der Bombenangriff auf das tunesische Dorf Sakiet Sidi Jussef sind Beweise dafür, daß es in beiden Lagern unserer auseinandergerissenen Welt Militärs gibt, die es sich noch nicht abgewöhnen können, mit dem Risiko eines neuen Krieges zu spielen. Alles, was in unserer Macht steht, muß darum getan werden, die Gefahr eines atomaren Krieges, ja das Risiko eines Krieges überhaupt abzuschalten. Wer aber sollte dazu eher berufen sein als die Gewerkschaften und die in ihnen organisierten Arbeiter und Angestellten?

Wenn sie die Abschußrampen nicht bauen, wird es in der Bundesrepublik keine geben, und wenn sich die Arbeiter diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges zu einer starken und machtvollen Demonstration gegen den Atomtod und für den Frieden in der Welt aufraffen, werden die Kriege ein Ende haben. Notwendig ist, daß von den Gewerkschaften starke Impulse für eine Friedensbewegung ausgehen. Das haben die Gewerkschaften in England beispielsweise in den letzten Tagen in einer entsprechenden Weise getan. Zusammen mit der britischen Arbeiterpartei forderten sie ihre Regierung auf, das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz zu unterstützen und die Wasserstoffbombenversuche einzustellen.

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht von den Kreisen einschüchtern lassen, die ihnen das Recht bestreiten, auch in der Politik mitzureden. Die Ziele der Gewerkschaften sind nicht nur ausgerichtet auf die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Mitglieder. Darüber hinaus verpflichten die Satzungen sie, alles zur Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und des Friedens zu tun. Eine materielle Sicherheit der arbeitenden Menschen in der ganzen Welt gibt es nur, wenn Frieden und Freiheit nicht in Gefahr geraten. Demokratie und Frieden aber sind unmittelbar bedroht, wenn sich die Bundesregierung wider alle Vernunft zum atomaren Wettrüsten entschließt. Wenn also die Gewerkschaften sich aktiv mit allen zur Verfügung stehenden Kräften gegen das Abenteuer einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik wenden und wenn sie als ersten, wenn auch winzigen Schritt zur Abwendung eines Atomkrieges eine atomwaffenfreie Zone fordern, überschreiten sie nicht ihre politische Konsequenz. Sie tun nur ihre Pflicht.

---

Professor Dr. Walter Hagemann

# Der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts

Im Jahre 1952, auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges", beschäftigte sich der Verfasser dieser Zeilen in einer Vorlesung über Öffentlichkeitspsychologie auch mit den Erscheinungen des Massenwahns in der Geschichte: dem Hexenwahn, dem Ketzerwahn, der Hexenjagd auf Demokraten und Sozialisten. Jede Zeit, so führte er aus, fühle sich erhaben über den Massenwahn einer vergangenen Zeit, aber die Menschen durchschauten nie den Wahn, in dem sie sich selber befinden. Anschließend wollten einige Hörer wissen, ob dies auch für unsere Zeit zutreffe. Ein Achselzucken war die Antwort. Es hatte zu jenem Zeitpunkt keinen Zweck, auszusprechen, von welchem Wahn wir befangen waren: dem Bolschewistenwahn. Der Vortragende wäre unfehlbar als verkappter Bolschewist abgestempelt worden.

Erst heute kann man ruhig darüber sprechen. In der gleichen Bundestagsdebatte, in der Herr von Manteuffel-Szoege verkündet, daß man „das Böse" selbst mit atomaren Vernichtungsmitteln bekämpfen müsse, sagte sich ein Dr. Dehler feierlich von dieser Wahnidee los, zog ein Dr. Heinemann die überlegene Bilanz einer zu Ende gehenden Ära geistiger Verstörtheit. Damit wurde ein Tabu zerstört, das 10 Jahre lang wie ein Alptraum auf den Überlegungen und Entscheidungen vieler Parteien und Gruppen lag und das jedes sachliche politische Gespräch unmöglich machte. Niemals ist so laut und viel von „realistischer" Politik geredet und so oft aus Emotion und Ressentiment gehandelt worden wie unter dem Trauma dieses Massenwahns, der von den Verantwortlichen bis hinab zum „Mann auf der Straße" reichte. Weil alle davon redeten, daran glaubten und es sich gegenseitig bestätigten, wurde die „bolschewistische Weltgefahr" als undiskutierbare axiomatische Größe in jede Kalkulation eingesetzt und dadurch ihre rechnerische Richtigkeit von vornherein zerstört. Das gilt für Abgeordnete und Wähler, für Bürger und Arbeiter, für Priester und Laien. Der Wahn hatte den größten Teil unseres Volkes erfaßt, mindestens, soweit es in den „rechtgläubigen" bundesrepublikanischen Grenzen wohnte. Hier gab es tatsächlich eine Einheitsfront, die es der Führung leicht machte, ihre Intentionen durchzusetzen.

Wie immer in der Geschichte der öffentlichen Meinung, ist auch dieser Massenwahn auf zahlreiche Ursachen zurückzuführen. Es beginnt mit Äußerlichkeiten: wie die alten Weiblein der Hexenverfolgungen, wie die „Römlinge" und Ketzer der Religionskriege, wie die „wurzellosen" demokratischen Intellektuellen und die Proleten im offenen Hemd und der Ballonmütze, so waren die östlichen Revolutionäre mit ihrer fremdartigen Erscheinung und Sprache den „Abendländern" schon äußerlich unsympathisch, und es bedurfte nur kleiner Nachhilfen, um sie als „Untermenschen" zu deklarieren und zu diffamieren. Darüber vergaß man leicht, was die slawischen Völker für die menschliche Kultur geleistet haben. Dazu kam, daß man die Ideen der jüngsten östlichen Großmacht als Bedrohung ständischer Vorrechte und materieller Interessen empfand, ähnlich wie einst den Angriff auf die ständischen und kirchlichen Vorrechte und auf die historischen Ansprüche der legitimistischen Gewalten. Endlich war die junge östliche Weltmacht ein Eindringling in die Gesellschaft der alten Völker, unter denen sich schon 50 Jahre zuvor die deutschen „Have nots" mühsam einen „Platz an der Sonne" zu erringen versucht hatten. Man lebte in der liebgewordenen Vorstellung, daß östlich der Weichsel ein geistig und materiell zurückgebliebenes Helotenvolk von einer westlich orientierten Dynastie mit Polizei und Autorität zum Besten der westlichen Ruhe im Zaum gehalten wurde.

Wer immer im westlichen Europa den aufkeimenden Bolschewismus fürchtete oder verachtete, fand sich bestätigt durch die blutigen Vorgänge, welche die Durch-

setzung der neuen Gesellschaftsordnung begleiteten. Zahllose Menschen, eine ganze soziale Schicht, wurden in den schweren Interventions- und Bürgerkriegen vertrieben oder ausgerottet, nicht anders, als dies einst in den mitteleuropäischen Religionskriegen und während der englischen und französischen Revolution geschehen war. In den Kämpfen um die Führung und den „rechten Glauben" spielten NKWD, Zwangsverhöre, Scheinprozesse, Todesurteile, Liquidierung von Staatsfeinden eine nicht geringere Rolle als in zaristischer Zeit, diesmal jedoch von der westlichen Propaganda als Menetekel moralischer Zersetzung gedeutet. Ein auf seine demokratischen Freiheiten und seine religiöse Toleranz stolzer Westen verurteilte die östliche Sklaverei und wehrte sich erbittert gegen jedes Übergreifen der neuen gesellschaftlichen Formen auf die westliche Welt. Mit Verachtung blickte man auf die Planwirtschaft herab, durch deren Zwangsmittel das Sowjetregime den Rückstand gegenüber dem Westen aufzuholen suchte, ähnlich wie es 50 Jahre zuvor ein japanischer Kaiser unternahm und wie es heute zahlreiche junge Länder, vor allem China und Indien, versuchen. Der Westen höhnte über die Rückständigkeit und die Fehlleistungen des kommunistischen Wirtschaftssystems, ohne zu bedenken, was hier ohne alle Tradition gleichsam aus dem Boden gestampft wurde.

Das Sowjet-Regime hatte genug mit sich selbst zu tun und besaß genügend Raum und Naturschätze, um nicht an territoriale Eroberungen zu denken, die ohnehin der kommunistischen Ideologie nicht entsprechen: durch einen dialektischen Prozeß, nicht durch Eroberungskriege hofften Marx und Lenin die Welt für die neue sozialistische Ordnung zu gewinnen. Erst Hitler durchbrach die Umzäunung dieser „Fabrik des neuen Menschen", als er zunächst Stalin durch Vertrag und vollzogene Tatsachen zur Teilnahme an seinen Eroberungen ermunterte, um dann mit dem Ziel der völligen Vernichtung Rußlands über die Sowjets herzufallen. Diesem Überfall war ein jahrelanges propagandistisches Trommelfeuer vorausgegangen, gehörte doch die Auslöschung der bolschewistischen, totalitären Konkurrenzidee und die Gewinnung des „Raumes ohne Volk" für sein angebliches „Volk ohne Raum" zu den frühesten Zielen seiner Politik. Er fand bei diesem Überfall sogar ideologisch und interessenmäßig bedingte Bundesgenossenschaft in gewissen Gruppen der westeuropäischen Völker. Jetzt kam der lange angestaute und systematisch geschürte Haß gegen das „slawische Untermenschentum" zum vollen Ausbruch und führte zu Greueln, die selbst die Gewaltakte der russischen Bürgerkriege weit in den Schatten stellten. Als sich dann das Kriegsglück wandte, überrollten die sowjetischen Divisionen den zwischeneuropäischen Raum und das östliche Deutschland, und die Sieger kosteten ihren Sieg politisch, wirtschaftlich und auch menschlich rücksichtslos aus. In den „befreiten" Ländern entstanden sowjetfreundliche und sowjethörige Regierungssysteme, auf deutschem Boden suchte sich die Sowjetunion die in Jalta und Potsdam vereinbarten Garantien für Reparationen und gegen ein Wiederaufleben des deutschen Nationalismus und Militarismus zu verschaffen. Was Hitlers Propaganda jahrelang verkündet hatte, was deutsche Formationen in Rußland getan und gesehen hatten, was deutsche Menschen auf der Flucht und deutsche Kriegsgefangene in Massenlagern erleben mußten, wurde zum Leitbild von Millionen Deutschen vom bolschewistischen Rußland: Die Verachtung war in Haß, der Haß in Panik umgeschlagen: der Erbfeind im Osten war da, und Hitlers düstere Prophezeiungen bewahrheiteten sich — durch seine eigene Schuld. Nur der Westen konnte Deutschland noch vor dem Bolschewismus retten, der den Westverträgen entsprechend in das Herz des „christlichen" Abendlandes bis nach Thüringen vorgestoßen war. In den Augen der Millionen Deutschen war nicht Hitler, sondern Stalin der Aggressor, der Unterdrücker der Freiheit und Menschenwürde. Welch ein Kurzschluß des Massenwahns!

Nur zögernd, unter dem Drange der Not, hatten die Westmächte die Sowjetunion als neuen Bundesgenossen willkommen geheißen, denn auch bei ihnen gab es einen antibolschewistischen Affekt, und nur wenige Staatsmänner teilten das Vertrauen Roosevelts in den guten „Uncle Joe". Schon am Tage nach dem Sieg erhoben Europäer wie Churchill und Smuts ihre warnende Stimme, und im Weißen Hause sah man bald nach dem Tode Roosevelts die Stunde gekommen, wo Amerika zum zweiten Male als Arbiter Mundi das europäische Chaos zu ordnen habe. Als sich Moskau nicht bereit zeigte, durch einseitigen Rückzug von der militärischen Demarkationslinie eine Vorleistung zu vollziehen, und als sich die von Moskau geförderten, kommunistisch gelenkten Regierungen östlich dieser Grenze etablierten, warf man in Washington ebenso entschieden das Steuer herum, wie man es 1941 auf kommunistenfreundlichen Kurs gerichtet hatte. Der „Kalte Krieg" begann auf deutschem Boden, er setzte sich fort in den Orient und nach Ostasien, und er führte zu einer systematischen, militärischen und politischen Einkreisung der Sowjetunion. Die antikommunistische Mobilmachung der neuen amerikanischen Satellitenstaaten wurde mit allen Mitteln betrieben, militärisch, politisch, wirtschaftlich, propagandistisch, mit dem offen verkündeten Ziel, die Sowjets auf ihre Ausgangsstellung zurückzuwerfen und die UdSSR als „Störer des Weltfriedens" zur Kapitulation, nötigenfalls mit nuklearen Kampfmitteln, zu zwingen. In diesem Zeichen standen der Kampf um Berlin, um Griechenland, um Korea, um Indochina. Diese Aktion wurde begleitet von einer beispiellosen antikommunistischen Propagandaaktion, die von Goebbels die Methoden und Techniken übernommen hatte, ihm aber an materiellen Möglichkeiten weit überlegen war.

In den drei deutschen Westzonen hatte man ein leichtes Spiel. Zur eingewurzelten Bolschewistenangst trat die Hoffnung der Deutschen, sich durch ein Westbündnis von den moralischen und materiellen Folgen des Hitler-Wahnsinns freizukaufen. In der neuen deutschen Führungsgruppe fand man Persönlichkeiten, die bereit waren, gegen die Gewährung wirtschaftlicher Unterstützung und gegen vage politische Versprechungen den neuen US-Kurs bedingungslos mitzumachen, und die westlich des Rheins um sich greifende „abendländische" Konzeption eines Klein-Europas tat ein übriges dazu, um die politische und ideelle Integration im Sinne des amerikanischen Glacis-Projekts mit allen Mitteln zu fördern. Seit 1948 steht die westliche, vor allem die deutsche öffentliche Meinung unter dem Trommelfeuer dieser aggressiven Propaganda, welche alles Gebiet östlich der Demarkationslinie grundsätzlich als Feindesland behandelte, um das kaum in friedliche Bahnen gelenkte Denken auf die kommende militärische Auseinandersetzung mit dem „Weltbolschewismus" vorzubereiten.

Das ganze Arsenal propagandistischer Mittel wurde eingesetzt, um die Bolschewistenpanik zum Fundament aller politischen Entscheidungen zu machen. Während in den USA unter McCarthy eine systematische Kommunistenjagd einsetzte, wurde die deutsche Publizistik (Presse, Rundfunk, Rhetorik) und Jugenderziehung im Sinne der antikommunistischen Affekte infiltriert. Es war nicht schwer, den Massen, deren historische und politische Vorstellungen schon im Dritten Reich hoffnungslos verwirrt worden waren, die Weltpolitik in gröbster Vereinfachung zu servieren. Da hob sich die „freie Welt", vom Pentagon selbstlos beschützt, engelrein und strahlend ab von der bösen Gegenwelt des Bolschewismus, in der es angeblich nur Sklaverei, Grausamkeit und Vertragsbruch gibt und die angeblich von nichts anderem träumt, als die freie Welt mit ihren Divisionen heimtückisch zu überfallen. Diesem Kampf wurde wie im Dritten Reich geradezu ein sakraler Charakter gegeben. Kein geringerer als Präsident Eisenhower verkündete: „Die Heere Gottes und des Teufels stehen sich gegenüber". Woher soll der kleine Mann wissen, wie oft sich die angeblichen Gottesstreiter der Freiheit in den vergangenen Jahren

mit totalitären und politischen Revoluzzern verbündet haben, wie zynisch sie die vereinbarten freien Wahlen in Korea und Indochina sabotieren, weil sie des Wahlausganges nicht sicher sind. Allerdings erschrak er ein wenig, als Nato-Großmächte mitten im Frieden ein Blutbad in Suez anrichteten, das mehr Tote als Budapest kostete, und daß an einer anderen Stelle eine Nato-Macht seit drei Jahren einen blutigen Unterdrückungskrieg gegen Nordafrikaner führt. Aber man beruhigt den kleinen Mann damit, daß es ja schließlich die Mächte der Freiheit seien, die hier für Ordnung sorgten, und daß bald auch in kommunistisch-versklavten Ländern eine neue Ordnung einziehen werde, sei es durch einen Aufstand in Polen oder in der Zone oder nötigenfalls mit Hilfe des Einsatzes nuklearer Waffen.

Die Simplifizierung der Weltvorstellungen bezieht sich auch auf die religiösen Fragen. Westeuropäer, die seit langem keine Kirche von innen gesehen haben, erfahren mit Schaudern, daß „im Osten" die Kirche verfolgt wird und ihre Bekenner in die Gefängnisse wandern. Er weiß nicht, daß es trotz aller atheistischen Propaganda in der Sowjetunion ein starkes religiöses Leben gibt und daß in Polen und Ungarn die Kirchen niemals zuvor so viele aktive Gläubige aufweisen konnten. Er findet es andererseits ganz in der Ordnung, daß Vertreter christlicher Kirchen im Osten nicht selten als „Fünfte Kolonne" der freien Welt arbeiten und dabei mit den Staatsgesetzen in Konflikt geraten. Vielleicht hat der gleiche Herr Jedermann es ganz in der Ordnung gefunden, als im Dritten Reich Geistliche verhaftet und verurteilt wurden, weil sie aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft und gepredigt haben. Hier wie überall schafft der Massenwahn zweierlei Maßstäbe, jedes objektive Urteil muß schweigen, wenn Haß und Angst das Wort führen.

Nicht selten wird das System der Übertreibung schlechthin zur Lüge. Seit Stalins Tod spielt sich in der Sowjetunion der Kampf um die Macht in zivileren Formen ab, und nicht selten glaubt man, das Bedauern zwischen den Zeilen zu lesen, wenn die sowjetischen Feldmarschälle oder Volkskommissare nicht „liquidiert", sondern ganz einfach abgesetzt werden und in einer neuen Tätigkeit weiterarbeiten, wie das ja auch im Westen vorkommen soll. Hier hilft nur noch die freie Erfindung von Greuelgeschichten, um den Haß und die Angst wachzuhalten. Wer ein gutes Gedächtnis hat und alte Zeitungen aufbewahrt, dem ist es ein leichtes, Sensationsmeldungen der westlichen Presse als glatte Lügen zu entlarven, die nicht selten von obskuren Berufsagenten sogar der seriösen Presse untergeschoben wurden. Das gilt nicht zuletzt von der Hetze und Agententätigkeit zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, gegen die sich in so erfreulicher Offenheit kürzlich Bundesminister L e m m e r gewandt hat. Nur in einer von Lüge und Haß vergifteten zwielichtigen Atmosphäre konnte es geschehen, daß ein gewerbsmäßiger Lügenschmied wie S t e p h a n seine dreisten Erfindungen an hohe und höchste Stellen erfolgreich verkaufte und daß eine mit öffentlichen Mitteln unterstützte sogenannte „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" übelste Giftmischerei betrieben hat, ohne bis heute aufgelöst worden zu sein. Im Stephan-Prozeß hat der Angeklagte ausgesagt, daß der stellvertretende Leiter dieser Kampfgruppe ihm den Auftrag erteilt habe, die Möglichkeiten einer Vergiftung von Lebensmitteln in Ost-Berliner Ladengeschäften zu prüfen. Die so schwer Belasteten verweigerten die Aussage unter Berufung auf ihre Schweigepflicht. Die Presse veröffentlichte Fotokopien von gefälschten Briefen, mittels derer man vor der entscheidenden Bundestagsabstimmung über die Pariser Verträge auf die Abgeordneten Einfluß zu nehmen suchte. Sind Dokumentenfälschung und Giftmischerei Kampfmittel gegen die Unmenschlichkeit? Wir hoffen, daß dieser Sumpf bald trockengelegt wird. Daß es aber soweit kommen konnte, daß solche lichtscheuen Gesellen jahrelang ihr schmutziges Handwerk erfolgreich betreiben konnten, ist nur auf eine schwere Trübung des nationalen und sittlichen Bewußtseins zurückzuführen. Deutsche gegen Deutsche? Aber nein, Engel gegen

Teufel, „gegen das Böse", wie seinerzeit die Hexen- und Ketzerverfolgungen. Gewiß, beide Seiten haben sich der Verdrehungen und Verleumdungen schuldig gemacht, aber wenn wir schon auf der Seite der Wahrheit und des Christentums zu stehen behaupten, so hilft es uns nichts, wenn wir nachweisen wollen, daß der andere nicht besser sei.

Sogar die Justiz hat es schwer, sich der Flut des Bolschewistenwahns entgegenzustemmen. John und Agartz wurden in der westdeutschen Presse schon als Landesverräter gebrandmarkt, ehe das Gerichtsverfahren begonnen hatte, und es war für alle kalten Krieger eine herbe Enttäuschung, als mindestens im Falle Agartz in Karlsruhe ein Freispruch erfolgte. Wir haben nur dann ein Recht, das Wirken der „Roten Hilde" in der „Zone" als Klassenjustiz zu brandmarken, wenn man bei uns die Unabhängigkeit der Justiz hochhält und nicht jeden von vornherein verfemt und verurteilt, der auch nur in den Verdacht der „Moskauhörigkeit" gerät. Leider werden die Urteilssprüche im Arnsberger Prozeß und die beschämenden Umstände des Schörner-Prozesses schwerlich in der neutralen Welt den Eindruck erwecken können, als ob unsere Rechtsprechung so turmhoch erhaben über die Justizverfahren in der DDR und anderen östlichen Ländern wäre.

Die Methoden der persönlichen Verfolgung und Verunglimpfung sind uns aus dem Dritten Reich noch in lebhafter Erinnerung, und mancher unter den Mitlebenden kann ein trauriges Lied davon singen. Es gibt heute keine Konzentrationslager und Volksgerichtshöfe mehr, aber andere wirksame Mittel, um Menschen durch Rufmord gesellschaftlich zu diffamieren, ihnen ihre materielle Existenzgrundlagen zu entziehen und sie dadurch auch in ihrer physischen Existenz zu treffen. Ein einziges kritisches Wort kann ausreichen, um den Verräter an der freien Welt auf die schwarze Liste zu setzen, ihn einem Disziplinarverfahren auszusetzen oder dem Boykott seiner Klienten und Kunden. Man hat im Dritten Reich gelernt, wie man so etwas macht, und daß dieses System erneut wie eine Seuche um sich greifen konnte, erklärt sich aus jener Bewußtseinstrübung, die den Massenwahn und die mit ihm untrennbar verbundene Intoleranz begleitet. Einst war es der „böse Blick", der den meist tödlichen Hexenprozeß auslöste, das verbotene Buch, das den Besitzer auf den Scheiterhaufen brachte, und die Massen schauten dann den Exekutionen mit sadistischem Vergnügen zu. Leider ist es heute kaum anders, wenn irgendein vermeintlicher Missetäter aufgespürt, seine Wohnung durchsucht, der Delinquent in Untersuchungshaft abgeführt wird. Die Exekutoren sind teilweise die gleichen Leute, die dies Metier schon im Dritten Reich ausgeübt haben und die nur darauf zu warten scheinen, daß die Konzentrationslager bald wieder eingeführt werden.

Jahrelang ist den westdeutschen Lesern und Hörern eingehämmert worden, daß östlich des eisernen Vorhangs Korruption und Angriffswille regieren und daß es keine andere Rettung vor dem „Weltbolschewismus" gibt, als stark zu sein und mit den Nato-Mächten unter Washingtons Führung die Freiheit vor der drohenden Sklaverei zu schützen. Um diese Parole möglichst schlagkräftig zu machen, sind Schlagworte erfunden worden, die man dem Leser und Hörer vom Morgen bis Abend einhämmert: „Politik der Stärke", „Östliche Neuordnung", „Einheit in Freiheit". Wie leicht gehen dem Hörer solche Worte ein, die er im Dritten Reich tausendmal gehört hat! „Eingrenzung", „Rückdrängung", „Selbstbestimmungsrecht": wie leicht läßt sich hinter solchen Parolen das aggressive Ziel eines militärischen Roll back verbergen! Dazu das ganze Arsenal von Schlagworten, mit denen man die Vertreter des gesunden Menschenverstandes bloßstellt und lächerlich macht. Sie werden als „Neutralisten" oder als „Moskauhörige" angeprangert, sie betreiben angeblich eine Politik des „Status quo" oder der „Vorleistungen" oder sie machen sich einer

„Aufweichung" der abendländischen Einheitsfront schuldig. Vorschläge des Ostens, die den Kreuzzüglern nicht gefallen, werden als „belanglos", als „politische Falle", als „Postwurfsendung" vom Tisch gefegt, während man eigene, konstruktive Vorschläge für überflüssig hält. Es verschlägt nichts, daß hinter diesen Schlagworten keine Substanz zu finden ist, denn sie sollen nicht Sachverhalte kennzeichnen, sondern die Affekte und Instinkte der Massen wecken.

Genug der Beispiele. Jedenfalls ist es mit dieser pausenlosen und hämmernden Propaganda gelungen, Komplexe zu züchten und zu vertiefen, die von Millionen aus allen Volks- und Bildungsschichten Besitz ergriffen haben und jeder nüchternen Betrachtung der internationalen Lage als echter eiserner Vorhang im Wege stehen. Nur im Zeichen dieses Massenwahns war es möglich, Fiktionen glaubhaft zu machen wie den unmittelbar drohenden sowjetischen Angriff (ähnlich hat Hitler verfahren!), an die Stelle einer nur zu begründeten Angst vor den atomaren Vernichtungsmitteln die Bolschewistengefahr als das größte Übel zu präsentieren, die Fiktion von dem alleinigen Vorrecht der Bundesrepublik auf die Rechtsnachfolge Gesamtdeutschlands aufrechtzuerhalten. Nur dieser Wahn macht es begreiflich, daß Pascual Jordans Troglodytenperspektiven nicht in einem Sturm der Empörung untergingen, während die Sachverständigkeit internationaler Koryphäen fraglich wurde, die warnend auf die radioaktiven Folgen der Atomexplosionen hinwiesen. Nur dieser moderne Hexenwahn ist eine Erklärung dafür, daß in Bonn wie in Washington eine sogenannte Außenpolitik nicht mehr in politischen, sondern nur noch an militärische Kategorien denkt.

Der Nobelpreisträger Professor Dr. Max Born hat in der Evangelischen Akademie Loccum gleichsam entschuldigend darauf hingewiesen, er gehöre noch jener Generation an, die zwischen Verstand und Vernunft zu unterscheiden pflegte. Aus dieser Vernunft heraus haben die führenden deutschen Atomphysiker vor der nuklearen Aufrüstung gewarnt und jede Mitwirkung an ihrer Entwicklung verweigert; aus diesen Beweggründen der Vernunft haben Tausende von deutschen und ausländischen Gelehrten bewegte Warnungen vor dem atomaren Wettrüsten ausgesprochen. Forscher, die gewohnt sind, Tatsachen objektiv zu prüfen und Wahrheiten offen auszusprechen, haben sich offensichtlich vom heutigen Massenwahn weniger infizieren lassen als die Millionenmassen aller Stände. Der in Ziffern und Nahzielen rechnende Verstand wird, wie wir sehen, eine leichte Beute der Zeitkrankheiten. Es hat nie an Männern gefehlt, welche den Hexenverfolgern, den Ketzerrichtern, den Demokratenfressern und den Feinden des Sozialismus die Argumente lieferten, mit denen sie sich rechtfertigten. Aber ebenso gab es Männer, die sich vom Massenwahn fernhielten, einen Grafen Friedrich Spee, der den Hexenterror bekämpfte, einen Immanuel Kant, der über dem dogmatischen Kampf das verbindend Christliche sah, einen Fürsten Metternich, der als Staatsmann den Liberalismus bekämpfte und doch darum wußte, daß dieser siegen würde. Westliche und östliche Ideologie werden wohl niemals zur Deckung zu bringen sein, aber die Realitäten der westlichen und östlichen Gesellschaftsformen rükken einander ständig näher, und es gibt bereits zahlreiche Zwischenformen in den jungen Ländern, die weder das eine noch das andere Prädikat verdienen. Nicht morgen, aber einmal werden die Menschen nicht mehr begreifen, daß man daran geglaubt hat, sich um des Marxismus willen mit Massenvernichtungsmitteln bekämpfen zu müssen, anstatt mit geistigen Waffen. Dies vorauszusehen und in Rechnung zu stellen, bleibt der Vernunft vorbehalten, nicht der blinden Perfektion des rechnenden Verstandes.

Prof. Dr. Aloys Wenzl

# Wir bitten um Verständnis

Wie immer die Zukunft sein wird, unsere Zeit wird ihr vielfach paradox erscheinen. Zu ihren Symptomen wird auch gehören, daß immer wieder gerade diejenigen, die sonst zur Zurückhaltung neigen, die Vertreter der Wissenschaft, zunächst die bedeutendsten Atomwissenschaftler selbst, dann Vertreter verschiedener Fakultäten und wohl verschiedener weltanschaulicher und politischer Richtung, sich zusammenschlossen zu einem Appell gegen das Wettrüsten mit Atomwaffen und als ersten Schritt dazu gegen die Fortführung der Atomwaffenexperimente und für eine atomwaffenfreie Zone. Sie tun es, obwohl sie wissen, welchem dreifach ausgesprochenen oder angedeuteten Vorwurf sie begegnen werden: Sie seien wirklichkeitsfremd, sie täten es aus einer oppositionellen Tendenz oder gar, sie seien kommunismushörig. Und zu den Paradoxien wird auch gehören, daß wir das demokratische Prinzip vertreten und verteidigen und man doch kaum zweifeln kann, daß das, was die Wissenschaftler aussprechen, auch das größte Anliegen der großen Mehrheit unseres Volkes ist — sollte ein Zweifel bestehen, so veranstalte man eine Volksabstimmung! Die Antwort, die die Mahner geben können, kann nur die Aufforderung zu einem Verstehen sein, denn die drei genannten erhobenen oder angedeuteten Vorwürfe sind ein Zeichen des Nichtverstehens. Wir unterstellen den Politikern und Militärs nicht, daß sie einen Atomkrieg w o l l e n, aber wir dürfen sie bitten, auch uns nichts Falsches zu unterstellen, dann wird man uns und diejenigen, die uns zustimmen, verstehen. Gerade weil die Naturforscher sich als letzte Sachverständige verantwortlich fühlten, und gerade weil auch die Vertreter anderer Wissenschaften, der Theologie, Philosophie, der Geisteswissenschaften und der Staatswissenschaften, sich der Verantwortung, die sie fühlen, nicht entziehen wollen, was man ihnen früher oft vorgeworfen hat, und weil sie Distanz haben, warnen sie vor dem überkommenen Denkschema der „Logik der Stärke". Denn wir sind am Rande einer neuen Zeit. Das „si vis pacem, para bellum" war schon in der Vergangenheit oft bedenklich genug, in der heutigen Zeit wird es zur Paradoxie: Denn es bedeutet: wer einen Krieg vermeiden will, bereite eine Rüstung vor, die im Ernstfall nie gebraucht werden dürfte, weil sie bei ihrer massenvernichtenden Wirkung auch alle Wehrlosen treffen würde und menschlich nicht zu verantworten wäre — wie man es schon von der Hiroshimabombe sagen muß —, aber auch weil sie die beiderseitige Vernichtung bedeuten könnte. Diese Wandlung zu sehen, i s t nicht wirklichkeitsfremd, und man kann psychologisch nicht übersehen, daß diese „Rüstung" zwar eine Zeitlang eine abschreckende Wirkung haben kann, aber auch eine Versuchung darstellt zu einem Präventivkrieg in dem Augenblick, in dem der eine Partner sich noch überlegen glaubt, während er im nächsten unterlegen zu sein fürchtet. Niemand weiß auch, in welcher Reihenfolge des Grades die gefahrenträchtigen Waffen eingesetzt würden; aber daß sie auf der nächstgelegenen Gefahrenzone (Atomraketenbasis), die auch am ehesten und schnellsten überrascht werden könnte, zuerst eingesetzt würden, ist wahrscheinlich, und das würde mindestens den Untergang Deutschlands bedeuten. Ich glaube nicht, daß es weltfremd ist und nicht verstanden werden kann, wenn man sagt, daß die Welt der neuen Situation des „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage" gegenübersteht. Auf dem Weg zur Gewinnung eines modus vivendi im wörtlichsten Sinne wären aber der Verzicht auf weitere Atombombenversuche, wie ihn der Bayerische Senat einstimmig — die Vertreter der Kirchen, der Hochschulen, der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, der Bauern usw. — schon 1956 gefordert hat, und die Schaffung einer kontrollierten und durch internationale Abkommen garantierten atomwaffen-

freien Zone die ersten Schritte. Aber liefern wir uns damit nicht einem Angriff vom Osten aus? Nun, der Preis und das Risiko wären auch für Rußland so hoch und der Gewinn so negativ, daß ein Angriff unwahrscheinlich wäre, unwahrscheinlicher als die Gefahr bei einem hysterischen Wettrüsten mit Waffen, die nie angewendet werden dürften und dann sinnlos wären oder die in einer Krise doch angewendet würden und dann das schlimmstmögliche Übel wären. Eine atomwaffenfreie Zone könnte leichter garantiert werden als eine atombewaffnete.

Es wäre noch manches zu sagen, aber diese Zeilen wollten nur eines sagen: Das sind unsere Motive, und es scheint mir, sie seien christlich, menschlich und national verstehbar. Um dieses Verständnis bitten wir.

---

Erich Rüttel

## Gewerkschaften vor der Entscheidung

Im Nachfolgenden nimmt der Erste Vorsitzende der Kreisverwaltung Dortmund der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, in der 19 500 Arbeitnehmer organisiert sind, zum Appell der 44 Professoren Stellung. Diese Gewerkschaftseinheit veröffentlichte im vergangenen Jahr nach einem Vortrag von Prof. Dr. Karl Bechert eine Broschüre gegen die Atombedrohung. D. Red.

Als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aktuell war, erklärte Bonn: 12 Divisionen Erdstreitkräfte sind für den unmittelbaren Schutz unserer Ostgrenzen erforderlich. Zur Zeit der Ratifizierung des Nato-Vertrages hieß es: Die Bundesrepublik bekommt nur konventionelle Waffen.

Wiesen besorgte Zeitgenossen auf die Versuche im Pazifik oder in der Wüste von Nevada hin, kam man ihnen mit dem albernen Gas-Argument. Wieso, fragten die Militärpropagandisten naiv, es sind doch im letzten Kriege auch keine chemischen Kampfstoffe verwendet worden?

Ein Jahr später, als wieder alles anders aussah, sagten sie: Gut und schön — aber was spricht dafür, daß Atombomben in einem Teilkrieg eingesetzt werden? Und überhaupt, bedenken Sie bitte, daß es uns durch die Londoner Akte und das Brüsseler Protokoll ausdrücklich untersagt ist, atomare, bakteriologische und chemische Kampfmittel herzustellen oder zu unterhalten. Schild und Schwert — wir der Schild, die drüben in Amerika und England das Schwert. Unser Risiko ist relativ gering, unsere Sicherheit optimal. So sagten sie. Und heute?

Vor drei Jahren erfuhren wir vom Manöver „Carte blanche", und ein Jahr später hörten wir den „Schwarzen Löwen" (Lion noir) brüllen. Alle, die wir davon hörten, waren entsetzt. Auch Dr. Konrad A d e n a u e r schien entsetzt zu sein, denn er wies mit wohlgespielter Entrüstung die „Verdächtigung" zurück, er wolle atomare Waffen auf deutschem Boden zulassen. Bald darauf aber schaltete er um. Er nannte die Atomwaffen eine „Fortentwicklung der Artillerie", und mittlerweile hat er uns darüber belehrt, daß das Abendland rettungslos verloren ist, wenn wir nicht sofort die Bundeswehr atomar ausrüsten und gleichzeitig weitreichende Raketen nebst Abschußbasen auf westdeutschem Boden stationieren.

Was uns blüht, wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, ist einer

Erklärung zu entnehmen, die Dr. Robert Oppenheimer soeben in dem amerikanischen Magazin „Look" veröffentlicht hat. Oppenheimer, der im letzten Kriege an der Entwicklung der Kernwaffen maßgeblichen Anteil hatte, aber neben vielen anderen Wissenschaftlern nach den Explosionen in Japan mit den Worten „Wir haben die Sünde kennengelernt" jede weitere Mitarbeit versagte, schrieb in „Look", Amerika sei jetzt in der Lage, Bomben herzustellen, von denen einige die Sprengkraft von einer Million Hiroshima-Bomben besäßen. Der amerikanische Vorrat davon sei erschreckend groß, und da auch die Sowjetunion über thermonukleare Waffen stärkster Wirkung verfüge, seien die Folgen eines totalen Atomkrieges nicht auszudenken.

Was das bedeutet, können ein paar Zahlen klar machen. Nach Prof. Bechert, dem Direktor des Institutes für theoretische Physik an der Universität Mainz, hatte die Hiroshima-Bombe, die heute von den Experten allgemein als „Standard-Atombombe" bezeichnet wird, eine Zerstörungskraft von vergleichsweise 20 000 t Trinitrotoluol, dem schlimmsten chemischen Sprengstoff seit Erfindung des Schwarzpulvers. Von der Wasserstoffbombe hieß es bereits vor vier Jahren, sie habe die 700fache Wirkung jener Bomben von Hiroshima und Nagasaki, und mit weiteren H-Bombenversuchen schätzten die Fachleute später die jeweiligen Wirkungen auf das 1000fache und schließlich 2000fache der Bomben vom August 1945. Nun sagt uns Dr. Oppenheimer, es handele sich mittlerweile schon um die millionenfache Explosivkraft.

Ob nun die heute verfügbaren Sprengkörper die 500fache, 1000fache oder gar schon 1 000 000 fache Wirkung von Hiroshima haben, ob sie also der Energieentwicklung von 10 oder von 20 oder von 20 000 Millionen Tonnen Trinitrotoluol entsprechen, das sollte uns angesichts der unvorstellbaren Zerstörungsmöglichkeiten als quantitatives Problem nicht mehr weiter interessieren. Es darf kein quantitatives Problem mehr sein, auch wenn es von vielen Militärstrategen immer noch als solches angesehen wird. Denn ob — wie damals in Hiroshima — 150- bis 180tausend Menschen auf einen Schlag umgebracht werden, oder ob es in Zukunft pro Bombe eine oder mehrere Millionen Menschen sein werden, je nachdem, wie dicht die Besiedlung des angegriffenen Raumes sein würde, darauf kommt es nun wirklich „im einzelnen" nicht mehr an. Die Frage ist, ob wir es zulassen können und ob wir mitansehen dürfen, daß alle Vorbereitungen getroffen werden, Menschen wie Ratten oder Wanzen auszuräuchern. Die Frage ist somit ein qualitatives Problem. Sie ist im Grunde, auch wenn noch so viele Gründe des gesunden Menschenverstandes und der Selbsterhaltung daneben bestehen, ein sittliches Problem.

Prof. von Weizsäcker hat dieses wenige Wochen nach der Manifestation der Göttinger Achtzehn in einem Vortrag in der Bonner Universität sehr präzise ausgedrückt. Es genüge nicht, sagte er, nur die Atombombe abzuschaffen, um dann wie bisher wieder Kriege führen zu können. Es müsse ein entsprechend neues Konzept gefunden werden.

Damit ging v. Weizsäcker persönlich einen entscheidenden Schritt weiter über den Inhalt des Göttinger Manifestes hinaus. Mit der Zurückhaltung des Gelehrten, aber doch eindeutig genug machte er deutlich, daß uns die Technik gezwungen hat, dem Kriege selbst prinzipiell abzuschwören. Wer nur ein wenig technologisch oder soziologisch zu denken und zu beobachten gelernt hat, der weiß, daß es nicht möglich ist, beispielsweise durch eine internationale Konvention zu erwirken, daß im nächsten Kriege wieder mit Vorderladern oder vielleicht Hellebarden oder Keulen aus der Steinzeit gefochten wird. Der Krieg ist im 20. Jahrhundert infolge technischer Perfektion ad absurdum geführt. Das hat — im Gegensatz zur Jahrhundertwende — heute sogar die internationale Generalität eingesehen. Während vor fünfzig Jahren

noch von der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" gefaselt und das „Stahlbad der Völker" mit widerwärtigem Pathos verherrlicht wurde, legen nun selbst Nato-Offiziere zuweilen Wert darauf, festzustellen, daß sie eigentlich hervorragende Pazifisten seien, weil sie ja nicht den Krieg, sondern die Verhütung des Krieges wollten. Ein bemerkenswerter ideologischer (sprich propagandistischer) Prozeß, der allerdings nicht von praktischen Konsequenzen begleitet wird. Auch wenn sich die Militärs heute friedliebend statt kriegslüstern gebärden — ihre Art und Weise, die Rüstung auf die Spitze zu treiben, unterscheidet sie in nichts von dem Verhalten ihrer Ahnen.

Es erübrigt sich hier, die möglichen Auswirkungen eines dritten Weltkrieges bis ins Detail ausmalen. Das haben Berufenere getan. Die Wissenschaftler haben erschreckende Zahlen genannt, der Schriftsteller Hans Hellmut Kirst hat soeben in einem Roman die Vision eines atomaren Feuerschlages auf Europa gemalt, und durch japanische Berichte, Gedichte und Bilder sind wir hinreichend belehrt, welches unermeßliche Elend die bescheidenen Anfänge der atomaren Kriegsführung heraufbeschworen haben. Keine Geringeren als Papst Pius XII. und Albert Schweitzer haben die Amoralität des Rüstungswettlaufes gegeißelt, und Abrüstungsfachleute wie Jules Moch zeigten die politischen Perspektiven unter dem Gesichtspunkt „Wir sind gewarnt". Was also wäre dem noch an Grundsätzlichem zuzufügen? Es kommt darauf an, die praktische Frage schleunigst zu klären, wie den Totengräbern der Menschheit in den Arm gefallen werden kann. Wir haben nicht viel Zeit für diese Klärung.

Ein Blick auf Großbritannien zeigt, daß nicht jedes Bemühen vergeblich ist. Dort ist seit langem eine Volksbewegung spürbar, die jetzt schon bei weitem die eindrucksvollen Demonstrationen gegen das Suez-Abenteuer im November 1956 übertrifft. Damals drängte eine große Volksmenge vor das Haus des Premierministers in Downing Street. Diesmal haben schon etliche derartige Protestmärsche das Regierungsviertel in Erregung versetzt. Man weiß zwar, daß die Polizei die Demonstranten stets zu zerstreuen versucht, man hat aber noch nichts davon gehört, daß die Regierung das Volk grundsätzlich hindert, „auf der Straße" seine Meinung zu äußern und sein Lebensrecht zu fordern. Dieses Recht zu bestreiten und zu behindern, ist erst Adenauer und seinen Ministern vorbehalten gewesen. Sie, die sicherlich im gesamten Nato-Bereich am häufigsten und lautesten das Wort Freiheit in den Mund nehmen, wissen gegen jedes außerparlamentarische Begehren vorzugehen, wie es in einem durch freiheitliche Traditionen geprägten Gemeinwesen als gang und gäbe geschützt würde.

Aber auch in England ist in der Frage Atombewaffnung die sprichwörtliche Gelassenheit und Toleranz unter den Gegnern geschwunden. Die Konservativen wissen, daß ihr Prestige mit der Politik der Stärke steht und fällt. Andererseits erkennen die Massen des Volkes und ihre Sprecher, daß alle Bemühungen um einen sozialen Fortschritt sinnlos sind, wenn nicht zuvor die ungeheuere allgemeine Bedrohung der Menschheit abgewendet wird. Führende Repräsentanten des britischen Geisteslebens haben sich in dieser Existenzentscheidung mit den Massen verbündet, der freigeistige Philosoph Bertrand Russell ebenso wie der katholische Schriftsteller J. B. Priestley. Neben ihnen stehen Pazifisten wie Sir Stephen King-Hall, der seit ein paar Monaten durch Veröffentlichungen über eine gewaltlose Verteidigung seines Landes von sich reden gemacht hat, die Gruppe um Aneurin Bevan sowie zahlreiche Persönlichkeiten hinter den Labour-Abgeordneten Swingler, Zilliacus und Mikardo.

Mit viel Selbstvertrauen und unter systematischem Einsatz der ihr nahestehenden Presse hat diese Widerstandsgruppe im ganzen Lande eine Versammlungswelle

organisiert. Diese schlägt insbesondere im Gebiet der Hauptstadt und im nördlichen Industrierevier ihre Wellen. Der jahrzehntelange Kampf einzelner Charaktere wie Russell oder die publizistische Arbeit kleinerer pazifistischer Gruppen innerhalb der Parteien und Gewerkschaften trägt reiche politische Frucht. Noch im ersten Kriege wurde Russell eingesperrt, heute müßte man Millionen einsperren, wollte man seinen Einfluß ausschalten. Noch vor Jahren wurde Bevan als rebellischer Außenseiter verhöhnt oder belächelt. Man diskutierte nicht seine Absichten, sondern gewährte ihm gnädigerweise unter Berücksichtigung seines wallisischen Temperaments Narrenfreiheit. Bevan war geschickt genug und offenbar mit hinreichend starken Nerven versehen, um das alles hinzunehmen und sich der jeweiligen Situation anzupassen. Heute jedoch, da er außenpolitischer Sprecher seiner Partei ist, sind aus Bevan-Plänen Gaitskell-Pläne geworden. Das Bündnis zwischen Geist und Tat, zwischen Theorie und Praxis, zwischen phantasievollem Temperament und nüchternem Kalkül hat sich bewährt. Nirgendwo wie in England kämpfen heute breite Kreise des Volkes so klug und überlegt im Zusammenhalt mit der Intelligenz des Landes.

Während der letztjährigen Londoner Abrüstungskonferenz konnte Bevan vor Arbeitern in Eastbourne und Doncaster ausrufen, man müsse endlich dem Volke sagen, wer die Verantwortung dafür trage, wenn die Verhandlungen scheiterten. Die Mächtigen in London und anderwärts waren empört. Doch Bevan ließ sich nicht ins Bockshorn jagen, sondern fügte hinzu: „Man muß die konservative Regierung zwingen, dem Wahnsinn der Rüstung ein Ende zu machen. Der Kampf muß auf die Straßen und Plätze der Städte getragen werden." Bezüglich der Fortsetzung der H-Bomben-Versuche sagte er: „Als sogenannte christliche Nation geben wir Geld dafür aus, um innerhalb der nächsten Jahrzehnte eine unbekannte Zahl von Menschen durch eine grauenhafte Krankheit zu töten. Sind wir berechtigt, Menschen, die wir niemals gesehen haben, zum Tode zu verurteilen? Wenn das unser Weg ist, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob eine derartige Lebensart verteidigungswert ist." Ist das Demagogie? Nein, es ist die nackte Wahrheit. Wann hat man in der Bundesrepublik vor jenem denkwürdigen 23. Januar 1958 einen Oppositionellen so zum Volke reden hören? Sicherlich mangelt es nicht an Rhetorikern. Vielleicht mangelt es uns an Charakteren.

Anfang der dreißiger Jahre bemerkte Albert Einstein: „Wenn die Mitglieder pazifistischer Organisationen (Einstein verstand Pazifismus im weitesten Sinne des Wortes. D. V.) sich scheuen, die Behörden anzugreifen, schon im Frieden, auf die Gefahr hin, Gefängnis oder Schlimmeres zu erdulden, dann wird es eines Tages zu spät sein. Bricht die Kriegspsychose aus, dann hält die Masse nicht stand. Nur ganz besonders gefestigte Charaktere werden auch im Falle des Kriegsausbruches Widerstand leisten." Ein paar Jahre später schrieb Russell mit dem ihm eigenen Sarkasmus: „Jedes Volk versichert: Wir haben unsere Wehrmacht, um Angriffe zu verhindern. Aber die anderen Völker haben eine Wehrmacht (wenigstens denken viele so), um Angriffe zu verüben. Wer etwas gegen die Wehrmacht des eigenen Staates sagt, ist ein Verräter, der sein Vaterland unter der Faust eines fremden Eroberers sehen möchte. Nimmt man andererseits einen möglichen Feindstaat in Schutz und gesteht ihm zu, daß er zur eigenen Sicherheit eine Wehrmacht braucht, dann beleidigt man sein eigenes Land; denn nur perverse Bosheit ist imstande, dessen unveränderliche Friedensliebe in Zweifel zu ziehen."

Sowohl die zitierten Worte Einsteins wie auch die von Russell wurden noch im Zeitalter der sogenannten konventionellen Waffen gesagt. Um wieviel mehr wiegen die Worte heute, im Zeitalter nuklearer Vernichtungsmittel, wo bereits jene scheußlichen, im Korea-Krieg eingesetzten Napalm-Bomben zu den „konventionellen

Waffen" gezählt werden. Wer die Gefahr ignoriert, ist entweder gemeingefährlich dumm oder verbrecherisch. Beides verlangt nach kollektiver Selbsthilfe. Der aktuelle Verteidigungsbeitrag von uns allen muß sich gegen die institutionalisierte Dummheit und gegen das legalisierte Verbrechen richten! Es wäre verhängnisvoll, würden wir uns durch irgendwelche Phrasen oder Bedenken von dieser Front ablenken lassen.

Die allgemeine Bereitschaft zur kollektiven Selbsthilfe ist auch in der Bundesrepublik vorhanden. Wenn auch betäubt, so sind doch die guten Gedanken der Jahre nach dem Zusammenbruch noch im Bewußtsein der Bevölkerung. Nur richten sie nichts aus, solange sie latent schlummern. Es kommt darauf an, durch ständiges Hämmern und Pochen sie wieder dominant zu machen. Dann fällt auch die große Lethargie der vergangenen Jahre, das Unbehagen an der Restauration. Da in den letzten Jahren eigentlich keine politische Gruppe oder Gesinnungsgemeinschaft zu einem konsequenten Kampf gegen die Remilitarisierung aufrief, gibt es heute keinen durch Erfahrung bestätigten Grund, sich herauszureden, die Massen machten ja doch nicht mit. Versuchen wir es doch einmal. Organisieren wir das, was eigentlich bisher nur sporadisch und voneinander isoliert gesagt und getan wurde.

Mit der jungen Generation ist nach wie vor zu rechnen, mit der Arbeiterjugend ebenso wie mit den Studenten. Ihre Rebellionen in den vergangenen fünf Jahren waren überzeugend. Wir wollen heute, wo eine größere Geschlossenheit in der Entwicklung liegt, Versäumtes nicht zu sehr beklagen, denn sonst müßte auch abermals die Frage nach dem traurigen Ausgang der Paulskirchen-Aktion von 1956 gestellt werden. Das ist vorüber, aber es soll nicht vergessen sein. Wenn heute nachgeholt wird, was damals infolge persönlicher und organisatorischer Unzulänglichkeiten versäumt wurde, ist es nicht zu spät. Das haben sicher auch viele Gewerkschaftsvorstände und die Repräsentanten des DGB erkannt.

Kaum daß General Norstad im Fernsehen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen verlangt hatte, forderte die Bezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen II der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 27. Februar dieses Jahres in Bielefeld „den DGB auf, den 44 Universitätsprofessoren, die sich dafür ausgesprochen haben, Mitteleuropa atomfrei zu halten, jede gewerkschaftlich mögliche Form der Unterstützung zuteil werden zu lassen, einschließlich der Stillegung von Betrieben, wenn die Bundesregierung auf anderem Wege von der Atombewaffnung nicht abgehalten werden kann".

Die Entschließung wurde wie folgt begründet: „Die immer wieder in letzter Zeit erhobenen leidenschaftlichen Proteste vieler Wissenschaftler aus aller Welt gegen Atombombenversuche und atomare Aufrüstung der Streitkräfte haben in der Bevölkerung ein lebhaftes Echo gefunden. Gerade die Gewerkschaften als berufene Interessenvertretung der schaffenden Menschen haben die Verpflichtung, sich für das Wohl und die Existenzsicherung der Menschheit einzusetzen. Es kann und darf nicht nur bei Resolutionen und Protesten gegen derartige beabsichtigte militärische Abenteuer bleiben. Wer anders als die Massenorganisationen der Gewerkschaften sind in der Lage, dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzutreten? Wir haben, wenn wir die Stimme gegen die Atombewaffnung erheben, das moralische Recht auf unserer Seite. Wenn moralische Maximen überhaupt noch Wert behalten sollen, dann sind wir gefordert, alle Mittel — auch das des Streiks — einzusetzen, um dieser verhängnisvollen Entwicklung endlich Einhalt zu gebieten."

Die Konferenz der Hauptfachgruppe II K der Gewerkschaft ÖTV hat sich am 1. März in Essen der Bielefelder Entschließung vollinhaltlich angeschlossen. Wenn es gelingt, durch weitere Resolutionen dieser Art die Vorstände der Gewerkschaften zu veranlassen, auch ihrerseits

aktiv zu werden, dann könnte in letzter Minute die Atombewaffnung verhindert werden. Zugegeben, es würde eine harte, aber notwendige Auseinandersetzung. Wir wollen und müssen aber schuldlos in die Zukunft gehen und nicht später eingestehen müssen, im entscheidenden Moment versagt zu haben. Die organisierte deutsche Arbeiterbewegung hat allen Grund, sich an 1933 zu erinnern. Damals ging es zwar auch schon um Krieg oder Frieden, aber noch nicht um Atombomben.

„In einem freilich wird man die Gewerkschaften zum äußersten entschlossen sehen . . .", mit diesen Worten leitete Hans Böckler auf dem Gründungskongreß des DGB den Hinweis ein, daß man nicht noch einmal dulden könne, daß die Grundlagen der menschlichen Existenz in Frage gestellt werden. Er dachte damals noch nicht an Atombomben. Aber zur Erhaltung der menschlichen Existenz zählt heute sicherlich auch die Ablehnung des furchtbarsten aller Kriege.

Wir dürfen den Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes dankbar sein, daß sie soeben einen Aufruf gegen den Atomtod unterzeichnet haben. Wir wären ihnen aber noch dankbarer, wenn sie in den nächsten Wochen zum Ausdruck brächten, daß sie dafür etwas einzusetzen gewillt sind.

---

Prof. Dr. Leo Weismantel

## „Was ist gemeint?"

Am 26. Februar erschien in der deutschen Presse ein Appell von 44 Professoren an die Gewerkschaften, die aufgefordert wurden, die Fragen der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik zu überdenken und die Bemühungen zu unterstützen, die auf Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ausgehen.

Am 27. Februar, also einen Tag später, richtete die der CDU nahestehende „Rheinische Post" unter dem Titel „Was ist gemeint?" an die Vierundvierzig, von denen sie deren drei, „die Professoren Hagemann, Gollwitzer und Weismantel", namentlich ansprach, eine Anzahl von Fragen. Die „Rheinische Post" und wohl nicht nur sie allein, scheint über den Appell etwas verwirrt und beunruhigt, wenn sie sich auch den Anschein überlegener Gleichgültigkeit gibt und meint: „Die Anwort auf die Frage ‚Was ist gemeint?' sollten die Vierundvierzig nicht schuldig bleiben, denn sie zu geben ist nicht nur leicht, sondern auch notwendig, um falschen Rückschlüssen vorzubeugen."

Nein, es ist nicht leicht, auf diese Fragen zu antworten. Denn es ist nun einmal nicht leicht, jene, welche die Augen geschlossen halten, um nichts zu sehen, in die Lage zu bringen, daß ihnen die Augen aufgehen. Es handelt sich bei den harmlosen Fragern ja nicht um eine echte Blindheit, sondern um eine gewollte. Die Operation, die an solch gewollter Blindheit nötig ist, ist sehr schmerzvoll — für den Patienten und damit auch für den Arzt. Der Arzt kann bei dieser Operation den Patienten nicht durch Anwendung narkotischer Mittel in einem Dauerschlaf halten und ihm so Schmerz und Schreck ersparen. Der Patient soll ja aufwachen in eine sehr grausame Wirklichkeit. Nur der Schreck darüber, wo dieser gewollt Blinde sich plötz-

lich sieht, kann dem Armen noch helfen. Nein, „Rheinische Post", das alles ist nicht so leicht. Es gilt das Land des Grauens zu zeigen, in welches die Regierung unser Volk geführt hat und weiter führen will.

Die Zeitung hat gemeint, der Appell sei an die falsche Adresse gerichtet worden. Statt sich an die Gewerkschaften zu wenden, hätte er sich an die Regierung oder an den Bundestag wenden müssen, weil es sich ja bei der Aufforderung, sich für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone zu erklären, um „Außenpolitik" handele, „über die einzig und allein der Bundestag zu entscheiden habe".

Wirklich? Hat er das? Oder entscheidet der Nato-Oberkommandierende, auf dessen „Empfehlungen" die Bundesregierung und damit die CDU doch so sehr wartet? Und der Bundestag? Wird der nicht schon seit Jahr und Tag von einer Mehrheit majorisiert? Ist es auch schon vergessen, daß die gleiche Besatzungsmacht, für deren Interessen Deutschland sich in eine Zone der Gefahr begeben soll, unser gesamtes Volk vor gar nicht so langer Zeit unter Anklage stellte, weil dieses deutsche Volk die Katastrophenpolitik Hitlers ohne Gegenwehr hingenommen hatte. Jedermann weiß, daß die Bundesrepublik keine Schöpfung des deutschen Volkes, sondern der Amerikaner ist, die diesen Staat erzwangen. Hat denn jemals das deutsche Volk über diesen Staat und seine Verfassung abgestimmt? Jedermann weiß, daß jene Deutsche, die damals zu diesem Abfall von Gesamtdeutschland sich bewegen ließen, im Gewissen gequält waren und sich gegenseitig fragten, ob nicht die Stunde käme, in der das den Amerikanern Zur-Verfügung-Stellen ihnen nicht als Staatsstreich oder gar als Vaterlandsverrat vorgehalten würde.

Das ist doch unsere Geschichte! Die Regierung aber, geschützt durch ein Wahlgesetz, das jede Erneuerung des parlamentarischen Lebens aus dem deutschen Volke heraus unmöglich macht, ausgestattet mit den Geldern der Interessengruppen an diesem Zustande, redet von erreichter Souveränität, und jedermann weiß, daß es anders ist. Immer wenn es nötig scheint, dem Volk das von neuem aufzureden, wird feierlich erklärt, daß die Bundesgenossen für Deutschlands Wiedervereinigung seien, die tollsten Anstrengungen machten für unsere Sicherheit. Und schon horcht niemand mehr in diesen Propagandaschwindel, denn jedermann weiß, daß die so treuen „Bundesgenossen" die Spaltung Deutschlands als einen besonderen „Glücksfall" begrüßen. Es ist schamlas, das deutsche Volk für so minderwertig zu halten, daß man ihm das Ertragen dieses einfältigen Täuschungsmanövers immer wieder zumutet.

Man engagiert sich mit Frankreich in den nordafrikanischen Positionen, die längst selbst für Frankreich unhaltbar geworden sind. Man konspiriert gegen das Gefälle der Weltgeschichte und ahnt nicht, wie der Lauf der Zeiten geht. Man schwelgt in Träumen, mit den Atombomben der Amerikaner und mit deren Hilfe die Sowjetunion „ausradieren" zu können. Man fühlt sich als Gentleman und beschimpft die im Osten als Gangster. Man läßt sich, Kanzler und „Verteidigungsminister", die Träume von atomaren Abschußrampen im Herzen, in heiligen Räumen und während eines Hochamtes den weißen Mantel der Deutschen Ordensritter über die Schulter legen. Man läßt sich gläubig verehren von den erschreckten ahnunsglosen Frommen, die nicht sehen, was gespielt wird, denen man von Gefahren erzählt, die aus dem Osten drohen und die man nur mit Waffen niederhalten könne, — die unser ganzes Volk in den ersten Stunden eines neuen Krieges mit Sicherheit, und nur hier ist dieses Wort angebracht, in die Luft fliegen lassen. Und das ist das Einzige, was eine solche Politik dem deutschen Volk zu garantieren vermag.

„Was ist gemeint?", wenn dieser Appell eben nicht an die Regierung, nicht an den Bundestag gerichtet ist, sondern an die Gewerkschaften? Gemeint ist dann

wohl, so verstand ich meine Unterschrift: jedes Vertrauen zur Bundesregierung ist dahin! Da ist gar nichts mehr zu „meinen"! Da ist ein Abgrund aufgetan und der ist da! Und der Abgrund legt sich zwischen dort und hier, legt sich zwischen Bundesregierung und jene zwanzig Prozent, die eine Atomaufrüstung bejahen, und jene achtzig Prozent unseres Volkes, die sie verneinen.

Wo ist noch Vertrauen zu dieser Regierung oder zu diesem Bundestag? Nicht nur das „Wirtschaftswunder", sondern auch dieser Verlust an Vertrauen von Millionen ist das Ergebnis der Regierung Adenauer. Niemand, der die politische Wahrheit will, vertraut. Und dieser Verlust an Vertrauen ist ein totaler. Nichts, was von der Regierung gesagt wird über Abrüstung, über Verhandlungen mit der Sowjetunion, über Wiedervereinigung oder was nur immer, stößt auch nur noch auf ein Fünkchen Vertrauen!

In diesen Bankerott der Regierung hineinzurutschen, ist auch die Gefahr, die schon die Opposition erfaßt hat. Seit die SPD die erste Paulskirchen-Bewegung „aufgegriffen" und aus opportunistischen Gründen wieder hat fallen lassen, seit sie gegen die Wiederaufrüstung „Frontstellung" bezogen und doch erst der CDU die Möglichkeit zur Aushöhlung des Grundgesetzes und damit zu der unseligen Politik der Wiederaufrüstung gegeben hat, nimmt selbst das Vertrauen großer Volkskreise zu der Opposition ab. Noch einmal eine solche Bewegung und noch einmal deren nicht genügende Unterstützung, dann würde das für viele auch das Ende des letzten Vertrauens auch zu diesen Parteien bedeuten.

Wenn die Oppositionsparteien immer wieder die Regierung drängen, ein reales Abrüstungsprogramm, ein sinnvolles Entspannungs- und Wiedervereinigungsprogramm vorzulegen, so fängt der Urteilsfähige an zu zweifeln, was die Opposition eigentlich denkt! Wie lange braucht sie noch, um zu erkennen, daß solche Erwartungen grotesk sind. Wie erschütternd, daß die parlamentarische Opposition nicht erkennt, was zu tun ist, Deutschland in letzter Stunde noch zu retten, von Männern kommen kann, die nur auf ein Wunder warten, das ihnen erspare, den schon längst offenkundigen Bankerott ihrer Politik auch gerichtlich anzumelden.

Was sollen Menschen wie die 44 Professoren in einer solchen Lage, da weder Regierung noch Parlament vertrauenswürdig erscheinen, anderes tun, als an das Volk und an die größte demokratische Organisation als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung sich mit einem Appell zu wenden. Alles, was Parlament und Regierung tun, und allein tun dürfen, geschieht doch „im Namen des Volkes"! Oder nicht? So erfolgt der Appell der Vierundvierzig, wenn ich die Vorgänge recht verstehe, eben an die höchste Instanz: die des Volkes! — des Volkes selbst, von dem „alle Staatsgewalt ausgeht".

Man sollte nicht sagen, das Volk habe dieses Parlament und dies Parlament habe diese Regierung gewählt, also sei alles in Ordnung. Diese Männer haben die Bundesrepublik geschaffen! Haben sie das etwa im Namen des Volkes getan? Wo und wann hätte das Volk ihnen dazu ein Mandat erteilt? Ein einziger Mann bot dem ehemaligen Kriegsgegner die Remilitarisierung unseres Landes an; noch nicht einmal sein eigenes Kabinett hat er gefragt. Nato-Politiker und Nato-Militärs erscheinen auf dem Bildschirm des Fernsehens, wenn es das Volk auf eine neue Etappe dieser verhängnisvollen Politik vorzubereiten gilt. „Im Namen des Volkes", — des Volkes, das ganz anders will!

Und der Sinn dieser Politik? Seit Amerika die furchtbare Atombombe gegen die beschwörenden Mahnungen der Gelehrten zu schaffen begann, die ja keine „Waffe" mehr ist, sondern ein Werkzeug nackter und bedenkenloser Vernichtung allen Lebens, und diese auf arme unschuldige Opfer einer skrupellos gewordenen Kriegsführung fallen ließ, hat es den Schatten eines aufsteigenden Fluchs der ganzen

Menschheit auf sich geladen. Diese Atombombe erschien 1945, in den Tagen, in denen Deutschland unter den letzten Kriegsschlägen zuckte, welche die Naziherrschaft zertrümmerten, schon spukhaft in den vergifteten Träumen westlicher Generale als das Mittel, die Frage des „Kommunismus" und der Bedrohung der Welt durch ihn zu „lösen". So begann Amerika mit jener Einkreisung der Sowjetunion durch Anlegung militärischer Aufmarschbasen in der ganzen Welt.

Da war auch das westliche Deutschland eines der Aufmarschgebiete. Da befahl und erzwang es die Abspaltung der Bundesrepublik. Da fand es Deutsche, die im Wahn auf einen Lohn, die Folgen der Niederlage Hitler-Deutschlands von uns abwenden zu können, die Hand zu dieser Spekulation auf Leben und Untergang reichten. Bis 1957 war es geschafft, und wir hörten aus der USA: „Die Sowjetunion ist von allen Seiten eingekreist". Im Fernsehen wurden unserem Volke Woche für Woche die Aufmarschbasen in grauenerregenden Bildern vorgeführt. Und wir hörten von Bonn das infantile Schreien, als sei das wieder Hitlers eigene Stimme vom Ausradieren der Sowjetunion!

Zug um Zug kamen von Rußland die Antworten: Wir haben die Atombombe auch! Wir haben die Wasserstoffbombe! Rußland schleuderte die ersten Sputniks in den Weltraum, militärisch gesehen, die ersten interkontinentalen Raketen. Da fuhr zuerst den Menschen in den USA der Schreck in die Knochen. Vergeblich mühte man sich, das Volk darüber zu täuschen, daß dies Spiel verloren ist. Das kleine Spielzeug, das man den Sowjet-Sputniks von Amerika her nachjagen konnte, hoppelte hinter den Wölfen der russischen Steppe her wie ein kleines hinkendes Schoßhündchen. Der Bankerott dieser Politik war nun offenbar geworden. Aber die Bankerotteure wollten und wollen ihren Bankerott nicht zugeben.

Da erheben sich die Stimmen der Großen! Da erhebt sich Albert Einstein, einer der ersten von denen, die wissen, was der Menschheit bevorsteht, und ruft beschwörend unter die Völker: „Unserer Welt droht eine Krise, deren Umfang anscheinend jenen entgeht, in deren Macht es steht, große Entscheidungen zum Guten oder zum Bösen zu treffen!" Da erhebt sich Albert Schweitzer als Mahner des Weltgewissens und ruft: „In Gedankenlosigkeit wandeln wir dahin! Es darf nicht sein!" Da erheben sich die Achtzehn Göttinger und aus ihrer Mitte ruft einer: „Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten! Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen!" Da steht eine Frau im Bonner Parlament auf, Frau Dr. Maria Elisabeth Lüders, und ich höre ihre Stimme erschütternd klagen: „Wir armen Völker Europas, wem sollen wir es klagen? Wir haben alles zerschlagen, zerschlagen, zerschlagen!" Da erheben sich zu Tausenden die Wissenden in aller Welt, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in der Sowjetunion, in Indien und in Afrika, — es ist alles umsonst. Analphabeten der Einsicht regieren die Völker! Die Stimmen der Großen der Erde werden von den Dutzendgeistern als nichts erachtet und ignoriert. Ihr Haß und ihre Torheit ist so groß, daß sie nicht erkennen, daß sie damit sich selbst und ihre eigenen Völker erschlagen.

Die amerikanischen Militärstrategen sichern sich das Gebiet der Bundesrepublik als Fangland des ersten Stoßes. Hier stehen wir als „Schild", der den ersten Schlag auffangen soll. Und unbedenklich erproben sie in ihren Atommanövern, wie dieser „Schild" in Augenblicken zerschlagen werden kann: Am ersten Tag die Sowjetpanzer bis an den Rhein, bis ins Ruhrgebiet, bis an den Atlantik vorstoßen, — wie die hierher konzentrierten Wasserstoffbomben das ganze Deutsche Volk zerfetzen und Deutschland daliegt als verbrannte und verseuchte Erde. Schon patrouillie-

ren Flugzeuge pausenlos mit Wasserstoffbomben an Bord über unseren Häuptern, — zuweilen verlieren sie eine.

Man ließ die Atombombe von Hiroshima von Priestern segnen und berichtete dem fromm aufblickenden Volke von der zitternden Angst ihrer Herzen und von den Segenswünschen, die man diesem Flugzeug des Massenmordes nachsandte.

Man erhob sich nach der letzten Nato-Beratung in Paris über die Errichtung von Atomabschußbasen und dankte in einem Dreißigsekunden-Gebet dem lieben Gott für die guten Einfälle, die er ihnen gegeben hatte. Man spürt gar nicht mehr, wie dies „Gebet", eine grauenhafte Blasphemie, Gott schamloser beleidigt, als es die Hölle der gefallenen Engel vermöchte.

Sie, die „frommen Christen", die in einem „Kreuzzug" den Kommunismus und sich selbst ausrotten wollen, denken nicht mehr daran, daß der einfachste, ja allein würdige Weg zur Besserung der Welt und auch zur Überwindung des Kommunismus der wäre, daß jene, die sich Christen nennen, vorerst einmal Christen würden und verwirklichten, was Christus lehrte. Hat er, Gottes Sohn, nicht gesagt: „Stecke Dein Schwert ein! Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen!" Verkündet jener, in welchem die Katholiken unter den Christen den Stellvertreter Gottes auf Erden sehen, nicht das Gesetz der Kirche, daß selbst ein „gerechter" Krieg nur dann erlaubt sei, wenn die Schäden der Kriegshandlungen und die Opfer der Toten in einem verantwortbaren Verhältnis ständen zu der Wiederherstellung einer durch einen Rechtsbrecher gestörten Ordnung! Sind die Führer der Bonner Politik Katholiken oder sind sie es nicht? Wollen sie der Stimme des heiligmäßigen Papstes, der ohne Gehör zu finden zu seinen eigenen Gläubigen Jahr für Jahr in den Tagen der Christ-Werdung in verzweifelnden Mahnungen spricht, endlich hören?

Überall in der Welt erheben sich die Völker, von Ängsten vor den Taten ihrer eigenen Regierung gejagt, gegen die Herrschaft der Unzulänglichen. Die Völker, die Kirchen selbst brechen auseinander in zwei eindeutige Fronten: In die Front des Todes und die des Lebens.

Und wenn ich den Aufruf der 44 Professoren recht verstehe, so rufen sie diese Front der Lebendigen auf gegen die Front, die uns weder Freiheit noch Sicherheit garantieren kann.

Wer denn sollte die Lage besser beurteilen können als die Männer der Arbeit, die für sich und ihre Familien in harter körperlicher Fron Tag für Tag Brot und ein bißchen Freude wollen, dies allein und nicht ein grauenhaftes Sterben. Darum sollten die Gewerkschaften überdenken, welcher Führung sie sich anvertrauen wollen: der Führung der Großen, — an diese Großen haben die Vierundvierzig gedacht und nicht an sich — oder der Führung der Atomkriegsstrategen! So sollten die Gewerkschaften, so denke ich mir das, in Versammlungen die Worte eines Albert Einstein, eines Albert Schweitzer, der Göttinger Achtzehn, der großen Männer aus aller Welt, der Kirchenfürsten und Wissenschaftler sich sagen lassen und sie sollten sie überdenken in allen Konsequenzen! Sie mögen auch die Vierundvierzig zu sich rufen und sie anhören! Nichts als anhören — dann sinkt das Gerede der Atomstrategen wie Spreu unter die Füße. Ich denke auch, daß die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern auf die Straße gehen. Es gibt eine Revolution des Gewissens — die stumm und wortlos durch die Straßen zieht. Mögen sie die Bilder der Großen vorantragen, auf Schriftbändern deren Worte und Verkündigungen, auf Schrifttafeln die Planungen der Atomstrategen. Das ist ihr Recht und das ist die Erfüllung der Pflicht ihres Gewissens. Sie mögen auch, so denke ich mir das, ruhend verharren — bis die Gespenster des Krieges weichen.

Mechthild C. Kerlen

# England und das Disengagement

## Veränderte Aspekte

Der bekannte britische Labour-Abgeordnete für Leeds Ost, Denis Healey, sprach am 30. Oktober 1957 vor der Fabian Society in der Caxton Hall in London, Westminster, über europäische Probleme. Dieser Vortrag ist jetzt als 311. Fabian Tract unter dem Titel „Ein neutraler Gürtel in Europa" veröffentlicht worden. Wir tun gut daran, trotz der absichtsvollen und unfruchtbaren Unbeweglichkeit der bundesrepublikanischen Außenpolitik, seinen Gedanken, deren britische Aspekte sehr aufschlußreich für uns sind, eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wie viele Anregungen, die schon morgen zum außenpolitischen Programm einer Labour-Regierung gehören können, werden in Bonn auch Healeys Ausführungen mit gewohnter und oberflächlicher starrer Überheblichkeit zurückgewiesen. Man will eben keinerlei Veränderung der Nato-Politik-der-Stärke diskutieren.

Das Stichwort von Healey ist „Disengagement", Entzerrung, Entspannung, Entflechtung, Auseinanderrücken, Entklammerung der in so gefährlich enger Tuchfühlung sich gegenüberstehenden Blöcke. Die Notwendigkeit hierzu sieht er in drei Faktoren: In der Entwicklung der atomaren Langstreckenwaffen und ihrer Verteilung über eine wachsende Zahl von Ländern, in der abnehmenden Bedeutung des internationalen Kommunismus als Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik, schließlich im Auftreten neuer Machtzentren und politischer Initiativen außerhalb Washingtons und Moskaus. Noch 1956 — stellt er fest — begrüßten es viele Menschen, daß USA- und SU-Truppen sich unmittelbar an der deutschen Trennungslinie gegenüberstehen, „da allgemein angenommen wurde, daß der Weltfrieden vom Gleichgewicht gegenseitigen Terrors abhinge", und „daß die Teilung Deutschlands zwischen zwei Machtblöcken die beste Garantie dafür sei, daß Deutschland nie wieder den Frieden Europas stören würde". Diese alles andere als konstruktiven und für uns Deutsche wenig aussichtsvollen Ansichten haben nun nach Healey sich in den letzten anderthalb Jahren erheblich gewandelt. Die Trägerraketen der Sputniks waren eine bedeutsame militärische Demonstration, und die Ereignisse in Ungarn „waren ein Beweis dafür, daß ein Krieg in Europa ausbrechen kann, nicht als Ergebnis der Entscheidung einer Großmacht, einen Angriff auszuführen, sondern durch eine spontane Selbstentzündung, durch eine lokale Explosion, in die eine Großmacht wider ihren Willen verwickelt sein und damit andere Großmächte hineinziehen könnte". Allein schon deswegen ist Entspannung äußerst wünschenswert. Auch ist es Healey klar, daß evolutionäre Entwicklungen in Europa niemals durch Gewalt oder Intervention herbeizuführen sind. Welche Gefahren liegen etwa in einem neu aufbrechenden Aufstand in Ostdeutschland? Welche Komplikationen — so fragt er — könnten etwa durch den Tod von Tito entstehen? Healey sagt: „So lange die Rote Armee das gesamte Ost-Europa besetzt hält, befindet sich ein Zeitzünder am Zentrum der gegenwärtigen europäischen Situation. Wesentlich hierbei ist, daß eine militärische Abschreckungsstrategie völlig sinnlos ist". Und: „Der Sputnik hat es den USA und ihren europäischen Alliierten zum Bewußtsein gebracht, daß es unmöglich ist, eine atomare Vergeltung gegen die UdSSR zu entfesseln, ohne daß die westliche Welt selbst eine niederschmetternde Zerstörung erleiden würde. Die Russen sind seit über einem Jahr in der Lage, Megaton-Bomben auf die USA niedergehen zu lassen. Aber die UdSSR ist nicht nur fähig zum atomaren Gegenschlag gegen die USA, sondern ihre Seemacht (U-Boote) gibt ihr die Möglichkeit, Europa mit allen seinen Nato-Streitkräften einschließlich der USA-

Truppen von ihren wesentlichen Versorgungsquellen jenseits des Atlantik abzuschneiden."

Healey setzt sich mit den Vorschlägen von Mr. Dulles in seinem bekannten Artikel in „Foreign affairs" auseinander, Alternativen zu einem umfassenden Atomkrieg in örtlich begrenzter Atom-Verteidigung zu suchen. Wie kann man sich überhaupt vorstellen, auf dem Gebiet der Nato beim Ausbruch von Streitigkeiten eine Eindämmung auf den Buschfeuerkrieg ernstlich ins Auge zu fassen! „Die einzigen Kriege dieser Art sind bisher als Übungen durchgeführt worden — Manöver Carte Blanche in Deutschland und Manöver Sage Brush in Louisiana — und erreichten die totale Vernichtung jeglichen Lebens in den betreffenden Gebieten. Eine Strategie, die notwendigerweise die atomare Vernichtung eines angegriffenen Landes, für dessen Verteidigung die Allianz existiert, herbeiführt, stellt keine attraktive Politik für die in der vordersten Linie stehenden Länder dar, so sehr attraktiv sie auch für diejenigen im Rücken sein mag". So stellt sich für die europäischen Länder die Frage, ob nicht eine Verteidigung mit konventionellen Waffen die bessere Alternative ist. Bedenkt man aber, daß die USA und Großbritannien sich wesentlich auf Atomwaffen umstellen, so entsteht das Problem, wie diese in einem Konfliktfall Seite an Seite mit konventionell ausgerüsteten Paktmächten kämpfen sollen. Healey erwähnt das alles, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die westliche Verteidigung infolgedessen in einen Zustand fast völliger Lähmung versunken ist: Ungewißheit über die von der Allianz vertretene Verteidigungsstrategie und ihre fast unmögliche Durchführbarkeit nagen schon jetzt am innersten Kern des Bündnisses. Man sollte, ohne damit im geringsten Panikmache zu betreiben, doch deutlich feststellen, daß Healey damit aussagt, daß im Falle eines Konfliktes, auch eines vorerst „begrenzten" Atomkrieges, der gesamte deutsche Boden mit Sicherheit zum Schauplatz einer totalen Katastrophe werden würde. Wir haben am wenigsten zu hoffen und mit großer Wahrscheinlichkeit am meisten zu fürchten.

Aus dem Beispiel der ungarischen Erhebung und der Entwicklung der atomaren Angriffswaffen folgert Healey, „daß der Status quo in Europa in sich außerordentlich labil ist und daß es zur Zeit keine militärischen Mittel gibt, einen totalen Weltkrieg zu verhindern, wenn diese Unsicherheit zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führt. Und die Frage, die wir alle uns stellen müssen, lautet: Gibt es eine mögliche Alternative zum derzeitigen Status quo in Europa, welche eine größere Sicherheit und weniger verheerende Folgen bietet, falls diese Sicherheit zusammenbrechen sollte." Und im Hinblick auf die Feststellung, daß nur durch Übereinkommen etwas zu erreichen ist, führt er sehr klar aus: „Jedes Abkommen mit den Russen erfordert gleichzeitig westliche Konzessionen zu den von den Russen gemachten. Infolgedessen muß die Antwort einen gleichzeitigen Rückzug der westlichen und der russischen Streitkräfte von dem Eisernen Vorhang mit gegenseitiger Kontrolle der so geräumten Gebiete einschließen; mit anderen Worten eine Neutralisierung zumindest von Mitteleuropa." Healey wendet sich dann dem Eden-Vorschlag auf der Genfer Konferenz 1955 zu, der an der Bedingung scheitern mußte, „daß zuerst gesamtdeutsche Wahlen stattfinden sollten und die sich daraus ergebende gesamtdeutsche Regierung bestimmen sollte, welcher außenpolitische Kurs einzuschlagen sei — obgleich es klar ist, daß die zweite Bedingung durch die Tatsache eindeutig aufgehoben würde, daß ein wiedervereinigtes Deutschland (nach diesem Plan) innerhalb der begrenzt bewaffneten Zone liegen würde". Wir können ihm darin nur zustimmen. Das eine schließt das andere aus, und die Forderung nach einer völlig ungebundenen Entscheidungsfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands über seine politischen Bindungen und militärischen Verbindungen

bedeutet, die Wege zur Wiedervereinigung bewußt zu blockieren. Sie bedeutet praktisch eine Entscheidung für die bisherige, eindeutig militärische Nato-Politik und verzichtet von vornherein auf jeden Versuch einer politischen Lösung. Das kann nicht deutlich genug gesagt werden, besonders im Hinblick darauf, daß die Bundesregierung sich mit lähmender Monotonie weigert, dieses vernünftigerweise als ihre eigene außenpolitische Ansicht zu formulieren. Sie gerät so in den berechtigten Verdacht, jede aussichtsreiche Auflockerungsmöglichkeit zu ignorieren, ja mit Eifer zu bekämpfen.

Die neutrale Zone

Healey geht es vor allem um den Rückzug der Roten Armee aus Osteuropa. Die osteuropäischen Länder würden dann der sowjetischen Kontrolle nicht mehr direkt unterliegen. „Die meisten von ihnen werden allerdings aus verschiedenen Gründen weiterhin mit der UdSSR in Freundschaft leben, und viele von ihnen würden die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kennzeichen der kommunistischen Ordnung beibehalten." Bei den Russen, stellt Healey fest, besteht eine starke Neigung, ihre Armee in Osteuropa zu halten, es sei denn, die geräumte Zone könne neutral gehalten werden, und es ist sichergestellt, daß keines der Länder einer solchen neutralen Zone einseitig freiwillig zum Westen übertreten könne, mit Zustimmung der Westmächte. Für den Westen sieht er das Problem vor allem darin, wie man die Zone vor einem bewaffneten Angriff, einer Verletzung der Neutralität schützen kann. Healey betont, daß er ein Disengagement für außerordentlich wünschenswert hält, und er legt sodann drei Fragen vor, auf die eine Antwort gefunden werden muß: Erstens, welche Länder soll sie umfassen; zweitens, „welche Rüstungsbeschränkungen sollen diesen Ländern auferlegt werden und wie sollen sie kontrolliert werden — hierbei handelt es sich im wesentlichen um ein Abrüstungsproblem. Drittens und schließlich die wichtigste Frage, was für Sanktionen wären möglich gegen eine friedliche oder gewalttätige Verletzung der Neutralität der Zone? Wenn es nicht gelingt, den Westen und die Russen davon zu überzeugen, daß es eine praktische Möglichkeit gibt, eine Verletzung der Neutralität der Zone zu verhindern, besteht die Gefahr, daß beide Seiten der Ansicht sein könnten, daß die neue Situation noch labiler und unsicherer sein würde als die derzeitige."

Wie sieht nun Healeys Plan für den neutralen Gürtel aus? „Es nützt nichts, wenn man, wie die deutschen Sozialdemokraten sagen, einen europäischen Sicherheitspakt anstrebt, ohne die wesentlichsten Fragen zu beantworten, wer dem Pakt angehören soll, wie er durchgeführt werden soll, welche Streitkräfte in Frage kommen und wie sie im Notfall eingesetzt werden sollen. Auf diese drei konkreten Fragen muß unbedingt eine Antwort gefunden werden." Healey hält es für unklug, nur Deutschland zu neutralisieren, wie es z. B. Churchill in Aachen vorschlug. Er erblickt darin zu große Konzessionen des Westens. Die Bundesrepublik ist fast dreimal so groß wie Ostdeutschland, reicher und für die Nato wichtiger als die andere Seite Deutschlands für die UdSSR. Vor allem aber sieht er in der direkten Nachbarschaft eines neutralen Deutschlands zum östlichen Militärblock die Gefahr, daß „es für eine spätere deutsche Regierung allzu einfach wäre, mit der UdSSR ohne westliches Einverständnis ein Geschäft zu machen, natürlich größtenteils auf Kosten Polens. So lange die polnisch-deutsche Grenze nicht durch ein unabhängiges Abkommen zwischen einer unabhängigen polnischen und einer unabhängigen deutschen Regierung geregelt ist, hat die UdSSR durch ihre Besetzung Polens eine Trumpfkarte in der Hand, mit der sie die Gefolgschaft Deutschlands gewinnen könnte. Diesen zweiten Grund halte ich für unbedingt entscheidend; wenn man Deutschland allein zu neutralisieren versucht, würde man Deutschland in gerade die Situation versetzen, in der es seinen Handelswert ausnutzen könnte, um den

jeweiligen Status quo in Unordnung zu bringen." Hier spielt ein typisch englischer Gesichtspunkt hinein: die Besorgnis vor einer nicht loyalen Ausnutzung seines wirtschaftlichen und politischen Kurswertes durch ein neutrales Deutschland. Diese Überlegung Healeys braucht uns im Augenblick nicht sehr zu kümmern, man darf sie aber als ein vermutlich auch in der Zukunft wirksames Motiv der britischen Außenpolitik in bezug auf eine wünschenswerte Änderung des heutigen Status quo nicht aus dem Auge lassen. Und ergibt sich nicht eine gewisse, wenn auch nicht entscheidende Übereinstimmung mit den beispiellos unverblümten Äußerungen von Paul Reynaud auf dem kürzlich veranstalteten Gespräch westeuropäischer Politiker in Westminster?

Healey glaubt also, daß man die Zone nicht auf Deutschland allein beschränken soll. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Vorschläge einer überraschend großen Zahl von Politikern zur Neutralisierung des gesamten europäischen Festlandes. Er beschäftigt sich dabei auch mit dem britischen Luftmarschall Sir John Slessor und mit George F. Kennan. Bei ihnen gelten als Kompensationsobjekte der völlige Rückzug der Roten Armee aus Osteuropa und der ebenso vollständige Rückzug der USA und der britischen Truppen aus Westeuropa. Healey verschließt sich nicht der Frage, ob der Westen nicht viel mehr aufgäbe als die Russen: Rückzug der Briten über den Kanal, der Amerikaner über den Atlantik, Abzug der Russen 500 Meilen zu Lande bis hinter ihre eigene Grenze. „Der Gegensatz der Leichtigkeit, mit der die Russen zurückkehren könnten, und der Schwierigkeiten, denen eine Rückkehr der Briten und Amerikaner unterworfen wäre, ist zu groß. Außerdem könnte der Westen nur eine Sanktion gegen eine sowjetische Verletzung der europäischen Neutralität ergreifen, und das wäre die massive Vergeltung, da der Westen nicht in der praktischen Lage wäre, irgend etwas gegen das sowjetische Vorrücken zu tun, als Wasserstoffbomben auf die UdSSR abzuwerfen. Wie gesagt, ich halte diese Politik der massiven Vergeltung — die den Selbstmord der Völker wie auch die Zerstörung des Landes, das sie ausgelöst hat, einschließt — nicht für eine vernünftige Politik, ganz abgesehen davon, daß sie im höchsten Grad verwerflich ist. Und wenn die Politik der massiven Vergeltung keine zur Verteidigung eines Alliierten durchführbare Politik darstellt, so ist sie gewiß keine zur Verteidigung eines Neutralen geeignete Politik. Healey hält es für unvorstellbar, daß Großbritannien oder die USA ihre eigenen Länder der völligen atomaren Vernichtung aussetzen würden wegen der Neutralitätsverletzung eines Gebietes, an dem sie nicht mehr unmittelbar beteiligt sind. Er forderte deswegen die Beibehaltung eines Stützpunktes auf dem europäischen Kontinent, von dem aus der Westen „militärische Maßnahmen ergreifen kann, ohne daß es sich um einen totalen Krieg zu handeln braucht". Als beteiligte Staaten schlägt Healey auf der westlichen Seite die Bundesrepublik vor, auf der Gegenseite Ost-Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Er plädiert dafür, so viele Staaten, wie man durch Verhandlungen nur erreichen kann, ebenfalls einzubeziehen. In Frage kämen etwa Dänemark auf der einen, Rumänien auf der anderen Seite.

Die zweite Frage lautet, über welche Waffen die Länder des neutralen Gürtels verfügen sollen und wie ihre Rüstung wirksam kontrolliert werden kann. Healey bekennt sich zu einer durch die Suezkrise erhärteten militärischen und politischen Doktrin — sie ist inzwischen stillschweigend ohne jedes Argument innerhalb der Nato-Politik aufgegeben worden —, daß es nicht gut sei, wenn auch die kleineren Mächte mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Er hält es „für selbstverständlich, daß man es sich nicht leisten kann, in der neutralen Zone den dort liegenden Völkern irgendwelche atomare Waffen zu gestatten". Sehr offen fügt er hinzu: „Ein Land, das in der Lage ist, einen atomaren Angriff zu starten, sei es auch nur ein begrenz-

ter, verfügt über volle außenpolitische Entscheidungsfreiheit. Wenn es andere Staaten erpressen will — selbst größere — dann ist es dazu voraussichtlich in der Lage." Sehr richtig folgert er, daß man den Staaten des neutralen Gürtels diese Freiheit gegenüber den außenstehenden Garantiemächten nicht gewähren kann. „Die UdSSR würde hierauf bestehen, und ich bin der Meinung, daß es klug wäre, ebenfalls darauf zu bestehen ... Doch sollten diese Völker mit ganz erheblichen konventionellen Streitkräften ausgestattet sein, ausreichend, ihre Grenzen gegen örtliche Zwischenfälle zu verteidigen." Hier allerdings ist eine schwache Stelle und eine offene Frage in Healeys Erwägungen; denn bei einem „Zwischenfall" ständen die Garantiemächte vor der Entscheidung, entweder einen Krieg zu starten, oder die neutrale Zone ihrem Schicksal zu überlassen. Ohne Zweifel ist deswegen die Einrichtung wirksamer Kontrollen von größter Wichtigkeit. „Wenn sie nicht gelöst werden kann, dann sind alle Abrüstungsgespräche, die im Laufe der Geschichte stattgefunden haben, unsinnig gewesen." Healey tritt für gegenseitige Bodenkontrolleinheiten ein sowie für ein System der Luftinspektion jenseits der Grenzen der neutralen Zone, einschließlich des größten Teiles von England und eines Teiles des europäischen Rußlands. „Zusätzlich wäre noch möglich, daß man den Russen gestattet, ihr Radarnetz bis an die westliche Grenze der neutralen Zone zu verlegen, und daß der Westen sein Radarnetz an die östliche Grenze der neutralen Zone vorschöbe."

### Sicherung durch Kontrolle

Die Frage nach der Kontrolle dieser waffenmäßig beschränkten Zone kann zweifellos gelöst werden, besonders wenn sie in allgemeine Abrüstungsmaßnahmen eingebaut würde, ohne deren Zustandekommen sowieso die Weltpolitik an einen höchst gefährlichen toten Punkt kommen würde. Noch schwieriger ist die Frage nach etwaigen militärischen Sanktionen bei Neutralitätsverletzungen durch eine Hinwendung eines in der Zone liegenden neutralen Landes zu der einen oder anderen Seite oder durch politische und militärische Interventionen zwischen diesen Ländern. Hier stellt sich wieder das äußerst schwierige Problem begrenzter militärischer Aktionen. Was sagt Healey dazu? „Anstatt der anderen Seite zu drohen, daß man die Welt in die Luft sprengen würde, wenn sie sich rührt, sagt man: wenn ihr euch rührt, werden wir so hart zuschlagen, daß es euch mehr kosten wird, weiterzukämpfen, als etwas zu gewinnen, falls ihr euren Angriff bis zur letzten Konsequenz zu Ende führt. Natürlich ist diese Art der begrenzten Abschreckung nicht unbedingt ausreichend, vor einem totalen Krieg abzuschrecken. Es mag sein, daß die einzige Antwort auf den totalen Krieg in der massiven, uneingeschränkten Vergeltung liegt ... Die Möglichkeit einer begrenzten Vergeltung muß vorhanden sein. Sie würde den Einsatz von atomaren Waffen von westeuropäischen Luftstützpunkten und möglicherweise auch von westeuropäischen Raketenstützpunkten und natürlich auch auf russischer Seite zur Folge haben. Das ist ein ungeheuer schwieriges Problem, wahrscheinlich das schwierigste der modernen Verteidigungspolitik." Man kann nicht übersehen, daß hier Fragen offenbleiben, die das ganze atomare Dilemma aufzeigen und für die es nur eine politische Lösung geben kann.

Dieses auch für die Nato entscheidende Problem besteht in seiner ganzen Schwere auch ohne eine neutrale Zone. Es ist höchstwahrscheinlich bei der heutigen engen Tuchfühlung ohne neutralen Zwischenraum noch schwieriger und gefährlicher. Sehr vieles spricht dafür, daß es durch eine Entzerrung und ein Auseinanderrücken der Blöcke erleichtert wird. Man sollte deswegen politisch-diplomatisch nicht vor den Verhandlungen über eine solche Entkrampfung zurückschrecken. In einer atomfreien und militärisch verdünnten Zone von der Westgrenze der UdSSR bis zur Westgrenze eines wiedervereinigten Deutschlands sieht Healey eine militärisch und

politisch nützliche Pufferzone, die „das Risiko eines durch spontane Explosion in Mitteleuropa ausgelösten Weltkrieges wesentlich verringert, wenn ganz Mitteleuropa auf konventionelle Waffen beschränkt ist. Der Anreiz zu einer militärischen Verletzung der neutralen Zone würde für die UdSSR, wie auch für den Westen zunehmend geringer werden. Beunruhigungen über kriegerische Absichten des anderen erstrecken sich mehr auf einen Angriff mit Langstreckenraketen, und es wird ständig uninteressanter, wer welchen Teil Europas besetzt hält".

Politische Notwendigkeiten

Die entscheidende Frage lautet, ob die UdSSR an einem Disengagement ernsthaft interessiert ist. Healey plädiert für eine Initiative des Westens in dieser Frage und hat den Eindruck, daß die sowjetischen Führer dazu bereit wären. „Wir haben ihre Vorschläge nie aufgegriffen und sind deswegen nicht in der Lage gewesen, festzustellen, ob sie es aufrichtig meinen oder nicht. Aber es ist immerhin ein Ausgangspunkt, daß sie gesagt haben, sie wollten darüber sprechen ... Ich bin überzeugt, daß das sowjetische Interesse an einem Verbleiben in Osteuropa ständig im Abnehmen begriffen ist." Aber er fährt fort: „Meiner Meinung nach wird das Nachlassen des sowjetischen Interesses an Osteuropa nicht ausreichen, die Russen zu ernsthaften Verhandlungen über einen neutralen Gürtel zu veranlassen." Healey glaubt aber, daß die Bestückung der westlichen Länder in Europa mit Atomwaffen die Russen veranlaßt, ernsthafte Versuche für eine Regelung der gesamten Lage in Europa zu machen. In diesem Zusammenhang hält Healey den Hinweis für notwendig, daß es sich bei dem, was wir als Abrüstung diskutieren, tatsächlich um Rüstungsbeschränkung handelt. „Mit anderen Worten, es ist der Versuch, die Rüstung zu reduzieren bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts zwischen den sich gegenüberstehenden Gruppen." USA und UdSSR haben im Grunde beide erkannt, daß die wirtschaftliche Bürde einer Aufrüstung im heutigen Stil nicht unbegrenzt tragbar ist. „Es scheint nicht sehr sinnvoll, große Mengen von Waffen zu besitzen, wenn es unwahrscheinlich ist, daß jemals eine Situation entstehen könnte, die ihre praktische oder diplomatische Anwendung erforderlich macht — durch Drohung, sie einzusetzen." Fügen wir hinzu: noch so große Möglichkeiten einer Drohung, die im Ernst nicht wahrgemacht werden kann, weil sie zugleich Selbstmord bedeutet, muß auf die Dauer als sinnlos erscheinen. Aus den Verhandlungen im Londoner Abrüstungs-Unterausschuß der UNO zieht Healey zwei Lehren: Die Großmächte werden kein Abrüstungsabkommen annehmen, das eine Kontrolle ihrer eigenen Rüstungswirtschaft enthält, bevor nicht die Wirksamkeit einer solchen Kontrolle an dem Modell kleinerer Mächte ausprobiert worden ist. Zweitens glaubt er, daß die Großmächte einer wirksamen Kontrolle von Waffen nur dort zustimmen werden, wo eine sehr große Gefahr bei nicht kontrollierter Weiterbewaffnung vorhanden ist. Bei der totalen Vernichtungsmöglichkeit, der sich die Gebiete der beiden Weltmächte heute ausgesetzt wissen, ist die große Explosion eigentlich schon nicht mehr die Hauptsorge. Die Gefahren an der Peripherie, wo man sich auf Tuchfühlung und mögliche Reibung gegenübersteht und durch relativ kleine Zwischenfälle in die globale Katastrophe hineingerät, scheinen größer. „Daher müssen die Rüstungsbeschränkungen und Kontrollen in diesen Randgebieten begonnen werden. Die beiden offenkundig wichtigsten Gebiete sind Mitteleuropa und der mittlere Osten. Ich glaube, daß die Großmächte in zunehmendem Maße erkannt haben, daß die Kriegsverhütung im wesentlichen eine Frage des Verhütens von kleinen Kriegen ist. Und wenn kleine Kriege ausbrechen, muß verhütet werden, daß sie zu großen werden." Die Atomgroßmächte wissen, „daß es keine Möglichkeit eines Überraschungsangriffs mehr gibt, mit dem man die Fähigkeit des Feindes zerstören kann, zurückzuschlagen". Nach Healey

müssen daher die Rüstungsbeschränkungen und die Kontrollen an den unsicheren Gefahrenpunkten an der Peripherie begonnen werden. Gerade weil die Gefahr so groß ist, meint er, müsse der Westen damit beginnen, einen gemeinschaftlichen alliierten Versuch zur Lösung des Problems zu machen. Wenn anders, so wird die UdSSR einen Zeitpunkt wählen, an dem sie Vorschläge an einzelne Staaten zu einem Disengagement machen wird. „Wenn ich glaube, daß die Nato sich in einer Krise befindet, so ist der Grund dafür nicht, daß wir mit den Russen über ein Disengagement verhandeln. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Nato verharrt in der starren festgefrorenen Haltung, wie sie diese seit den Tagen Stalins eingenommen hat. Und es ist ihr nicht gelungen, sich an die großen strukturellen Veränderungen der Weltpolitik während der vergangenen Jahre anzupassen." Healey sagt weiter: „Abrüstung und Disengagement sollten nicht als die Alternative zur Nato, als unvereinbar mit ihrer Existenz angesehen werden, sondern als eine politische Alternative, als die notwendige Voraussetzung dafür, daß sie als Zentrum der westlichen Solidarität überleben wird. Ich habe aufzuzeigen versucht, daß selbst die militärischen Probleme, denen sich die Nato jetzt gegenübersieht, viel leichter zu lösen sind im Zusammenhang mit dem Disengagement als in der derzeitigen Lage ..."

Und wir?

Die Ausführungen von Healey, der zu den außenpolitischen Experten der Labour-Party gehört, verdienen in jeder Weise unsere Beachtung. In ihnen wird offensichtlich, mit welchen Vorbehalten und Erwägungen in England die heutige Opposition und wahrscheinliche künftige Regierungspartei die europäischen Dinge betrachtet. Vielleicht könnte man in diesem Fall von der englischen Version des Rapacki-Planes sprechen, der ja bekanntlich am 2. Oktober 1957 zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Eines erscheint allerdings für uns in der Bundesrepublik angesichts unserer heutigen politischen Situation in Regierung und Parlament besonders bemerkenswert: In England wird ernsthaft und überparteilich diskutiert, werden diese entscheidenden Probleme unserer Gegenwart und Zukunft tiefgründig analysiert. Bei uns war die außenpolitische Januar-Debatte seitens der Regierung und der Koalitions-Parteien sehr unzureichend vorbereitet. Oder wußte man es nicht besser? Im Anschluß daran präsentierte man der erstaunten politischen Öffentlichkeit einen ganzen Blumenstrauß von Vorschlägen. Oder tat man dies, um auszuweichen, um zu verbergen, daß man nicht gewillt sei, von der antiquierten Starrheit und der Sackgasse der Rüstungspolitik abzugehen? Healey erkennt trotz seines Mißtrauens gegenüber Deutschland die unbedingte Notwendigkeit der Entspannung durch eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa an. Dieses Disengagement nützt nicht nur einem wiedervereinigten Deutschland, es ist noch viel notwendiger im jetzigen Zustand eines geteilten Deutschlands. Ohne Zweifel werden hierdurch auch die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung nur günstiger. Die Bundesregierung allerdings hat es heute schwer, von dem hochgeschraubten Podest ihrer unbeweglichen politischen Thesen herabzusteigen. Was sie eigentlich, wie es ihre Aufgabe sein sollte, der Öffentlichkeit klar zu machen hätte, das muß jetzt — und dazu sind erfreulicherweise endlich reale Ansätze vorhanden — die Öffentlichkeit dieser Bundesregierung klar machen.

Prof. D. Hans Iwand

# Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung

Es ist Dr. Gustav Heinemann zu verdanken, daß in der denkwürdigen Nachtsitzung des Bundestages eine breitere Öffentlichkeit zum ersten Male von den verschiedenen Protestaktionen evangelischer Persönlichkeiten und Synoden gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr erfuhr. Auf einmal brach es durch, und sehr zum Entsetzen der evangelischen Vertreter der CDU wurde eine Tatsache ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, die man bisher mit viel Geschick innerkirchlich toleriert und gleichzeitig dem Bewußtsein der öffentlichen Meinung vorenthalten hatte. Unsere kirchlichen Blätter und Nachrichtenorgane haben dabei, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, eine erstaunliche Abstinenz in der Publizierung dieser Entschließungen an den Tag gelegt. Erst Helmut Gollwitzers Bonner Vortrag vom Juli vorigen Jahres über das Thema: „Der Christ und die Atomwaffen" hat dann eine Bresche geschlagen. Nun hat die Erklärung der Bruderschaften diesem aus unseren Gemeinden und Pfarrerschaften aufbrechenden Notschrei auf einer noch breiteren Ebene und mit einer umfassenden Begründung dieses christlichen Protestes zum Gehör verholfen. Daß es zu diesen, wenn man so will, einzelnen Aktionen und Pressionen auf die offiziellen kirchlichen Organe kommen mußte, dürfte an einem Doppelten liegen: Einmal daran, daß sehr bald nach unserer kirchlichen Neuordnung von 1945/46 die kirchliche Bürokratie die geistliche Bewegung innerhalb einer tief erschütterten, aber auch gefestigten und aufgerüttelten Christenheit lahmlegte und die Kirche sehr bald als organisatorische Größe im Bewußtsein der Öffentlichkeit dominierte. War das noch dieselbe Kirche, die bekannt und gelitten, die geduldet und geglaubt hatte? Niemand von uns denkt daran, daß die Kirche auf ihre „Organisation" verzichten könnte, aber diese Organisation darf nicht zum Selbstzweck werden. Sie dient der Botschaft und dem Zeugnis. Und dies Zeugnis muß aktuell und wirklich heilsnahe sein. Es muß den Weg freilegen, auf dem ein Christ im Gehorsam gegen Gott wandeln soll. Es gibt Dinge, die mit dem Glauben an die Offenbarung Gottes in Jesus Christus unvereinbar sind. Im Dritten Reich war das auf jeden Fall und unter allen Umständen das Prinzip der „rassischen" Weltanschauung. Auch damals hat es lange gedauert, bis die Masse der Christen das penetrant Gottlose dieser „Weltanschauung" begriff. Aber die Geschichte des ehemals christlichen Europas schreitet in ihrem Verfallsprozeß schnell weiter. Heute steht eine andere Frage vor der europäischen, insbesondere vor der abendländischen Christenheit: darf sie sich gegen die zugestandenermaßen atheistischen oder mindestens auf den Abbau des „religiösen Bewußtseins" eingestellten politischen Systeme des Ostens durch atomare Bewaffnung sichern? Es ist einwandfrei festzustellen, daß in Westdeutschland die CDU, also die Partei, der es auf die christliche Substanz unseres öffentlichen Lebens in Politik und Wirtschaft ankommt, diese Frage bejaht. Die SPD, die nicht von der christlichen Weltanschauung ausgeht, denkt anders. Sie ist geschlossen gegen die atomare Aufrüstung. Aber sie ist in der Minderheit. Wir stehen infolgedessen vor der nicht abzuleugnenden Tatsache, daß es die Christen sind — jedenfalls soweit diese sich durch die CDU repräsentiert sehen — die die atomare Aufrüstung wollen. Sie meinen, ohne diese Art der Bewaffnung ihren Prinzipien nicht treu bleiben zu können. Es ist keine Frage, daß eine Reihe maßgeblicher protestantischer Kirchenführer diesen Standpunkt teilt und — wie das auf der Berliner Synode vor einem Jahr zum Ausdruck gebracht wurde — die Berechtigung dieser Waffe angesichts der Gottlosigkeit der kommu-

nistischen Propaganda verficht. Das ist nun einmal so. Sie haben dabei, wie sie sagen, ein gutes christliches Gewissen. Für sie heiligt der gute Zweck dieses an sich böse Mittel. Es ist das Motiv des Anti-Marxismus, das ihr Handeln bestimmt. Diese Kreise werden zwar selbst die Entscheidung für die Bewaffnung mit nuklearen Vernichtungsmitteln nie treffen, sondern werden sie den „christlichen Staatsmännern" überlassen, aber sie werden, falls eine solche Entscheidung von deren Seite aus getroffen wird, ihnen nicht in den Arm fallen. Das ist etwa die Haltung, die die meisten unserer evangelischen Kirchenführer bestimmt. Sie bestimmt auch einen großen Teil der Synodalen.

Demgegenüber bezeugt die Erklärung der 6 Dekane der ostdeutschen theologischen Fakultäten — im Westen sind wir keineswegs so weit! — und die Beschlußfassung der Synode der evangelischen Unionskirchen im November vorigen Jahres wie jetzt die Anfrage der Bruderschaften eine neue, eine toto coelo andere Einstellung. Hier geht es einfach um die Frage: Darf ein Christ, der an Gott glaubt, der darum die Welt als Gottes Schöpfung ansieht, der den anderen Menschen, auch den, der nicht seines Glaubens ist, der vielleicht sogar ein Feind und Verfolger seiner Kirche ist, in Jesus Christus gleich ihm selbst erlöst und geliebt weiß, der schließlich davon weiß und daran glaubt, daß Gott seiner Kirche, dieser Gemeinschaft der Glaubenden, einen besonderen Beistand, eine besondere Kraft verliehen hat, den Heiligen Geist, der die Herzen der Menschen wandeln kann — er allein! —, darf ein Christ, der in diesen drei Stücken seinen Glauben bezeugt sieht und auch gewillt ist, soweit seine Kraft reicht, diesen seinen Glauben zu leben, darf er und kann er Ja sagen zu der Fertigung und damit auch zu der im Ernstfall nicht ausgeschlossenen Anwendung atomarer Bomben? Die Erklärung der Bruderschaften gibt eine schlichte und unzweideutige Antwort auf diese Frage: Sie sagt Nein! Das geht nicht! In dieser Sache gibt es keinen Kompromiß, den es in mancherlei anderen Fragen gibt. Den praktischen Kompromiß zwischen Christentum und atomarer Bewaffnung, den die CDU sucht, indem sie etwas, was christlich unstatthaft ist — das wissen die ernsthaften Vertreter der CDU auch — um der Sicherung der christlichen Kultur und der „Freiheit" willen ergreift und bejaht, machen die „Bruderschaften" nicht mit*). Ich glaube, daß sie gute Gründe dafür haben. Ich glaube, daß die christliche Motivierung dieser nuklearen Aufrüstungspolitik das fadenscheinigste und peinlichste Argument ist, das sich denken läßt. Es ist leider das abendländische, das abendländisch-kontinentale Argument geworden. Somit gehören die Atomwaffen mit hinein in all die schrecklichen Unternehmungen, die das Abendland seit einem halben Jahrhundert in seiner geistigen Verwirrung gestartet hat und noch startet, die alle mit dem „Christentum" begründet werden. Wenn Christentum noch etwas zu tun hat mit dem, was sein Gründer gemeint hat, mit dem, was mit der Verkündigung des Gottesreiches und seiner Gerechtigkeit so wunderbar und erfolgreich seinen Anfang nahm, dann haben die Bruderschaften mit ihrer Erklärung zu der Unvereinbarkeit dieser „Waffen" mit unserer christlichen Glaubensüberzeugung einfach recht. Dann muß man aber auch wissen, daß wir den bei diesen Schritten, die unsere christliche Regierung in den nächsten Wochen unternehmen wird, nicht auf unserer Seite haben, auf den alles ankommt: Gott selbst! Die tiefe Gott-Losigkeit der damit von uns erwählten Politik kann keine noch so eifrig vorgewendete Kirchlichkeit überdecken. Alle Staaten, in Europa wenigstens, benutzen die Kirchen heute für ihre Zwecke, und wo diese ihren eigenen Weg gehen, bekommen sie es zu fühlen. Wir sollten bei diesem Konformismus nicht mitmachen. Wir, ich meine, wir Christen, gleich welcher Konfession und gleich, in welchem Klima wir leben, im östlichen oder im westlichen. Es ist nicht gut, den Willen des Staates

*) Vergleiche unter Zeitdokumenten in diesem Heft: „Anfrage an die Synode der EKD".

mit Gottes Stimme zu verwechseln. Es ist im Gegenteil unsere Pflicht gegenüber einem Staat, den wir achten und den wir gerade nicht unterminieren oder schwächen wollen, wenn wir an bestimmten Punkten seines Weges ein klares Nein sagen. Es wäre wahrscheinlich heute unsere Rettung, wenn sich die beiden großen christlichen Konfessionen entschließen könnten, in Sachen der atomaren Rüstung dieses Nein zu sagen. Dieses Nein zur atomaren Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr muß keineswegs die Preisgabe der Kirchen, noch die Aufopferung der menschlichen Freiheit bedeuten. Ein solches aus Glauben und Gehorsam — nicht aus Feigheit und bloßem Lebenserhaltungstrieb — gesprochenes Nein verantwortlicher Männer der Christenheit in Deutschland könnte vielmehr die Tür nach vorn aufstoßen, auf deren Öffnung wir seit den Wirren des Nazismus und seit dem furchtbaren Kriegsgeschehen des zweiten Weltkrieges warten. Es würde der politischen Stagnation in Europa ein Ende setzen und uns dem Frieden näherbringen. Es würde die Beziehung und das Vertrauen östlicher Staaten zu uns neu wachsen lassen. Es würde das ersehnte Neue sein, die Tat des Geistes mitten unter uns, eines Geistes, der nicht aus der Politik stammt, aber in die Politik hinein menschlich und vernünftig einwirkt, um Frieden und Sicherheit unseren geängsteten und sittlich immer tiefer sinkenden Völkern zu erringen. Es muß ein Neues von außen her in diese Teufelskreise von Weltrevolution und nuklearer Rüstung — beide verstehen sich als ultima ratio — eintreten, damit er gesprengt wird und wir uns nicht von ihm umschlossen sehen, sondern befreit von der lebenserhaltenden, lebenschaffenden Gnade Gottes den Weg ins Morgen finden und antreten.

Das Nein der Bruderschaften zur atomaren Aufrüstung will die Generalsynode der evangelischen Kirche, die Ende April in Berlin tagen soll, ermuntern und theologisch nötigen, im zweigeteilten,weltanschaulich gespaltenen Deutschland ein geistmächtiges Nein zu wagen, das in Wahrheit das Ja zum Leben ist, und damit das „Wagnis" des Friedens vorzubereiten. Wir Deutsche sind der Welt etwas schuldig: wir sind ihr schuldig, das unsere zu tun, damit der Acheron sich schließt, den wir selbst einmal aufgerissen haben.

---

Johannes Weidenheim

## Atomrüstung — nein oder nein?

Im Zusammenhang mit jenem Unfall eines US-Atombombers vom Typ B 47, der sich neulich über dem englischen Flugplatz Greenham Common (Berkshire) ereignete, brachte die Londoner Zeitung „Daily Mirror" eine sarkastische Karikatur: „Einer von uns, fürchte ich", sagt eine verängstigte Mutter zu ihrem Kind, als sie ein schweres Militärflugzeug über die Hausdächer dahinbrausen sieht.

„Einer von uns, fürchte ich" — einer von jenen mit Entsetzen Scherz treibenden Flugkörper der USA also, die mit thermonuklearen Bomben an Bord zum Zwecke der Übung und Abschreckung Dauerflüge über der Britischen Insel und über einem Teil des westeuropäischen Festlandes veranstalten — aller Wahrscheinlichkeit nach gelegentlich auch schon über der Bundesrepublik Deutschland —, und denen, wie das bei Ver-

kehrsmitteln aller Art unvermeidlich ist, hin und wieder Defekte zustoßen, — Betriebsunfälle, sagt man uns in diesem Falle, nicht weiter schlimm, denn die Freiheit des christlichen Abendlandes, die es zu verteidigen gilt, verlangt von uns, daß wir gewisse biologische Risiken und gewisse Unannehmlichkeiten auf uns nehmen; und außerdem, sagt man uns weiter, sei ja bis jetzt noch nichts wirklich Ernstes passiert: noch habe bei solchen Unfällen keine A- oder gar H-Bombe gezündet.

Wie aber, wenn eines Tages oder eines Nachts doch einmal eine zündete? Nur Hanswurste oder Übeltäter könnten wagen, das Gegenteil zu garantieren. Die Möglichkeit mag relativ gering sein; vielleicht macht sie nur ein Fünftel oder nur ein Siebentel der Möglichkeit aus, daß ein mit dieser Satansfracht beladenes Flugzeug plötzlich wie ein Stein vom Himmel mitten in eine arbeitende oder sich vergnügende oder schlafende Großstadt stürzt, aber sie besteht ohne Zweifel, und das genügt vollauf, um die Feststellung zu rechtfertigen, sämtliche Initiatoren und sämtliche Anhänger dieses gespenstischen Manöverspiels seien „des Wahnsinns beflissen" (um in dieser Zeit soldatischer Urständ einmal ein Wort aus dem deutschen Landserjargon zu gebrauchen).

Es ist in Teilen des christlichen Abendlandes die an Paroxysmus grenzende Erscheinung eingetreten, daß man zum Zwecke der Machtdemonstration und der Warnung des gottlosen Ostens potentiell bereit wäre, zur höheren Ehre der Freiheit noch vor Ausbruch irgendeines Schießkrieges, allein durch eventuelle Exerzierpannen, Millionen Menschen im eigenen Lager zu töten oder zu verkrüppeln.

Erinnert solches nicht mehr oder weniger stark an die umnachtete, ohnmächtige Wut jener niedrigen Lebewesen, die imstande sind, sich in Momenten der Panik selber zu zerfleischen? Und speit hier nicht im Prinzip der stolze europäische Geist sich selber ins Gesicht?

Seit Jahr und Tag warnt, appelliert, beschwört und alarmiert der überwiegende Teil der Intelligenz in aller Welt — gottlob auch in Deutschland —, man möge in den Zentralen der Macht endlich erkennen, daß sich vollendet geistige Kategorien wie Christentum, Freiheit und Demokratie nicht mit Massenvernichtungsmitteln korsettieren ließen, ja, daß allein schon deren fortgesetzte Erprobung und Forcierung jene Werte in der Konsequenz korrumpierten und mehr bedrohten als jeder äußere Feind. Bisher geschah das so ziemlich ohne jedwelchen Erfolg. Lediglich in England, beispielgebend ausgelöst von dem nichtmarxistischen Philosophen Russell und dem nichtmarxistischen Dichter Priestley, ist in diesen Wochen so etwas wie eine Volksbewegung gegen den sich abzeichnenden, von einem anachronistischen Welttypus, nämlich einem General (in diesem Falle Norstad), konzipierten Atombomben-Amoklauf im Gange, — und das ist kein Wunder, denn solche Dinge bedürfen nicht des Gefühls, sondern des Verstandes, und die englische Nation ist trotz gelegentlicher Rückfälle unter allen europäisch-amerikanischen Nationen die verständigste, diejenige, bei der Vernunft, Logik, Disziplin und Einsicht die relativ größten Chancen haben (nicht Gehorsam, wie bei uns Deutschen, sondern Disziplin — welche sich zu jenem verhält wie Liebe zu Schwärmerei). Nach englischer Mentalität ist es durchaus denkbar, daß sogar ein Erzbischof erkennt und daraus Folgerungen zieht, daß in dieser geschichtlichen Stunde der Frieden (meinetwegen auch nur der Frieden des Warenaustausches) Vorrang hat vor den institutionellen Machtprivilegien der Kirche.

Wie aber steht es bei uns? Mindestens jeder zweite CDU-Wähler vom 15. September 1957 würde heute, wenn befragt, erklären, daß er mit seinem Votum die Inthronisation der Atombombe nicht gemeint habe — zunächst einmal jedenfalls nicht für die Bundesrepublik Deutschland —; die Appelle unserer In-

telligenz mehren sich, ja, es gehören den Warnern in zunehmendem Maße auch Mitglieder der Christlich-demokratischen Union selbst an; und sogar die Gewerkschaften werden langsam unruhig: „Kummernuß spricht von politischem Streik" lautet die Überschrift eines Zeitungsberichtes aus diesen Tagen, und das ist für unsere Verhältnisse gewiß ein ungewöhnliches Wort.

Und dennoch kann unsere Regierung, wenn sie nur will, es sich erlauben, uns zu Ostern das Atom-Ei ins Nest zu legen. Freilich würde uns beim Öffnen dieser holden Gabe die Bombe nicht nackt entgegenstarren, sondern sie würde — getreu der deutschen Lust an der schönen Verpackung — in ein Gespinst von Verschleierung gewikkelt sein. — „Noch ist es nicht so weit ..." — „Gutachten abwarten ..." — „Bis jetzt nur Angebote ..." — „Empfehlung der Nato könnte nicht ignoriert werden ..." — „Bis jetzt nur Vorentscheidung ..." — „Lediglich persönliche Ansicht des Verteidigungsministers ..." — mit solchen und verwandten Injektionen versucht man fast stündlich, uns hinwegzuschaukeln über die in unserem Volke bereits unter der Haut verwurzelte Befürchtung, daß die Entscheidung in Wirklichkeit schon gefallen sei — und zwar für die Ausrüstung unserer Truppe mit Atomwaffen. Sollte dem so sein, dann sind wir wiederum Zeugen eines abermaligen deutschen politischen Versagens — des wievielten in diesem halben Jahrhundert eigentlich schon?

Den Gipfel der obrigkeitlichen Anmaßungen, mit denen man uns gegenwärtig unsere Angst um das Leben — des Menschen bestes Teil — auszukonferieren versucht, stellt bis Redaktionsschluß der folgende Satz eines Sprechers des westdeutschen Verteidigungsministeriums dar: „Die Matador-Rakete ist eine Verteidigungswaffe und hat eine Streuung von einigen hundert Kilometern, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Atomkopf abgeschossen wird." Einen solchen Blödsinn — gleichgültig, ob mit oder ohne Kopf — sollte man eigentlich einem zwar politisch erst erwachenden, aber längst zivilisierten und auf verschiedenen Gebieten sehr intelligenten Volk, wie es das unsere ist, bei Androhung von drei Wochen Brot und Wasser nicht mehr verzapfen dürfen.

Die Verschleierungsmethode wird mit einer solchen Hemmungslosigkeit gehandhabt, daß in einer unserer führenden Großstädte vor kurzem eine Reihe von akademisch gebildeten, nonkonformistischen Bürgern an den Veranstalter eines Vortrags über das Thema „Atomrüstung — ja oder nein?" (Tucholsky hätte sie anders gestellt: Nein oder nein?) die Frage richtete, ob denn dieser Stoff wirklich so aktuell sei. So weit fortgeschritten kann also auch in der Politik eines parlamentarischen Staates das System schon sein, bittere Pillen süß dragiert zu verabfolgen.

Fatal nur, daß wieder einmal die Christen es sind, die sich als so gerissene Taktiker erweisen, — während die parlamentarische Opposition der Sozialisten ihnen in Punkto Atomrüstung im Grunde schon wieder aufgesessen ist (wie es andersherum logisch ist, daß gerade an Jesus Christus glaubende Menschen es sein müssen, die diesen Kult entzaubern). Wir nehmen zwar zur Kenntnis, daß die katholische Moraltheologie den Begriff der Mentalreservation kennt und bejaht, aber wir weisen ihn in unserer Verpflichtung vor der Furchtlosigkeit und Heiterkeit des christlichen Gottes als ausgemacht antichristlich zurück.

Während wir manisch rüsten, schwillt unser Schuldkonto von Regierungserklärung zu Regierungserklärung an. Oder glaubt zum Beispiel wirklich jemand im Ernst, daß wir dem Frieden, der Entspannung, der Abrüstung und der Verständigung auch nur einen Schritt näher kommen, wenn sich eines Tages Atomkanonen im Weserbergland und im Ostharz gegenüberstehen sollten? Die Atomwaffen gar nicht erst in die Hände der Bundeswehr kommen zu lassen, die eingelagerten amerikanischen Vernichtungswaffen wieder los zu werden, ist eine so-

lide, ja ist die ernsteste Bürgerpflicht. Eine Geisteshaltung allerdings gibt es, mit deren Hilfe wir sie bestimmt nicht vom Halse bekommen: „Ich habe mit Mr. Dulles über alles gesprochen, nur nicht über den Rapacki-Plan" (Deutscher-Ordens-Mariane Franz Joseph Strauß gegenüber Pressevertretern nach seinem Vierzigminutengespräch mit dem US-Außenminister Anfang März).

Deutscher (Ritter-)Orden? Gen Ostland wollen wir reiten? Es klappert der Huf am Stege?

Wer will das? Eine Handvoll Manteuffel-Szoeges vielleicht. Alle anderen nicht. Nicht noch einmal. Und darum wird auch in Deutschland eines nicht mehr fernen Tages die politische Vernunft über dem Sichstarkmachen obsiegen.

---

Dr. Basil Mathiopoulos

# Die Entwicklungsstufen der Zypernfrage und ihre Rückwirkungen

Die Außenpolitik der Großmächte des 19. Jahrhunderts ist geprägt durch unverkennbar imperialistische Tendenzen. In eifersüchtigem Wettlauf wollte jeder dem andern zuvorkommen, nicht um den wirtschaftlich unterentwickelten Völkern Asiens und Afrikas in selbstloser Menschenliebe einen besseren Lebensstandard zu bringen, sondern um unter mehr oder weniger fragwürdigen Vorwänden eine billige Einnahmequelle für den immer schwindsüchtigen Staatssäckel zu schaffen, mit anderen Worten: um Kolonien zu gründen.

Die blutdurchwirkte Skizze des 20. Jahrhunderts zeigt uns insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg das urmächtige Bemühen der inzwischen erwachten Völker um ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, werden jene Völker alle legalen und auch die von der Gegenseite als illegal bezeichneten Mittel einsetzen und werden sich nicht mit den kalten Füßen begnügen, die man sich auf den ewig müden Konferenzen holt.

Eines der aktuellsten internationalen Probleme mit weltweiter Bedeutung ist heute ohne Zweifel die Zypernfrage. Im Grunde stellt sich dieser vieldiskutierte Konflikt sehr einfach dar: Es handelt sich um den völlig natürlichen Wunsch des griechischen zypriotischen Volkes, sich von der britischen Kolonialherrschaft zu befreien und selbst über sein Schicksal zu entscheiden. Zypern ist die drittgrößte Insel des Mittelmeeres und wird ethnologisch und historisch seit der prähomerischen Zeit, genauer seit den minoischen Jahren, als griechisch betrachtet. Von den heute 530 000 Einwohnern der Insel sind 430 000 Griechen, 90 000 Türken und ca. 10 000 Armenier, Maroniten und andere Minderheiten. In Prozenten ausgedrückt sind das 81 % Griechen, 17 % Türken und 2 % sonstige Minderheiten.

In der mittelalterlichen Epoche war Zypern Provinz des griechisch-byzantinischen Reichs; 1191 wurde es von Richard Löwenherz erobert und zerfiel in verschiedene Einflußgebiete von Franzosen, Deutschen, Venezianern und Genuesen. 1571 hatten es die Türken als letzten Teil Griechenlands unterworfen. Auf dem Berliner Kongreß von 1878 kauften die Engländer Zypern den Türken ab, gewisser-

maßen auf Raten. London versprach der Türkei politische Hilfe und schloß mit ihr einen heute modern anmutenden Kaufvertrag, durch den die Hohe Pforte in jährlicher Ratenzahlung 92 000 Pfund von England gegen die Überlassung Zyperns erhalten sollte. Ohne sie um ihre Zustimmung zu fragen, erklärte man die Menschen der Insel Zypern zum Schacherobjekt eines modernen Sklavenmarktes. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb damals: „Die englische Garantie ist nichts anderes als ein Vorwand zur Bemäntelung der Annexion Zyperns." Die oben genannte Kaufsumme wurde jährlich aus den Steuern abgezweigt, die die Bevölkerung Zyperns zahlte. Ein gewöhnlicher Sterblicher denkt nun, diese Summe (92 000 Pfund jährlich) sei nun wirklich an die Hohe Pforte überwiesen worden. Das Finanzgenie des konservativen Schatzkanzlers fand aber damals in scharfer Logik folgende Conclusio:

Die Türkei hatte während des Krimkrieges im Jahre 1854 von Großbritannien eine größere Anleihe erhalten. Die Gelder, die England der Türkei hätte zahlen sollen, wurden auf dem Verrechnungswege zur Amortisation der Anleihe verwendet. So zahlte Zypern bis zum Jahre 1907 die jährliche Kaufsumme von 92 000 Pfund. Die Reaktion der Bevölkerung zwang die Engländer, diese Summe auf die Hälfte herabzusetzen. Auch nach dem Ersten Weltkrieg, als sich die Türkei auf die Seite der Zentralmächte geschlagen hatte, wurde dieser Betrag erhoben, jedoch unter der Version: Anteil Zyperns an der Verteidigung des Empire! Diese Summe beträgt bis heute mehrere Millionen, wobei sie je nach Gebrauch und Notwendigkeit einen andern Namen erhielt. Jeder kann sich vorstellen, was ein wirtschaftlich so unterentwickeltes Land mit diesen Summen hätte anfangen können.

Sicher ist es interessant, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf Zypern nach der nun 80jährigen englischen „Schutzherrschaft" zu schildern. Auf der Insel gibt es keine allgemeine ärztliche Fürsorge, keine Arbeitergesetzgebung, keine soziale Fürsorge wie Krankheits-, Unfall- und Invalidenversicherung. Ferner erhalten die Bauern keine Kredite vom Staat, sondern müssen gegen sehr hohe Zinsen privates Kapital aufnehmen und sind oft gezwungen, ihren Grund und Boden zu verpfänden. Eine neuere englische Statistik zeigt, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht den Stand erreicht hat, der der Qualität des Bodens entsprechen würde. Gar nicht zu sprechen von der fast völlig fehlenden Erschließung der Bodenschätze Zyperns. Die Insel ist auf allen Gebieten eine unterentwickelte Kolonie geblieben. Selbst das Erziehungswesen hat unter der Kolonialherrschaft keine Fortschritte erzielt. Seit der Abschaffung des gesetzgebenden Rates im Jahre 1931, in dem die griechischen Stimmen durch die stets enge Zusammenarbeit der nominierten britischen und türkischen Mitglieder erstickt wurden, wird Zypern bis heute eigentlich diktatorisch regiert und ist praktisch der Willkür des jeweiligen Gouverneurs preisgegeben, wofür es bekanntlich genug unerfreuliche Beispiele gibt.

Während des zweiten Weltkrieges befand sich Griechenland wiederum — wie während des 1. Weltkrieges — auf der Seite Englands, auch die Zyprioten zögerten nicht, allen Groll zu vergessen und gemeinsam mit in den Kampf zu ziehen. Vielleicht spielte dabei die Parole eine Rolle, welche die Briten auf Zypern verbreiteten: „Zyprioten, wenn ihr euch zur britischen Armee meldet, kämpft ihr für Griechenland, kämpft ihr für die Freiheit!" Bei einer seiner Weltreisen während des Krieges machte der damalige britische Ministerpräsident Sir Winston Churchill 1942 einen kurzen Abstecher nach Zypern und fand für die Bevölkerung folgende ergreifende Worte: „Unsere Herzen sind in diesem Augenblick zum griechischen Mutterland gekehrt. Seid Euch gewiß, am Tag des Sieges wird Großbritannien nicht zögern, seine Pflicht gegenüber Zypern ehrlich zu erfüllen."

Aber als der Zweite Weltkrieg dann siegreich für die Alliierten beendet war, hatten die Briten ihre großen Versprechungen vergessen, und auch der erneut zum Premierminister erkorene Winston Churchill schien sich wegen angeblich ernsteren

Beschäftigungen seiner früheren Worte nicht mehr erinnern zu können. Inzwischen aber hatten die Blutströme des Zweiten Weltkrieges auf der ganzen Welt neue Verhältnisse geschaffen. Das Recht zur Selbstbestimmung, von der Atlantik-Charta 1941 verkündet und später von der Charta der UNO übernommen, hat vielen Kolonialvölkern das Tor zur Freiheit geöffnet. In ihrer Beschwerdeschrift an die Vereinten Nationen forderten die Zyprioten die Anwendung dieses Grundsatzes auch auf ihr Land, und im Namen dieses Grundsatzes führten sie ihren aktiven Widerstandskampf, von dem wir noch hören werden.

Auf den Grundsätzen der Selbstbestimmung, die durch die Artikel 1 und 55 der Charta der Vereinten Nationen anerkannt werden, haben die Zyprioten im Dezember 1949 von der Kolonialregierung der Insel die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt. Da dies verweigert wurde, organisierte die Orthodoxe Kirche von Zypern, die zugleich die Ethnarchie innehat, die Volksabstimmung vom 15. Januar 1950. Das Resultat: Von 224 747 Wahlberechtigten sprachen sich 215 108, also 95,7 % für die Vereinigung Zyperns mit dem Mutterland aus.

Die Ergebnisse dieser Volksabstimmung sind dem Sekretariat der Vereinten Nationen am 26. September 1950 zusammen mit einem Gesuch eingereicht worden, in dem die zuständigen Organe der UNO gebeten wurden, dahingehend zu wirken, daß auf Zypern die Grundsätze der Selbstbestimmung angewandt werden. Vom prozeßrechtlichen Standpunkt aus war es unumgänglich, daß das zypriotische Ersuchen von einem Staat, der Mitglied der UNO ist, protegiert wurde, und es war nur zu natürlich, daß das zypriotische Volk sich diesbezüglich an Griechenland wandte. Am 16. Dezember 1952 beschloß die Generalversammlung der UNO, ihren Mitgliedstaaten zu empfehlen, denjenigen Völkern, die sich noch nicht selbst verwalten, das Selbstbestimmungsrecht zuzuerkennen.

Danach ergriff Zypern wiederum die Initiative. Am 27. April 1953 hat der Erzbischof Zyperns Makarios als Vertreter des griechischen zypriotischen Volkes den Gouverneur der Insel aufgefordert, dem Selbstbestimmungsrecht auf Zypern Genüge zu tun, die Ergebnisse der Volksabstimmung von Januar 1950 anzuerkennen oder aber unter der Aufsicht der UNO eine neue Volksabstimmung abzuhalten. Nach der ablehnenden Antwort des Gouverneurs reichten die Zyprioten beim Generalsekretär der UNO ein Gesuch ein, in dem sie forderten, folgendes Thema möge auf der Tagesordnung der Generalversammlung eingetragen werden: „Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Zypern."

Am 21. September 1953 hat der Leiter der griechischen Delegation auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen dargelegt, daß das zypriotische Ansuchen Griechenland interessiere, aber vor seiner Adoptierung möchte Griechenland zur Lösung der Zypernfrage direkte Verhandlungen mit Großbritannien führen.

Nachdem die griechischen Bemühungen, eine Zweier-Konferenz zustande zu bringen, gescheitert waren, verlangte Griechenland am 16. August 1954, daß auf der Tagesordnung der Generalversammlung der UNO das Thema „Anwendung der Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im Falle des Volkes von Zypern unter Aufsicht der Vereinten Nationen" erscheinen sollte. Am 14. Dezember 1954 begann die Besprechung über die Zypernfrage vor dem politischen Ausschuß, als die Delegation von Neuseeland, durch die Briten angestiftet, den Vorschlag unterbreitete, daß auf die Zypernfrage nicht näher eingegangen werden sollte. Trotzdem wurde nach zweitägiger Debatte folgender Kompromißvorschlag durch 49 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen: „Da die Generalversammlung der Meinung ist, daß vorläufig eine Entscheidung in der Zypernfrage nicht zweckmäßig ist, beschließt sie, auf das Thema ‚Anwendung der Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im Fall des Volkes von Zypern unter Aufsicht der Vereinten Nationen' nicht näher einzugehen."

Das Plenum der Generalversammlung hat obenstehenden Beschluß mit 50 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen am 17. 12. 1954 angenommen. Im Jahre 1955 hat Griechenland wiederum beim Sekretariat der UNO ein neues Ansuchen gestellt, daß der Fall Zypern zur Tagesordnung zugelassen werden soll. Dieses Ansuchen kam am 21. September 1955 vor dem Hauptausschuß der Generalversammlung der 10. Sitzungsperiode zur Sprache und wurde abgelehnt.

Im Jahre 1956 brachte Griechenland zum drittenmal eine Anfrage bezüglich des Zypernproblems vor die UNO. Im November dieses Jahres nahm der zuständige Hauptausschuß der Vereinten Nationen jene griechische Anfrage, aber auch eine britische Eingabe an, die der griechischen Regierung Unterstützung der „Terrorakte" auf Zypern vorwarf. Der Politische Ausschuß der UNO hat am 22. Februar 1957 mit 76 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen den Vorschlag des indischen Delegierten Crishna Menon angenommen. Dieser Vorschlag, den sich auch die Generalversammlung am 26. Februar des gleichen Jahres mit 55 Ja-Stimmen bei nur einer Stimmenthaltung von Afghanistan zu eigen machte, lautet: „Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist nach Erörterung der Zypernfrage der Meinung, daß die Lösung dieses Problems eine Atmosphäre des Friedens und der Freiheit der Meinungsäußerung erfordert. Dem innigen Wunsch wurde Ausdruck gegeben, daß eine friedliche, demokratische und gerechte Lösung kraft der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gefunden wird. Neue Besprechungen zur Beilegung des Konflikts wurden gewünscht und auch in Aussicht gestellt." Obwohl dieser Beschluß das Selbstbestimmungsrecht des zypriotischen Volkes nicht namentlich nannte, bedeutet er zweifellos gegenüber den bisherigen Ergebnissen einen großen Fortschritt. Die Zyprioten reagierten in entsprechender Weise auf das Ergebnis mit einem Waffenstillstand, um den Briten die Möglichkeit einer friedlichen Aussprache über die Zukunft der Insel zu bieten. London hat dann ein ganzes Jahr verstreichen lassen, ohne den erwarteten positiven Vorschlag darzulegen.

Am 15. Juli 1957 brachte Griechenland zum 4. Male das Zypernproblem vor die UNO. Es wurden folgende zwei Anfragen gestellt: 1. „Anwendung der Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im Fall der Bevölkerung von Zypern unter Aufsicht der Vereinten Nationen." 2. „Verletzung der Menschenrechte seitens der britischen Kolonialverwaltung infolge unrechtmäßiger Mißhandlung der zypriotischen Bevölkerung."

Diese beiden inhaltsschweren Anfragen wurden dann schließlich unter der allgemeinen Formulierung „Zypernfrage" mit 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen in die Tagesordnung der Generalversammlung aufgenommen.

Die nunmehr amputierte Anfrage wurde vier Tage lang vor dem politischen Ausschuß der UNO ausführlich diskutiert. Am 12. Dezember 1957 wurde folgender griechischer Vorschlag mit 33 gegen 18 Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen: „Nach eingehender Erörterung der Zypernfrage bestätigt die Generalversammlung aufs neue ihren Beschluß vom 26. Februar 1957. Sie äußert ihr tiefes Bedauern darüber, daß noch kein weiterer Fortschritt zur Lösung des Problems gemacht wurde. Sie ist sich bewußt, daß die Lage auf Zypern noch viele Gefahrenmomente in sich birgt, und ist deshalb der Meinung, daß es unbedingt erforderlich ist, daß möglichst schnell eine Lösung zur Stabilisierung des Friedens und der Sicherheit gefunden werden muß. Sie äußert die aufrichtige Hoffnung, daß weitere Besprechungen und Diskussionen im Geist ehrlicher Zusammenarbeit durchgeführt werden, mit dem Zweck, daß das Selbstbestimmungsrecht auf den Fall des zypriotischen Volkes angewandt wird."

Die vom politischen Ausschuß der UNO mit Mehrheit angenommene Entschließung war ein moralischer Sieg Griechenlands. Die Generalversammlung hatte am

14. Dezember 1957 zwar mit Stimmenmehrheit diesen Beschluß gebilligt, mit 31 gegen 23 Stimmen bei 24 Enthaltungen, aber gemäß dem Statut der UNO bedeutete diese Billigung praktisch eine Ablehnung des Beschlusses des politischen Ausschusses, da die für einen allgemein verbindlichen Beschluß erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung nicht erreicht worden war. Charakteristisch ist, daß alle europäischen Länder mit Ausnahme der Ostblockstaaten, Jugoslawiens und Islands gegen Griechenland gestimmt haben. Die USA entzogen sich durch Stimmenthaltung.

Nach der offiziellen Erklärung der britischen Regierung, die im britischen Unterhaus am 28. Juli 1954 vom damaligen Staatssekretär Hopkins abgegeben wurde, wonach die Insel Zypern eines jener Gebiete sei, das niemals seine Unabhängigkeit bekommen würde, wählten die Zyprioten den gewöhnlichen Weg, der stets die geknechteten Völker zu ihrer Freiheit führt. Der Aufstand begann, und die Zyprioten beschlossen unter der Parole „Freiheit oder Tod" ihre Freiheit durch tätlichen Widerstand gegen die Gewalt und Willkür des Kolonialregimes zu erringen.

Seit Anfang Oktober 1955 hat der englische Marschall Sir John Harding, der vorher in Kenya zur Niederschlagung der Mau-Mau beigetragen hatte, die Pflichten des Gouverneurs auf Zypern und des Oberbefehlshabers der dort stationierten britischen Kräfte übernommen. Die mittelalterliche Gewalt, die er zwei Jahre lang auf der Insel übte, führte zu einer Vertiefung des Widerstandes und zur Verbreitung des Freiheitskampfes. Durch Regierungsverordnung wurde der Polizei gestattet, jede Person, ohne daß irgend eine Anzeige vorliegt, zu verhaften und diese in ein Konzentrationslager zu bringen. Es befinden sich bereits drei solcher Konzentrationslager auf Zypern. Ferner besteht das Hausrecht nicht mehr; jede öffentliche Versammlung ist untersagt, und der Gouverneur — seit Ende 1957 ist Harding durch Sir Foot, einen Politiker, abgelöst — darf willkürlich eine Zensur für Presse, Post, Telegraf und Telefon einführen. Das Entsetzlichste aber waren die Folterqualen, denen in zahlreichen Fällen die Zyprioten in den Arresten der Militärpolizei ausgesetzt wurden. Alldem aber wurde die Krone aufgesetzt durch die Entführung des Erzbischofs Makarios aus Zypern und seine Gefangenhaltung auf der im Indischen Ozean liegenden Insel Mahé vom März 1956 bis März 1957. Diese Tat wurde selbst in England als unsinnig bezeichnet. Dabei wurden sogar Rechte übertreten, die dem Gouverneur durch das Notstandsgesetz eingeräumt werden.

Nach seiner Befreiung unterzog Erzbischof Makarios am 20. Juni 1957 vor der In- und Auslandspresse in Athen die Ausschreitungen der Besatzungsmacht auf Zypern eingehenden Betrachtungen, deren Vorwürfe er durch offizielle Dokumente erhärtete. Makarios erklärte, daß si chin den 3 Konzentrationslagern 2500 politische Gefangene befinden, die ohne Prozeß auf den bloßen Verdacht hin verurteilt wurden, sie würden die Widerstandsorganisation EOKA unterstützen, und die unter den schrecklichsten Bedingungen vegetieren müssen. Über 100 Menschen sind nach Augenzeugenberichten an den Folgen der Mißhandlungen gestorben. Makarios bezeichnet diese Methoden als den unauslöschlichen Schandfleck unseres Jahrhunderts.

Schon zweimal zeigte die Widerstandsbewegung EOKA ihren guten Willen, das erste Mal im Herbst 1956, um den Briten die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Spannung zu geben. Der damalige Gouverneur und Terrorspezialist, der jetzige Lord Harding, legte dies als eine Schwäche der Widerstandsbewegung aus und forderte eine bedingungslose Kapitulation. Die Antwort war ein erneutes bitteres Blutvergießen.

Das zweite Mal stellte die EOKA freiwillig am 14. März 1957 den Kampf auf Wunsch der UNO ein, um auch gegenüber den Vereinten Nationen den guten Willen durch die Tat zu beweisen. Was geschah daraufhin? Fast ein ganzes Jahr

ließ die britische Regierung die Möglichkeit ungenutzt, durch einen positiven Vorschlag die Lage zu entgiften. Nach letzten Meldungen ist die EOKA reorganisiert und wird wieder den Kampf eröffnen, und zwar mit dem Willen, ihn unter allen Umständen erfolgreich durchzuführen, bis dem zypriotischen Volk das Selbstbestimmungsrecht zugestanden wird.

Aber die durch diese Vorgänge verzerrte Maske ist nicht das eigentliche Gesicht des britischen Volkes. In seiner Mehrheit ist es im echten Sinne liberal und demokratisch. Die britische Labouropposition hat durch einen Beschluß auf dem Parteikongreß in Brighton im Sommer 1957 betont, daß es eine der ersten Handlungen der nächsten Labourregierung sein müsse, dem zypriotischen Volk das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Diese Stellungnahme sowie die positiven Vorschläge der Vertreter der Partei im Unterhaus beweisen, daß mindestens 50 % des britischen Volkes die starre Politik der konservativen Regierung MacMillan in der Zypernfrage nicht gutheißen. Die britische Liberale Partei nimmt in dieser Frage die gleiche Haltung ein.

Die englische Zypernpolitik sowie die blutigen Ausschreitungen von Konstantinopel und Smyrna im Herbst 1955, die praktisch eine Ausrottung der bisher in der Türkei lebenden Griechen bedeutet, bedingt eine große Erregung der öffentlichen Meinung in Griechenland. Allgemein ist man in Athen der Meinung, daß man von einer griechisch-türkischen Freundschaft nicht mehr sprechen kann und daß der Balkanpakt in Zukunft nur ein Bündnis zwischen Jugoslawien und Griechenland ist. Ebenso hat die Tatsache, daß alle Länder der Nato, die in UNO vertreten sind, außer Island immer gegen das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten gestimmt haben, die Ansicht gefestigt, daß Griechenland eine Außenpolitik treibei muß, die die nationalen Interessen des Landes wahrt. Der Leiter der in Opposition stehenden Liberalen Partei Griechenlands — eine Partei des Zentrums — Sofoklis Venizelos hatte schon im Jahre 1955 erklärt, Griechenland soll eine Politik der gleichen Freundschaft mit allen Ländern treiben, die die Unabhängigkeit des Landes respektieren. Die öffentliche Meinung und ein Teil der Presse befürworten ein Bündnissystem von Belgrad über Athen nach der Hauptstadt der „Vereinigten Arabischen Republik" Kairo und den anderen Hauptstädten der arabischen Länder, ohne Teilnahme der Türkei. Griechenland unterhält bekanntlich traditionell freundschaftliche Beziehungen mit allen arabischen Ländern. Die griechisch-jugoslawischen Beziehungen sind im letzten Jahr weiter vertieft worden, während die Außenpolitik Kairos in den diplomatischen Kreisen Athens Befriedigung ausgelöst hat. An einem solchen Freundschaftsbündnis könnte eventuell später auch Rom teilnehmen, das mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten verfolgt.

Der Ausgang der allgemeinen Wahlen im Mai dieses Jahres in Griechenland wird entscheidend für die zukünftige Außenpolitik des Landes sein. Denn der Wähler wird seine Stimme derjenigen Partei geben, deren voraussichtliche Außenpolitik er gutheißen kann. Bis dahin aber wird der derzeitige Status bestehen bleiben, da die derzeitige „neutrale" Regierung nur eine provisorische Mission hat, nämlich die Vorbereitung der Parlamentswahlen.

Kaspar-Thomas Lenk

# . . . und fragt nicht, was gewesen ist

Es soll hier über einen innenpolitischen, scheinbar geringfügigen Tatbestand berichtet werden, welcher nach außen (noch) nicht wirksam ist, der aber — wie man sehen wird — altbekannte, gefährliche Keime in sich birgt.

Viele rechtschaffene Bundesbürger haben sich seinerzeit nicht zuletzt deshalb mit der Aufstellung einer Bundeswehr abgefunden, weil ihnen von offizieller Seite versprochen wurde, daß es einen Kommiß im alten Sinne nicht mehr geben würde, sondern daß man eine Bundeswehr schaffen wolle, die dem Wesen einer Demokratie entspreche. Es wurde von einem „neuen Geist" in der Bundeswehr gesprochen, vom „Staatsbürger in Uniform"; und außerdem — hieß es — habe die Bundeswehr als Teil der Nato-Streitkräfte ja nur defensiven Charakter, und schon deshalb verböten sich Vorurteile, die aus einer Erinnerung an die frühere deutsche Wehrmacht resultierten.

Inzwischen sind in der Bundeswehr die ersten, für die innere Struktur und den „neuen Geist" entscheidenden Weichen gestellt. Und so mancher rechtschaffene Bundesbürger wird dabei erkennen können, daß sich die westdeutsche Bevölkerung in ihrer bewunderungswürdigen Obrigkeitsgläubigkeit wiedermal hat an der Nase herumführen lassen. Denn wie steht es in Wirklichkeit mit diesem „neuen Geist" der Bundeswehr?

Die Behauptung, daß der nazistische Bazillus, durch verschiedene Umstände bedingt, auch in der Bundeswehr gedeihen kann, soll an Hand des 1957 erschienenen „Volks- und Soldatenliederbuch ‚Die Fanfare'", Verlag Sikorski, Hamburg, belegt werden. Dieses Liederbuch ist unter Mitarbeit maßgeblicher Bundeswehroffiziere entstanden, also mit Einverständnis, nicht aber im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums. Diese Umgehung einer klaren Verantwortlichkeit für dieses Produkt steht in einem schlechten Verhältnis zu der Bedeutung, die diesem „Erziehungsmittel soldatischer Gesinnung" zukommt.

Die Tatsache, daß das sogenannte „Volks- und Kunstlied" darin einen breiten Raum einnimmt, kann nicht entschuldigen, daß ein beachtlicher Teil der halboffiziösen Auswahl in ziemlichem Widerspruch zu dem angeblich defensiven Charakter der Bundeswehr steht. Es tauchen da Lieder auf wie der „Argonnerwald", „Die blauen Dragoner", oder „Es leben die Soldaten", Lieder, die schon im ersten Weltkrieg den Marsch ins Massengrab begleiteten. Bei einem Vergleich mit dem Liederbuch des 1. Westpreußischen Pionierbataillons Nr. 17, das 1914 vom Verlag Spaarmann, Mülheim/Ruhr herausgegeben wurde, kann man mehr als 25 Lieder in der „Fanfare" wiederfinden. Hinzu kommen Lieder wie das „Westerwaldlied", das „Niedersachsenlied" oder das „Edelweißlied", die überall den einfallenden Truppen Hitlers anhingen und für unzählige Menschen der verschiedensten Nationen zum gegrölten Signal ihres Untergangs wurden.

Jene Offiziere, die diese Auswahl passieren ließen, müssen doch wohl ein etwas fragwürdiges Verhältnis zu jenen Auffassungen haben, die entweder diese Lieder hervor- oder in Mißkredit brachten. Die erwähnten Lieder und noch einige andere sind durch zwei Weltkriege, die sie durch ihre geistige Haltung mitverantworteten, und durch das Geschehen, zu dem sie als höhnende Verharmlosung gesungen wurden, historisch so belastet, daß sie nicht hätten in das Liederbuch einer Bundeswehr aufgenommen werden dürfen (ein Pendant zu diesem Liederbuch gibt es nämlich nicht), die nur zur Verteidigung der Freiheit und zur Sicherung des Friedens bereit stehen will.

Klingen manche dieser Lieder nicht wie eine ungewollte Bescheinigung, wenn auch lyrisch verklausuliert, wie eine Klarstellung dessen, was bei den maßgebenden Stellen der Bundeswehr zu den möglichen Aufgaben derselben gerechnet wird? Lieder also, die dem „neuen Geist" der Bundeswehr Ausdruck verleihen sollen. Da heißt es unter anderem: „Hebt unsere Fahnen in den Wind, sie fließen hell wie Sonnenblut und künden, daß wir gläubig sind: Der Mensch ist gut. Der Mensch ist gut. Steilt eure Stirnen hoch ins Licht und fragt nicht, was gewesen ist!" Es tauchen Formulierungen auf wie etwa diese: „Volk aus der Tiefe", „Neuland der Tat", „fremdes Land durchspüren", oder vom „donnernden Motor, so schnell wie der Blitz, dem Feinde entgegen, im Panzer geschützt, für Deutschland zu sterben, für unseres Reiches Heer . . ."

Ein Kommentar erübrigt sich hier eigentlich von selbst. Liegt nicht die Gefahr nahe, daß die gefährliche Terminologie nazistischen Denkens gerade hierdurch auch in der Bundeswehr ihre bedrückende Urständ feiern kann? Das Argument, daß diesen Liedertexten keine große Bedeutung zukäme, ist insoweit nicht stichhaltig, als auch bei anderen Verlautbarungen der Bundeswehr dieselbe Einstellung beobachtet werden kann. Der rote Faden einer befremdlichen Gesinnung ist unverkennbar.

Hinzu kommt noch, daß die jungen Rekruten entweder direkt von der Schule kommen oder noch unter deren geistigem Einfluß stehen. An unseren Schulen wird die Erziehung im Geiste der Demokratie und der Völkerverständigung ausdrücklich garantiert. Doch man schaue einmal in eine Anzahl von Lehrbüchern, etwa Bücher für neuere Geschichte, die unter Mitarbeit von Pädagogen vorbereitet wurden. Unter den Fotos, die diese Lehrbücher zieren, finden sich z. B. „Mussolini als Volksredner", „Hitlers Verpflichtung vor Hindenburg in der Potsdamer Garnisonskirche", „Nürnberger Parteitag der NSDAP", „Deutsche Panzer im Kampf um ein russisches Dorf". Fotos, die die Kehrseite der Medaille zeigen, kennen diese Bücher nicht. In einem Lesebuch für Oberschulklassen wurde ein Aufsatz von Frau Elly Heuss-Knapp über die Judenverfolgungen bei der zweiten Auflage gestrichen, weil einige Lehrer Anstoß daran genommen hatten. An dieser Stelle sei auf die aufschlußreiche Hörfolge „Erziehen wir Bürger?" von Hans Heuer im Süddeutschen Rundfunk, 25. 2. 1958, verwiesen.

Die Äußerungen des Oberstudienrates Zind sind eben nicht nur die bedauerliche Entgleisung eines einzelnen, sondern ein zynisches Symptom für die noch immer nicht genügend geleistete Tat der Überwindung nazistischen Gedankengutes, nicht nur eines Prozentsatzes der Lehrerschaft, sondern der gesamten westdeutschen Bevölkerung. Unter den Fittichen eines neuen internationalisierten Glacéhandschuh-Faschismus könnte leicht — passiv oder aktiv — etwas unterstützt werden, was in der Konsequenz dahin führen muß, wo wir 1945 und vor Auschwitz und Lidice schon einmal gestanden haben.

Sind solche jungen Menschen, die auf den bundesdeutschen Schulen oft indifferent und zu wenig kritisch über die jüngste deutsche Geschichte unterrichtet wurden, nicht allzu leicht bereit, aus ihrem Vokabular lieber das Wort „Verstehen" zu streichen als das Wort „Vergeltung", lieber „Völkerverständigung" als „Verteidigung durch Abschreckung", lieber „Verhandeln" als „Militärische Stärke"?

Es sollte nicht übersehen werden, daß dieser gefährliche Rest aus Nazismus, Kreuzzugs-Ideologie und Ost-Psychose eines Tages zu großen Gefahren, zu Unüberlegtheiten, die nichts anderes als Selbstmord bedeuten, führen kann.

Hans Hellmut Kirst

# Provokation zu Einsicht und Frieden

Nachstehend bringen wir in gekürzter Form den Inhalt eines Vortrages zum Abdruck, den der Verfasser in der Universität zu Oslo auf Einladung der Fredsbiblioteket des Nobel-Institutes und von Det Norske Studenter Samband gehalten hat und uns zur Verfügung stellte. D. Red.

Unsere Welt wird kleiner mit jedem Tag, das Leben wird gefährlicher, und das All rückt uns näher — in einem knappen Jahrhundert haben ein Dutzend Männer und zwei oder drei Frauen die Macht des Atoms entfesselt und alles verändert — alles — nur nicht die Denkweise von Millionen Menschen.

Albert Einstein aber hat gesagt: wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll.

Eine Katastrophe vermag Menschen zu lähmen und zu betäuben; sie kann aber auch den Verstand aufrütteln, das Herz in pulsende Bewegung versetzen und die Phantasie freilegen. Wer jedoch eine Katastrophe mit wachen Sinnen überlebt, weiß, was eine Katastrophe ist.

Nun hat aber niemand auf der Welt das Recht, totale und absolute Wahrheiten zu verkünden — eine simple Erkenntnis, die aber kaum jemand daran hindert, genau das und nichts anderes zu tun. Die Welt ist voll von dem Geschrei der Verkünder dieser angemaßten Wahrheiten. Und da die Dummheit nicht ausstirbt, vielmehr zuzunehmen scheint — prozentual entsprechend den ständig steigenden Geburtenziffern — ist das Echo gewaltig.

Die großen Worte sind zum Jahrmarktsgeschrei unserer Zeit geworden — und sie tun nicht nur den Ohren derjenigen weh, die noch nicht verlernt haben, der schöpferischen Stille nachzuhorchen und dem leisen Weben in der Natur — sie bringen auch den Verstand bei allen zur Rebellion, die denken gelernt haben — oder die, wie etwa ich, brutal dazu gezwungen wurden.

In langen und einsamen Nächten am Schreibtisch, in den täglichen harten Auseinandersetzungen mit Gegnern aus Überzeugung und Feinden aus Prinzip — kristallisierten sich einige wenige, fast primitiv anmutende Wahrheiten heraus. Und eine davon heißt: Mißtraue den großen Worten!

Es kann, meine Freunde, nicht genügend oft betont werden: die Erfahrungen und Erkenntnisse eines einzigen Menschen müssen nicht die der Menschheit sein — sie sind weder maßgeblich noch gar von zwingender Verbindlichkeit. Aber ihnen kann dennoch eine gewisse Allgemeingültigkeit anhaften — immer unter der Voraussetzung, daß Ernst und Verantwortungsbewußtsein bei ihnen Pate gestanden haben — und: die Sorge.

Wir Deutsche sind ein unglückliches Volk — nicht nur, weil wir anderen Unglück gebracht haben. Unser Fluch ist die Bereitschaft zum Glauben. Wir wollen glauben — nicht nur an Gott, auch an den Menschen — und selbst dann, wenn dieser Mensch ein Kaiser ist, ein Kanzler oder ein Hitler. Dieser im Grunde reine, vorbehaltlose, ergebene Glauben hat uns in den ersten Weltkrieg geführt und in den Abgrund des zweiten Weltkrieges hineinfallen lassen.

Es gab Menschen, die bereit waren, für Deutschland und Hitler zu sterben — guten Glaubens. Millionen Menschen. Und auch ich gehörte zu ihnen. Ich war damals noch ein junger Mensch — das soll keine Entschuldigung sein, nur eine Erklärung. Denn es wird immer junge Menschen geben.

Die Literatur hat die Soldaten des ersten Weltkrieges als „verlorene Generation" bezeichnet. Wir, die wir aus dem zweiten Weltkrieg kommen, könnten uns die „verratene Generation" nennen.

Wir haben den großen Worten geglaubt — und dafür gekämpft. Denn wir waren der Ansicht, Deutschland zu verteidigen — vielleicht sogar Europa. Als der Krieg mit einer Katastrophe endete — die wir demütig und voll guten Willens überlebten — glaubten wir an den Frieden, an die Ächtung des Krieges — und vielleicht sogar wieder an Europa.

Damals rief ein Mann in Deutschland aus — und er war wahrlich nicht der einzige —: „Wer noch einmal ein Gewehr anfaßt, dem soll der Arm verdorren!" Und viele jubelten ihm zu. Heute ist dieser Mann der Verteidigungsminister der Bundesrepublik — und auch heute gibt es nicht wenige, die ihm zujubeln.

Denn das Gedächtnis ist schwach; und die Wahrheiten von gestern sind nicht die Wirklichkeiten von heute. Die Welt steht nicht still, und die Torheiten der Jugend werden zum Lächeln des Alters.

Aber: nicht alles ist Freiheit, was Freiheit genannt wird. Und der Frieden ist für nicht wenige nur eine Vorstufe zum Krieg. Einige behaupten, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. Und die Soldaten, die sich auf den Krieg vorbereiten, wissen nicht immer, daß damit der Krieg selbst vorbereitet wird.

Und so sage ich denn: seid mißtrauisch, wenn ihr die großen Worte hört. — Mißtrauisch! Auch gegen die Väter, die Politiker, die Lehrer, die Geistlichen und die Journalisten. Folgt niemandem blind! Prüft ihre Argumente, setzt euch mit ihnen auseinander, rückt ihnen auf den Leib, legt ihnen das Herz bloß, nachdem ihr versucht habt, ihren Verstand auszuloten. Halten sie all dem stand, dann folgt ihnen — erst dann!

Diese Welt ist randgefüllt mit Vorurteilen. Auf einem Kontinent versucht die weiße Rasse die schwarze zu degradieren; auf einem anderen bemüht sich die gelbe Rasse, die braune zu verdrängen; Katholiken betrachten Protestanten mit Vorsicht, zumindest doch mit Mitleid; und oftmals scheint es, als wenn eine sogenannte östliche Welt nur g e g e n eine westliche existieren könnte.

Die Frage, der jetzt nicht mehr ausgewichen werden darf, ist die: muß sich der Mensch in unseren Tagen klar und eindeutig entscheiden für den Westen oder für den Osten? Ich bin sicher, daß wir alle genau wissen, wie wir uns entscheiden würden — wenn uns tatsächlich nichts anderes übrig bliebe, als uns entscheiden zu müssen. Aber, so frage ich jetzt, ist es tatsächlich das dringende und unabwendbare Gebot der Stunde, eine letzte und unwiderrufliche Entscheidung zu treffen?

Es wird versucht werden, auf diese Frage eine Antwort zu finden — das jedoch kann nicht geschehen, ehe nicht klargestellt worden ist, wohin das Mißtrauen, von dem ich vorhin sprach, dieses gesunde Mißtrauen gegen die großen Worte, zu führen vermag.

Dieses Mißtrauen ist nicht als primärer Effekt zu verstehen, sondern als eine unerläßliche Funktion. Die Bereitschaft zum Glauben — das schönste Vorrecht aller Jugend — soll nicht etwa zerstört, sondern vielmehr der Wirklichkeit angepaßt werden — und damit der Wahrheit näherkommen.

Das Mißtrauen, das hier gefordert wird, ist nahezu identisch mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand. Ich meine: man muß ein Buch, das man in die Hand nimmt, so lange für gut halten, bis sein Inhalt zwangsläufig das Gegenteil beweist. Ich meine damit weiter: man muß einen Menschen, dem man begegnet, grundsätzlich für einen Mitmenschen halten, bis unbezweifelbar feststeht, daß es sich um eine Kreatur handelt.

Und wieder sage ich jetzt: seid mißtrauisch! Mißtraut denen, die mit klingenden Titeln ausgestattet sind, den rauschenden Würdenträgern und den großspurigen Inhabern von Ämtern und Pfründen. Versucht die Uniform ebenso zu durchschauen wie den Talar, laßt euch nicht blenden von blinkendem Metall oder gar vom Glanz

des Reichtums. Sucht hinter all dem den Menschen — und wenn ihr ihn wirklich gefunden habt, seid glücklich! und dann erst gläubig.

Wir leben in einer Zeit, die voll von falschen Göttern ist. Sie thronen auf Bergen aus Makulatur und Zelluloid. Wohl hat Gott der Menschheit drei besondere Geschenke gemacht: Schönheit, Kraft und Klugheit — und alle drei sind fast gleich groß und bedeutend. So verdient denn die Schönheit unser Entzücken — die Kraft mag bestaunt werden, und die Klugheit ist Bewunderung wert. Daß aber ein niedliches Mädchen mit fragwürdigem Lebenswandel, ein reicher Nichtstuer mit dem Hang zu kriminellen Absonderheiten, ein hirnloser Muskelprotz mit barbarischen Umgangsformen — daß alle diese dubiosen Zeitgenossen die Masse der Menschen mehr bewegen und erregen als etwa ein Forscher, der die Sonne auf die Erde holt, ein Arzt, der das Leben der Menschheit verlängert, ein Dichter, der die Freude bewahrt — welch ein Mißklang!

Und dabei sind Schönheit, Kraft und Klugheit noch nicht alles, was Gott den Menschen geschenkt hat. Er gab ihnen auch Güte. Und der Mensch, der dieser Schöpfung Mittelpunkt ist, muß sich dieser Geschenke Gottes bewußt sein — oder er verdient sie nicht. Und damit entfernt er sich von Gott.

Die Zeit aber, in der wir leben, mutet oftmals wie eine große Flucht vor Gott an! Der Mensch scheint zu glauben, selber Gottes Thron einnehmen zu können — anders ist das, was in unseren Tagen geschieht, nicht mehr zu deuten. Das Atom, das teilbar geworden ist, erweist sich als Scheideweg der Menschheit.

Die gleiche gewaltige Kraft, die von der Sonne in das All geschleudert wird, kann hier, mitten auf dieser Erde, entfesselt werden. Einige wenige Menschen haben kraft ihres Verstandes diese Möglichkeit entdeckt — und sie alle, ohne Ausnahme, wurden von Erschrecken und Ehrfurcht gepackt. Denn diese kaum faßbare Kraft erwies sich zunächst nur als Element gewaltigster Zerstörung.

Was ein Dutzend Hirne erdacht hatte, wurde dann von einigen tausend Technikern, Chemikern, Physikern und Rechenmaschinen übernommen, durch ungeheure Geldsummen in eine Fließbandproduktion des Grauens verwandelt — und seit Jahren stapeln sich in der Welt die Bomben des Untergangs: die Atombomben, die Wasserstoffbomben, die Heliumbomben — und dazu dann noch die sogenannten „Babybomben", die „gereinigten" Atombomben und die „örtlich begrenzten" Atomgeschosse.

Eine einzige dieser Bomben des „mittleren Kalibers" vermag den Kern einer Großstadt in einen Krater zu verwandeln — sie kann aus Rom, der Ewigen Stadt, ein Ruinenfeld entstehen lassen, den Glanz von Paris zum Erlöschen bringen, aber auch New York verwüsten und Moskau versteppen. Eine einzige Bombe — in einer einzigen Sekunde.

Gewiß, es gibt auch andere Rechnungen. Militärs sprechen von toten Zonen, von Zwischenzonen und von Aktionszonen. Einige haben ausgerechnet, daß allein um Deutschland von der Landkarte zu radieren — also in einen einzigen Krater von etwa 60 Meter Tiefe zu verwandeln — daß also zu diesem vollkommensten Werk der Vernichtung weit mehr als hundert Bomben fallen müßten, genau nebeneinander, in sauberen, sorgfältigen Zielwürfen. Und nicht wenige sagen sogar: Man rede doch nicht immer nur von der Zerstörung! Das teilbare Atom wird, zum Guten und Nützlichen entfesselt, der Menschheit das goldene Zeitalter bringen.

Das könnte sogar stimmen — falls die Menschheit dann noch existiert.

Denn noch, zu dieser Stunde, liegen Hunderte von Atombomben bereit — bereit zum Einsatz, wie der Fachausdruck lautet. Und sie lagern nicht etwa nur in den Vereinigten Staaten und in der UdSSR — sie werden in Flugzeugen über die Kontinente und die Ozeane getragen. Sie befinden sich mitten in Europa — von der einen und der anderen Seite „vorsorglich" bereitgestellt.

Das Furchtbarste aber, die Politiker „rechnen" mit ihnen — sie sprechen von Drohung und Gegendrohung, vom Gleichgewicht der Kräfte, von der Stabilität der Stärke und immer wieder von der Verteidigung der Freiheit und des Friedens — die Politiker beider Seiten, wohlgemerkt.

Und ehe die Menschheit noch richtig zur Besinnung kommt, ist die Atombombe bereits zu einer Realität geworden, zu einem fast alltäglichen Objekt, zu einer Waffe wie andere Waffen auch. Plötzlich lauten die Schlagworte: es kommt nur darauf an, einem Überraschungsangriff zuvorzukommen — und dann zu überleben. Amerika rechnet mit einem Verlust von 60 bis 80 Millionen Menschen; Rußland versichert, hinter dem Ural unschlagbar zu sein. Und es gab sogar in Europa einige Geistliche, die erklärt haben, gegen den Antichrist sei der Einsatz von Atombomben gerechtfertigt — dafür habe Gott sie geschaffen.

Aber dieser Zirkel des Untergangs schlägt noch wesentlich weiter. Langsam nämlich verschieben sich die Grenzen zwischen den sogenannten „konventionellen" Waffen und den Atomwaffen — es ist nicht mehr die große Atombombe allein, die existiert. Heute existieren bereits Atomgranaten, Granaten mit atomaren Sprengköpfen, Atomgeschosse, Atommunition. Kommt ein neuer Krieg, wird niemand mehr genau sagen können, wann eigentlich der Atomkrieg begann. Und noch sind es nur zwei oder drei Großmächte, die über diese Waffen der totalen Vernichtung verfügen und die immer mehr von ihnen produzieren und sie horten — aber schon morgen können es mehr Mächte und Machtgruppen sein, die sich des Atoms bemächtigen: die Produktion ist im Verlauf der Jahre immer rationeller geworden, die Methoden haben sich vervollkommnet und vereinfacht — Geld und Genie allein sind kaum noch erforderlich — ein paar tüchtige Konstrukteure und Manager werden bald mit allen Problemen fertig werden; vielleicht in China oder in Indien, in Japan oder im arabischen Raum.

Die Welt scheint allerorten versessen darauf zu sein, sich ins All zu sprengen!

Zugleich mit der Atombombe sind aber auch die Warner erschienen. Der ersten Detonation folgte unmittelbar der Ruf: ich will nicht mitschuldig sein! Und dieser Ruf ist niemals mehr verstummt. Albert Einstein hat ihn seinen Jüngern zugerufen, die Freunde Albert Schweitzers verbreiteten ihn überall in der Welt, und heute gibt es wohl kaum noch einen Gelehrten von Rang, einen Prediger mit Verantwortungsgefühl, einen Schriftsteller von Ruf, der nicht eindeutig Stellung genommen hätte gegen die Atombombe.

Und dennoch existiert dieses ungeheuerliche Element des Infernos weiter — weil es Männer und Mächte gibt, die es existieren lassen — aus Dummheit, aus verbrecherischem Leichtsinn, aus mangelnder Einsicht, und wer weiß, aus welchen Gründen auch immer. Es kann sogar sein, daß diesen Totengräbern nichts weiter fehlt als ein wenig Phantasie.

Solange diese Welt existiert, hat es immer Kriege gegeben — und damit zugleich Menschen, die sich an ihnen bereichert haben, die Geld häuften und Ruhm sammelten, die sich Märkte eroberten und Geschichte mit Blut schrieben. Das Wissen darum, daß es Kriege gab, hat sich automatisch in den Glauben daran verwandelt, daß es immer Kriege geben wird. Die Realpolitiker rechnen von vornherein mit ihnen; und für die Strategen ist er Alltagsbeschäftigung und das tägliche Brot.

In den Augen dieser Leute gibt es nichts Lächerlicheres als gutmütige, aber weltfremde Pazifisten, wenn sie in ihren Reihen auftauchen — und zugleich aber sind sie hochwillkommen, sofern sie „die andere Seite" in Unordnung bringen. Neben der Lächerlichkeit haftet den konsequenten Freunden des Friedens der Verdacht an, daß sie Verräter unter dem Deckmantel der Menschheitsliebe sind.

Friedensliebe ist für nicht wenige gleichbedeutend mit Sabotage der Verteidigungsbereitschaft geworden. So wird denn die Freiheit zu einem Objekt der Militärs

und der Frieden zum Schauspiel für Politiker. Und inzwischen produzieren die Fabriken Atombomben am laufenden Band.

Dabei weiß heute jedes Kind, welche Wirkung eine Atombombe hat. Der zur Zeit serienweise hergestellte Typ läßt in einem Durchmesser von 6 Kilometern die Materie zu Staub zerfallen, bis zu 12 Kilometern werden selbst noch Gebäude aus Eisenbeton vernichtet, bis zu einem Radius von 18 Kilometern steht kein Haus mehr. Aber diese Zahlen stellen lediglich sogenannte Normalwerte dar — sie können vielleicht heute schon überholt sein; spätestens morgen werden sie es sein. Und die Experimente gehen weiter.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sich diese Experimente letzter und genauester Kontrollen entziehen — die Wirkungen der letzten Versuchsbomben waren ungleich größer, also noch vernichtender, als erwartet wurde. Noch weiß niemand um die Wirkung der radioaktiven Strahlen, um das Ausmaß und die Ausdauer dieser Giftwolken, die die Menschheit anschleichen wie gedungene, entfesselte, mordlüsterne Ungeheuer.

Die Menschheit spielt mit ihrer Vernichtung beinahe mit der gleichen harmlosen Unbekümmertheit, mit der ahnungslose Kinder Hochspannungsmasten erklettern oder junge Hunde in die Räder rasender Autos springen.

Die Atombombe scheint zu einem festen Einrichtungsgegenstand der zivilisierten Welt geworden zu sein — für Realpolitiker eine Summe in der großen Rechnung, für Zeitungsleser eine alltägliche Belästigung und für optimistische Phantasten das lästige Übergangsstadium für eine herrliche Zukunft.

Es hat noch niemals etwas Grauenhafteres gegeben: die Vernichtung lagert mitten unter uns — und wir schlafen nicht schlechter, wir denken nicht schärfer, wir zögern zu handeln. Dabei sollten wir nicht aufhören zu rufen, daß hier ein Mord an der Menschheit vorbereitet wird.

Und damit sind wir wieder an jenem Punkt angelangt, dem wir nicht ausweichen dürfen. Wieder erhebt sich die Frage: wo gehören wir hin? Wo ist unser Platz — zwischen den Atombomben der beiden großen Mächte?

Diese Frage, meine Freunde, wäre in normalen Zeiten ganz einfach und mit überzeugender Klarheit zu beantworten. Aber die Zeiten sind nicht normal, und diese Frage ist durch Sympathie allein nicht mehr zu lösen. Selbstverständlich, ganz selbstverständlich gehören wir weit mehr zu jener Welt, die allgemein als „die westliche" bezeichnet wird — Dummheit ist immer noch liebenswerter als Brutalität, und der Mißbrauch der Freiheit ist verzeihlicher als die Unterdrückung derselben; ein Skandal ist noch kein Verbrechen, und die Lächerlichkeit einer übersteigerten Zivilisation ist erträglicher als ein erbärmlicher Lebensstandard.

Aber vor und hinter uns stehen die Atombomben aufgereiht. Und wer noch einen Funken von Verstand hat, wird sie nicht blindlings in Kauf nehmen wollen. Das Leben ist immer wichtiger als ein wirtschaftlicher Vorteil — selbst noch in einer Zeit, in der sich mit Geld vieles kaufen läßt — sehr vieles — nicht alles.

So darf nämlich nicht vergessen werden, wie es begann und was dann geschah: 1945 fiel die erste Atombombe — sie war ein Sieg der Militärs und ein Triumph der Politiker. Immerhin: sie beendete einen Krieg! Die Väter dieser Atombombe packte das Entsetzen. Einstein beschwor die Menschheit, es mit dieser einen Herausforderung genug sein zu lassen. Aber Amerika experimentierte weiter; und die Sowjets experimentierten gleichfalls — auch ihnen gelang es, eine Atombombe zu konstruieren. Da trumpften die Amerikaner mit einer Wasserstoffbombe auf; und bald darauf taten die Sowjets das gleiche. Jetzt befindet sich — bei beiden — die Heliumbombe, die Plutoniumbombe in Fabrikation. In knapp zwölf Jahren gelang es, das Ausmaß der Zerstörung zu verhundertfachen.

Dieses fieberhafte Wettrennen nach dem sicheren Tod für Millionen ist das er-

schreckendste Schauspiel der Menschheit — es wird von beiden Seiten mit einer fast krankhaften Heftigkeit, einer zähen, nahezu hysterischen Verbissenheit und einem gigantischen Aufwand an Geld, Menschen und Material betrieben, so daß jeder aufmerksame Betrachter erschaudern muß. Es ist, als ob der Tod mit seinem Spiegelbild Schach spielt und jeden Zug gierig mit einem Gegenzug erwidert — absolut sicher, daß er am Ende stets gewinnen wird.

Dabei gibt es für die Menschheit nur eine einzige Möglichkeit, zu leben — sie müssen die Atombomben aus der Welt schaffen! Und das hätten sie schon vor zehn Jahren tun sollen. Wenn sie es nicht endlich wirklich tun, wird es zu spät sein.

Hier, so glaube ich, liegt die einzige, wirklich große Aufgabe unserer Zeit. Sich ihr zu verschreiben, ist nicht nur ein Gebot der Klugheit — es muß ein Anliegen des Herzens sein. Und es ist durch nichts, durch kein Opfer, zu teuer bezahlt.

Die Amerikaner und die Sowjets, beide müssen gleichermaßen wissen, daß sie die Verantwortung für die Menschheit tragen — nicht nur für ihr Land, für ihr Volk, für ihren Kontinent — nein: für die Menschheit! Das muß ihnen wieder und immer wieder gesagt werden — mit der gebotenen Deutlichkeit und mit aller Energie.

Von beiden gleichermaßen ist zu fordern, daß sie diesen Irrtum beenden — und wer von beiden die größeren Anstrengungen macht, die einzig möglichen und allein erstrebenswerten Erfolge erzielt — dem gehört dann unser Beifall, unsere Sympathie und unser Dank — er allein ist dann der Retter der Menschheit.

Wie kann sich denn Europa reinen Herzens und mit gutem Gewissen für den Westen oder für den Osten entscheiden — denn wie auch immer diese Entscheidung ausfallen möge: es wäre eine Entscheidung für die Atombombe — und damit für den Selbstmord. Denn ob die Liebe oder der Hunger zum Selbstmord führen, ändert nichts daran, daß der Selbstmord geschieht.

Und es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß kein klardenkender Mensch mehr in der Welt an das ewige Gerede von Friedenswillen und Abrüstungsbereitschaft ernsthaft glauben kann — und das, weil nicht mehr zu übersehen ist, daß viele Politiker im Osten und auch im Westen gar nicht erkannt haben, wie ungeheuerlich die Bedrohung der Menschheit durch das teilbare Atom geworden ist. Denn wüßten sie um die möglichen Ausmaße der Vernichtung, hätten sie auch nur ein wenig Instinkt, sie zu ahnen, einen Fetzen Phantasie, sie sich auszumalen — sie würden nicht eher Ruhe finden, ehe sie nicht die Atombomben aus der Welt geschafft hätten.

Es mag ruhig Flugzeuge geben, die sich mit Überschallgeschwindigkeit fortbewegen, auch Raketen, die zum Mond geschossen werden. So lange diese Flugzeuge Passagiere befördern, kommt sich die Menschheit näher. Wenn aus Raketen Wetterstationen im All werden, können sie dem Leben auf der Erde dienen. Aber Flugzeuge und Raketen, die Atombomben tragen — sie zu bauen, ihre Stationierung zu fördern oder auch nur zu dulden, bedeutet: in eine leichtfertige Kumpanei mit dem Tod einzugehen.

Wir alle, jeder, der denken kann und der um die Verantwortung des einzelnen für die Menschheit weiß, der einfache Mann auf der Straße ebenso wie der Industriekapitän in seinem Konferenzzimmer, der Polizeibeamte an seiner Ecke und der Ingenieur im Bauch eines Frachters, der Arbeiter im Walzwerk und die Sekretärin an ihrer Schreibmaschine, der Soldat, der Wache steht, und der Politiker, der eine Rede konzipiert — wir alle müssen uns der Erkenntnis stellen, daß der Menschheit die Vernichtung droht.

Dieses Wissen darf uns niemals verlassen. Und wir müssen fordern und stets wachsam darauf achten, daß es auch die Mitmenschen, die für uns Entscheidungen treffen, niemals verläßt. Wir dürfen niemand mehr, in keiner Stunde und bei keinem Wort, von seiner Verantwortung befreien, oder auch nur dulden, daß er sich

ablenken läßt. Millionen Menschen müssen täglich wieder und immer wieder fordern, was in den Hirnen der Politiker und auf den Stirnseiten der Zeitungen unübersehbar zu stehen hat: schafft die Atombombe aus der Welt!

Ich hoffe, meine Freunde, Sie verstehen jetzt, was mich bewogen hat, an den Anfang meiner Ausführungen einige sehr einfache Erkenntnisse zu setzen und aus ihnen gleichermaßen primitiv erscheinende Folgerungen zu ziehen. Wenn ich aber gesagt habe: Mißtraut den großen Worten! — und: Mißtraut den Mächtigen! — mißtraut ihnen so lange, bis sie den Beweis antreten, daß sie das Gute wollen und gewillt sind, das Leben zu bewahren — wenn ich das gesagt habe, geschah es im Anblick der Atombombe.

Ich habe mich im vergangenen Jahr Nacht für Nacht mit dem Thema beschäftigt, wie wohl ein Atomkrieg, der in unserer Zeit entfesselt wird, aussehen könnte. Ich habe mich erst nach längerem Zögern an diese Arbeit gemacht und eigentlich nur, weil sich in mir die Überzeugung festigte, daß diesem Thema nicht mehr ausgewichen werden darf. Ich habe dann dieses Buch*) mit dem gebotenen Ernst und mit der unerläßlichen Sachlichkeit begonnen — und bald empfand ich nur noch Angst und Qual und Grauen. Und wenn ich dann nach hundert und hundert durchwerkten Nächten erschöpft und resigniert meine Schreibtischlampe auslöschte und ins Freie ging, in den hellen Morgen hinein — dann sah ich die Bauern meiner Nachbarschaft schon auf den Feldern, wie sie hinter dem Pflug einhergingen, die Saat ausstreuten oder die Sense schwenkten. Und dieser Anblick war es, der mir immer wieder neue Kraft und Hoffnung gab und auch an den Ausspruch eines Freundes gemahnte, der da gesagt hatte: was immer auch geschieht — glaube an den Menschen!

Und so lange ein Mensch lebt und über sich und sein Leben nachdenkt, verfolgt ihn die Frage nach dem Sinn seines Daseins. Sie ist vor mehr als zweitausend Jahren bereits mit schlichter Gültigkeit beantwortet worden; und diese Antwort hat gelautet: ein Buch schreiben, einen Baum pflanzen, ein Kind zeugen! In unsere Zeit übertragen heißt das: einen gütigen Gedanken haben, ein gutes Werk tun und Vater oder Mutter sein wollen — in einer Welt, die voller Phrasen, voller Vernichtung und voller Gier ist.

In zwei Weltkriegen, die Europa erschüttert und ausgeblutet haben, starben Millionen Menschen — und Millionen unter ihnen wurden ermordet. Ein dritter Weltkrieg kann Europa von der Landkarte löschen und seine Völker aus den Geschichtsbüchern streichen. Und immer, wenn ein Krieg zu Ende ging, erhob sich die Frage nach dem Recht — und später auch die nach der Gerechtigkeit. Ein Vorgang, zu dem Millionen Tote schweigen — nicht aber die, die ihre Mörder waren.

Wir in Deutschland — zumindest meine Freunde und ich — wir durchtaumelten die große Katastrophe mit verkrampften Herzen und zerquälten Hirnen. Und wenn auch kein Blut an unseren Händen war, so fühlten wir uns doch zutiefst schuldig und mitschuldig. Dieses Gefühl hat uns nie wieder verlassen; und aus ihm wuchs eine seltsame, vielleicht auch ganz selbstverständliche Verpflichtung, die mit der Grund ist, warum ich Bücher schreibe und jetzt auch hier vor ihnen stehe: was mit uns geschehen ist, darf nicht noch einmal und mit niemandem geschehen!

Und nun kamen die Überlebenden; und als sie vor uns standen, konnten wir ihnen nicht ins Gesicht sehen. Zu mir kam einer und fragte ganz einfach: Woran arbeitest du, mein Junge? Und unter den zehn Büchern, die ich seitdem geschrieben habe, befindet sich nicht eins, kein Satz in ihnen, keine Formulierung — die nicht vor diesem gütigen Manne bestehen könnte.

*) „Keiner kommt davon", Verlag Kurt Desch, München.

Dieser Mann kam zu uns aus Norwegen, aus Oslo. Er heißt: Max Tau.

Durch Max Tau und seine Freunde haben wir gelernt, daß in dieser Welt die Hoffnung nicht ausstirbt, so lange in ihr Menschen leben, die ihre Mitmenschen wahrhaft lieben. Und die Menschen in aller Welt brauchen diese Liebe der Mitmenschen nicht nur — alles in ihnen verlangt danach!

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Menschen sich untereinander aufrichtig lieben würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Wie groß, zum Beispiel, ist doch die ehrliche Sympathie, die der deutsche Mensch dem französischen gegenüber empfindet — und doch führten diese Völker innerhalb weniger Jahrzehnte drei Kriege miteinander; und zwischen ihnen flossen Ströme von Tränen und Blut, ohne sie vollends trennen zu können. Und wer etwa will bezweifeln, daß der sowjetische Genosse von Herzen gern ein Freund des amerikanischen Bürgers sein möchte — und umgekehrt; selbstverständlich. Und nur weil es einen Albert Schweitzer gibt, wird die schwarze Rasse niemals mehr nur mit Verachtung, Furcht oder Haß auf die weiße Rasse blicken dürfen.

Schon besteht eine große Bruderschaft der Menschen, die guten Willens sind. Ihre Kraft zu verstärken, ihren Einfluß zu mehren, sollte unser aller Bestreben sein. Denn obwohl die Welt nicht kleiner geworden ist, sind sich dennoch die Menschen näherkommen. In unseren Tagen ist Tokio leichter von Oslo zu erreichen als etwa Hamburg vor einhundert Jahren.

Die Völker wollen den Frieden — und sie dürfen nie müde werden, von ihren Politikern zu verlangen, daß sie ihn erreichen. Was gefordert werden muß, ist Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Wahrheit.

Seit nahezu zehn Jahren erschöpfen sich Regierungen in aller Welt in dem Bemühen, nachzuweisen, daß sie ohne Fehl und Tadel sind. Mithin auch: ohne Schuld. Der allein Schuldige ist grundsätzlich immer der andere. Aber wer von uns, meine Freunde, wäre völlig frei von jeglicher Schuld? Wo gäbe es wohl jemals eine Regierung, die von sich behaupten könnte, nichts anderes als immer nur klug, gerecht und weise gehandelt zu haben? Aber genau das ist es, was die Welt immer wieder zu hören bekommt — und das ist entweder Hochmut oder Dummheit oder Lüge.

Was wir aber verlangen müssen, ist Aufrichtigkeit und Einsicht. Es wird endlich einmal an der Zeit sein, daß ein Politiker aufsteht und bekennt: wir haben diesen oder jenen Fehler gemacht — wir wollen ihn bereinigen. Das wäre Größe. Aber es geschieht nicht. Und das bedeutet Gefahr. So entsteht aus dem Irrtum der Fehler, dieser führt zur Ungerechtigkeit und daraus entsteht Haß — und Haß ist die Kraft, die die Pforten des Krieges aufstößt.

Eine wesentlich neue Denkungsart — das ist es, was Einstein fordert. Und wie sich die Gesetze des Alls auch in denen des Atoms widerspiegeln, so sind auch die großen, weltumspannenden Ereignisse oft nichts anderes als ein Widerhall der kleinen, eng begrenzten Geschehnisse. Wenn viele unter uns nicht mehr wissen, was eine Familie ist oder wenigstens doch sein kann — woher soll dann das große Gefühl für die Familie der Völker kommen?

Die Menschheit wird aus Gottes Hand fallen, wenn sie nicht endlich begreift, was Demut und Aufrichtigkeit ist. Die Liebe unter den Völkern wird nicht lebensfähig sein, wenn die Liebe zwischen den Menschen stirbt. Keine neue große und erlösende Idee kann das Licht der Welt erblicken, wenn die Ehrfurcht vor der Geburt fehlt und die Freude über ein neues Lebewesen sich nicht einstellt.

Eltern, die verehrungswürdig sind, ein Freund, der an deiner Seite geht, eine Frau, die geliebt wird, ein Kind, das zu dir gehört — erst durch sie wird das Leben

wahrhaft lebenswert. Und erst durch sie bilden sich die Zellen, die dem Organismus Menschheit zum wahren Leben verhelfen.

Meine Freunde, wenn wir gut sein wollen, uns um Klarheit bemühen, das Gerechte erstreben — und bereit sind zu lieben — dann werden wir auch die Kraft haben, die Politiker zur Gerechtigkeit zu provozieren und die Menschheit zu befrieden.

Dann werden wir nicht nur überleben — dann werden wir leben!

---

Kurt Hirsch

# Wirtschaftliche und politische Sünden Frankreichs als Ursachen des Algerien-Krieges

## Frankreichs zivilisatorische Siege und politische Niederlagen

Ehe die Franzosen Algerien 1830 besetzten, wurde es nach der Herrschaft der Vandalen im 5. Jahrhundert arabisch und im 15. Jahrhundert türkisch. Ein Großteil der Küste war bis ins 20. Jahrhundert hinein von Seeräuberhäuptlingen beherrscht, während das algerische Hinterland von nomadisierenden Hirtenstämmen bevölkert wurde.

Die Eroberung Algeriens entsprang sehr realen wirtschaftlichen Gründen. Am 12. November 1830 nahm der damalige französische Kriegsminister hierzu mit folgenden Worten Stellung:

„Sie beruht auf unaufschiebbaren kategorischen Forderungen, die auf das engste mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Frankreich und sogar selbst in Europa in Zusammenhang stehen: Die Erschließung eines ausgedehnten Raumes für unseren Bevölkerungsüberschuß und für den Absatz unserer Industrieprodukte gegen solche Produkte, die auf unserem Boden und in unserem Klima nicht gedeihen."

Die französischen Kolonisten bauten Getreide, Wein und Südfrüchte an und pflanzten Ölbäume; die Viehzucht und die Küstenfischerei wurden erweitert und modernisiert, sowie die Gewinnung von Eisenerzen, Phosphaten, Blei und Zink in die Wege geleitet. Es entstanden Städte und Straßen, und es wäre ungerecht, zu verschweigen, daß die Franzosen im Laufe einiger Jahrzehnte in Algier beachtliche zivilisatorische und wirtschaftliche Leistungen vollbracht haben. Doch die nationalistische Welle, die gegenwärtig Algerien und teilweise das französische Mutterland erschüttert, ist die furchtbare, blutige Rechnung, die den Franzosen heute für ihre politischen Fehler und sozialen Unterlassungssünden gegenüber den Algeriern präsentiert wird. Im wesentlichen betrachteten die Franzosen die Eingeborenen als billige Arbeitskräfte und als Kanonenfutter. So wurde es zum Beispiel grundsätzlich unterlassen, den Arabern eigenes Land zum Anbau zu geben. Dies hatte zur Folge, daß sich achtzig Prozent der ertragreichen Kulturfläche Algeriens noch heute in den Händen der französischen Minderheit befinden, obgleich dreiundachtzig Prozent der

Bevölkerung von der Landwirtschaft leben. Jean Jaurès sagte bereits 1896: „Wir widersetzen uns der kolonialen Politik, weil sie den Reichtum verschleudert, der jetzt dazu verwendet werden sollte, die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern. Wir bekämpfen die koloniale Politik, weil sie die beklagenswerte Folge des Kapitalismus ist, der zu Hause den Verbrauch dadurch einschränkt, daß er die Arbeiter nicht mit dem vollen Ertrag ihrer Arbeit bezahlt und sich im Ausland neue Märkte durch Eroberung und Gewalt erschließen muß. Wir bekämpfen diese Politik, weil in jeder kolonialen Unternehmung die kapitalistische Ungerechtigkeit durch die schlimmste Korruption vergrößert wird . . ."

Zu den oben erwähnten Unterlassungssünden gehört es auch, daß im Jahre 1954 noch 1 800 000 Kinder, das sind neunzig Prozent aller mohammedanischen Kinder, im Schulalter weder lesen noch schreiben konnten, weil es für sie einfach keine Schule gibt; daß an der Universität zu Algier von den 5000 eingeschriebenen Studennur 500 Algerier sind, und dies, obgleich die mohammedanische Bevölkerung achtmal soviel Köpfe zählt als die europäische; daß fast überall im Lande auf etwa 40 000—80 000 Einwohner nur ein Arzt kommt; daß die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr 181 von Tausend beträgt, während sie in Frankreich bei 41 von Tausend liegt; daß in Algerien mehr als eine Million Menschen niemals Arbeit finden können.

Im Juni 1955 mußte sich der Wirtschaftsrat der Gesetzgebenden Versammmlung der Republik Frankreich zu der Feststellung bequemen, daß das durchschnittliche Einkommen in der algerischen Landwirtschaft pro Einwohner weniger als 20 000 Francs (ca 200 DM) im Jahr beträgt. Damit gehört dieses Einkommen zu den niedrigsten der Welt.

Die mannigfaltigen, ungelöst gebliebenen sozialen Probleme werden noch dadurch verschärft, daß die eingeborene Bevölkerung, die im Jahre 1880 drei Millionen zählte, auf etwa neun Millionen angewachsen ist, der heute etwas mehr als eine Million Franzosen gegenüberstehen, die sich als die Herren des Landes betrachten. Wie bei jeder Kolonialmacht, waren die zivilisatorischen Erfolge der Franzosen von einer Politik der Blindheit gegenüber den nur allzu berechtigten nationalen und sozialen Forderungen der Algerier und gegenüber den realen Gegebenheiten begleitet.

### „Sozialreformen besser als militärische Aktionen"

Zwar sehr spät — aber damals noch nicht zu spät — erkannte im August 1955 der ehemalige französische Ministerpräsident Mendès-France, daß man sich in Frankreich darüber klar werden müsse, daß die Hauptursache der Unzufriedenheit der Algerier in der schlechten sozialen Lage zu suchen sei. Wörtlich erklärte er, daß „Sozialreformen besser als militärische Aktionen" seien. Einer der Gründe, warum Mendès-France gestürzt worden ist, ist in diesen Auffassungen zu suchen, denn er war bestrebt, einen für beide Partner tragbaren Weg des Kompromisses zu finden, und wünschte, in unblutiger Weise die französische Kolonialherrschaft stufenweise abzubauen. Vielleicht hätte es damals zwischen einer fortschrittlichen und vorausblickenden Regierung und den Vertretern der algerischen Nationalbewegung noch einen Weg der Verständigung gegeben. Heute hingegen scheint es so, als ob dieser notwendige, im Interesse der sich bekämpfenden Gruppen liegende Weg versperrt wäre durch die von den Franzosen begonnenen und von beiden Seiten fortgesetzten Greueltaten; durch die ermordeten Frauen, Kinder und Greise; durch die Engstirnigkeit französischer Kolonialisten; durch das überhebliche Verhalten der französischen Behörden; durch extrem nationalistische Propaganda auf arabischer Seite und durch die nationalistisch-faschistische Agitation auf französischer Seite. Es bedarf politischer Phantasie, um einen Ausweg zu sehen, der imstande wäre, die Hürde der

hingeschlachteten Araber und Franzosen zu überschreiten und auf längere Sicht ein Neben- und Miteinander der Franzosen und Algerier zu gewährleisten. Unbestreitbar ist, daß die Franzosen mit der Politik der Stärke und dem Bombardieren von Dörfern, mit Strafexpeditionen und Geiselerschießungen, mit der Strategie der verbrannten Erde immer stärker in eine militärisch, politisch und wirtschaftlich ausweglose Sackgasse gelangen.

Schon allein die Tatsache, daß Ende Februar dieses Jahres das erste Mal die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs „in bisher ungewohnter Weise offen für die nationalen Rechte der Algerier" („Die Welt" vom 6. 3. 1958) eintraten, sollte doch inner- und außerhalb Frankreichs alle zum Nachdenken anregen, die glauben, daß man die Entwicklung mit Bombenflugzeugen zum Stillstand bringen kann. In der Entschließung, die auf dieser kirchlichen Arbeitstagung angenommen wurde, heißt es, daß die Kirche nicht das Recht habe, sich in enge nationale Vorstellungen einschließen zu lassen, und daß sie die Bildung neuer Nationen als ein gutes Recht erklären müsse. Der März-Ausgabe der „Mission de France", dem Mitteilungsblatt der für die katholische Mission tätigen Organisationen, entnehmen wir die folgende Stellungnahme der französischen Bischöfe zum Algerien-Konflikt: „Wenn es sich herausstellt, daß in Algerien ein Volk lebt, das sich vom französischen Volk unterscheiden will, dann können wir nur klar feststellen, daß sich hier die Kirche so wenig wie andernorts der Entwicklung des algerischen Volkes zur Unabhängigkeit widersetzt."

### Die Sahara, eine Vorratskammer und ein Exerzierplatz für Atombombenversuche

Zu den manigfaltigen Problemen gehören auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs; denn der Algerien-Konflikt bedeutet für das französische Mutterland nicht nur eine militärische und politische „Malaise", sondern vor allem ein wirtschaftliches Faß ohne Boden. Die direkten Kosten dieses Krieges betragen für Frankreich jährlich 400 Milliarden Franc (ca 4 Milliarden DM), und nicht zuletzt auf diese Ausgabe ist es zurückzuführen, daß es der französischen Regierung seit Jahren nicht gelingt, ihr Defizit zu beseitigen und dem Parlament einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es besteht kein Anlaß, anzunehmen, daß sich dieser Zustand bei einer Realisierung des französischen Wirtschaftsplanes — der sich von 1957 bis 1961 erstrecken soll — bessern wird. Eine weitere Belastung der französischen Wirtschaft durch den Algerienkrieg entsteht u. a. dadurch, daß in Wirtschaft und Industrie Zehntausende Facharbeiter fehlen, die in Afrika als Soldaten für eine ebenso sinn- wie aussichtslose Sache kämpfen. Durch diesen Ausfall an Arbeitern wurden zum Beispiel allein im Jahre 1956 rund 3 Millionen Tonnen Kohle weniger als ein Jahr vorher gefördert.

In dieser für das französische Volk wirtschaftlich bedrückenden Situation, die in neuen Steuern, das heißt in einer stärkeren Belastung breitester Kreise der Bevölkerung ihren Ausdruck findet, erhoffen manche Franzosen die finanzielle Gesundung des Landes von der Gewinnung und wirtschaftlichen Ausnützung der in der Sahara vorhandenen Bodenschätze. Es wäre zum Beispiel nach französischen Berechnungen möglich, jährlich 400 Millionen cbm Erdgas zu gewinnen. Des weiteren sind nach französischen Angaben unter dem heißen Sand der Sahara Bodenschätze, wie Kohle, Kupfer, Mangan, Zinn, Uranium und schließlich Eisenerz von schwedischer Güte vorhanden. Falls es gelingen sollte, mit Hilfe neuer Eisenbahnlinien das Land zu erschließen, würde, so rechnet man, ein Export von 10 bis 12 Millionen Tonnen Eisenerz aus Algerien möglich. Aber der Bau dieser Eisenbahnlinien würde pro Kilometer 22 Millionen Francs kosten.

Doch diese und ähnliche Zukunftsträume erweisen sich angesichts der harten und

blutigen politischen Realitäten als eine Fata Morgana, denn die Sprecher der Algerischen Aufstandsbewegung haben eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie die Bodenschätze der Sahara als Eigentum des algerischen Volkes betrachten und daß sie aus diesen Gründen alle von den Franzosen mit ausländischen Geldgebern geschlossenen Verträge nicht anerkennen werden. Es ist unter den gegenwärtigen Umständen kaum anzunehmen, daß die Amerikaner große Investitionen, die zur Erschließung der Wüste notwendig wären, in dieses wirtschaftlich problematische, aber politisch eindeutig unsichere Geschäft machen werden, obwohl gerade die USA wirtschaftlich und militärisch an Algerien interessiert sind. So möchte sie z. B. Bizerta zum Nato-Flottenstützpunkt machen. Die Zukunft wird entscheiden, ob die Wüste Sahara ein Exerzierplatz für Atombomben- und Raketenversuche bleibt, oder ob es einer selbständigen algerischen Regierung morgen oder übermorgen möglich sein wird, die vorhandenen Schätze zum Nutzen des eigenen Volkes zu bergen.

Es geht nicht allein um Algerien!

Wer versucht, die Algerienfrage als isoliertes Problem unabhängig von der vor sich gehenden nationalen Revolution in den arabischen Ländern zu betrachten, der wird sich zwangsläufig zu Fehlschlüssen verleiten lassen und evtl. sogar daran glauben, daß diese immer tiefer im Körper Frankreichs eiternde, moralische, politische und wirtschaftliche Wunde militärisch zu lösen sei. Das heißt, man kann nicht nach Algier blicken, ohne zur gleichen Zeit auf Nasser zu schauen und seine Bestrebungen zu berücksichtigen, die verschiedenen arabischen Staaten — die teilweise in ihrem heutigen Zustand wirtschaftlich lebensunfähige Gebilde darstellen — zu einigen.

Es sei vorweggenommen, daß das nationale Erwachen der arabischen Völker nicht ohne nationalistische Exzesse und die damit verbundenen üblen Begleiterscheinungen vor sich geht und daß einer der stark einengenden Punkte inmitten von unterschiedlichen arabischen Interessen der gemeinsame Haß gegen den Staat Israel ist. Sicherlich tun auch einige ehemalige Nationalsozialisten, die sich in der weiteren oder näheren Umgebung Nassers befinden, ihr Bestes, um der schlechten Sache der Haßpropaganda gegen Israel zu dienen. Auch wenn man die Außen- und Militärpolitik der israelischen Regierung und deren Kriegsabenteuer anläßlich des Suez-Konfliktes ablehnt, wird man sich doch keinesfalls der tragischen und nicht sehr auswegreichen Situation der dort lebenden eineinhalb Millionen Juden entziehen können. Es wäre aber ebenso verfehlt wie oberflächlich, zu glauben, daß diese national-revolutionäre Welle, von der heute die arabischen Länder erschüttert werden, etwa ohne Israels Militärpolitik und ohne die aus Deutschland stammenden Agitatoren, die in Kairo ihr Unwesen treiben, nicht dennoch gekommen wäre. Man kann nationale und soziale Revolutionen sehr wohl verzögern oder vorantreiben, aber ihr Entstehen und ihre Entwicklung sind geschichtliche Ereignisse, bei denen ausländische Berater, die fördernd wirken, ebensolche Episodenrollen spielen wie die korrumpierten Stammesfürsten, die sie zu verzögern suchen. Auch der Versuch eines „Mittelmeer-Paktes" kann die Geschichte nicht überspielen. Die Ursachen solcher elementaren Volksbewegungen, des Aufstehens von Völkern, die bisher gekniet haben, liegen doch etwas tiefer, und es ist sicherlich nicht von ungefähr, daß sich seit 1943 sechshundertfünfzig Millionen Menschen von der Kolonialherrschaft — zum Teil nur formell — befreit haben: Abessinien (italienisch) 1943; Korea (japanisch) 1945; Formosa (japanisch) 1945; Mandschurei (japanisch) 1945; Transjordanien (britisch) 1946; Libanon (französisch) 1946; Syrien (französisch) 1946; Philippinen (amerikanisch) 1946; Burma (britisch) 1947; Indien (britisch) 1947; Pakistan (britisch) 1947; Ceylon (britisch) 1947; Israel (britisch) 1948; Indonesien

(holländisch) 1950; Libyen (italienisch) 1951; Sudan (britisch) 1953; Indochina (französisch) 1954. Zu diesen von 650 Millionen bewohnten Ländern, die heute teilweise in neuen Abhängigkeiten leben, müssen noch 600 Millionen Chinesen gerechnet werden, die sich vom japanischen, amerikanischen und englischen Einfluß befreiten.

Die Ursachen der Entwicklung in Ägypten liegen zum Beispiel auch in der Tatsache, daß im Jahre 1950 von den 15,4 Millionen Fellahins, die in den Dörfern des Niltales leben — es sind 70 Prozent der ägyptischen Bevölkerung — 12 Millionen vollkommen besitzlos waren. 2,7 Millionen waren Kleinbesitzer, und von diesen wiederum besaßen 2 Millionen, also über 70 Prozent, nur 12 Prozent des Nutzbodens. Das heißt, sie konnten von ihren Parzellen allein nicht leben, sondern mußten gemeinsam mit den übrigen 12 Millionen landarmen Fellahins auf den großen Gütern arbeiten. Diesen Zahlen standen 712 000 mittlere Landbesitzer gegenüber, die 40 Prozent des Nutzlandes ihr Eigentum nannten und teilweise verpachteten. Doch 11 884 Großagrarier kontrollierten ein Drittel des Nutzbodens. Die maßlose, mittelalterlichen Verhältnissen entsprechende Ausbeutung der Pächter und Landarbeiter ermöglichte es dieser kleinen Schicht von Reichen, in den Kurorten Europas einem parasitischen Dasein zu fröhnen.

Es würde zu weit führen, hier die Maßnahmen, die von der gegenwärtigen ägyptischen Regierung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse angewendet werden, wiederzugeben. Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß auf diesem Gebiet bisher einiges Vielversprechende geschehen ist. Ähnlich liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse auch heute noch in den anderen arabischen Ländern. Überall steht eine kleine, auf ihre eigenen Profitinteressen bedachte, korrumpierte Schicht der großen hungrigen Masse gegenüber, deren primitivste Bedürfnisse trotz des oft vorhandenen Reichtums an Bodenschätzen nicht befriedigt werden. Zu diesen nach einer Lösung schreienden mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gesellt sich das wachsende Verlangen nach nationaler Freiheit und Einigkeit der arabischen Welt.

Wenn man auch die Art und Weise, wie die Abstimmung über die Vereinigung von Syrien und Ägypten vor sich gegangen ist, nicht als Ausdruck der klassjschen Demokratie bezeichnen kann, so entspricht aber dessen ungeachtet dieser erste Schritt zu einem Block der vereinigten arabischen Staaten, dem sich inzwischen noch der Jemen angeschlossen hat, unbestreitbar dem Willen der überwiegenden Mehrheit dieser Völker. Das Entstehen und Wachsen eines arabischen Bundesstaates, der auch vor den Grenzen von Tunis und Algier nicht haltmachen wird, ist weder durch den Zusammenschluß von monarchistisch regierten Ländern, wie Irak und Jordanien, noch durch den als Monarchen getarnten feudalen Stammesfürsten Ibn Saud, in dessen Land der Sklavenhandel ebenso wie der mit amerikanischen Kühlschränken blüht, aufzuhalten.

Sicherlich können sich einige der arabischen Zwergstaaten mit Hilfe amerikanischer Unterstützung, die in Wahrheit das wirtschaftliche und militärische Öl-Interesse meint, und der dazugehörigen Sechsten Flotte, die kürzlich bereit war, zu Gunsten König Husseins von Jordanien einzugreifen, noch einige Monate oder Jahre halten; doch wird sich das Verlangen nach nationaler Einheit, in weiterer Sicht betrachtet, um vieles stärker erweisen als der Wille einiger Operettenmonarchen.

Es ist zweifellos nicht von ungefähr, daß die in Tunis erscheinende, dem Präsidenten Burgiba nahestehende Zeitung „L'Action" kürzlich schrieb:

„Um im Jahre 1958 respektiert zu werden, kann man es sich nicht länger leisten, ein Freund des Westens zu sein. Wenn man gehegt und gepflegt werden will, muß

man ein Nehru, ein Tito oder ein Nasser sein. An dem Tag, an dem Burgiba sich entscheidet, den von Nasser beschrittenen Weg zu gehen, wird Tunesien nicht länger beschimpft und angegriffen werden, von dem Tag an wird man uns umwerben." („Christ und Welt" vom 20. 2. 1958.)

Bereits im Jahre 1956 erklärte der indonesische Staatspräsident Dr. Sukarno vor Professoren und Studenten der Heidelberger Universität u. a.:

„Es ist meine aufrichtige Überzeugung, daß die nationale Revolutionen Asiens und Afrikas mit die bedeutendste Entwicklung zu unseren Lebzeiten darstellen. Sie sind bedeutender als die Atombombe."

Wer wollte ernsthaft bestreiten, daß der nun schon über drei Jahre währende Krieg in Algerien nur einen Abschnitt dieser Entwicklung darstellt, von der Sukarno sprach? Von diesem Aspekt aus betrachtet, muß die derzeitige französische militärische Politik der Stärke in Algier als Zeichen der politischen Schwäche und Auswegslosigkeit gewertet werden. Die Tragik dieser Situation liegt nicht zuletzt auch darin, daß alle ernst zu nehmenden französischen Politiker sehr wohl wissen und in Privatgesprächen auch zugeben, daß Algerien für die Franzosen nicht zu halten sein wird. Aber aus mancherlei innenpolitischen Gründen wagen sie es nicht, sich zu dieser Auffassung zu bekennen. Sicherlich wird ein Nachgeben der französischen Regierung gegenüber der nationalen algerischen Bewegung und eine Rückkehr der seit Generationen in Algier lebenden Franzosen die rechtsradikalen Kräfte in Frankreich stärken und auch unweigerlich zu schweren innenpolitischen Krisen und zum Sturz der jeweils amtierenden Regierung führen. In der gegenwärtigen Situation gliche ein solches Nachgeben einer schwierigen und komplizierten Operation bei der Patientin Marianne. Sie könnte dabei einen starken Blutverlust erleiden — einen Blutverlust, dem ein Gesundungsprozeß folgen würde. Demgegenüber aber trägt der heutige Zustand die Gefahr des Verblutens in sich, ohne daß dies der Patientin rechtzeitig zum Bewußtsein kommt. —

In Anbetracht der gegenwärtig vollkommen verfahrenen politischen Situation des algerisch-französischen Konfliktes, der nationalistischen Exzesse hüben und drüben, der von französischer Seite angewandten SS-Methoden, der von den Arabern durchgeführten Grausamkeiten müssen wir uns hier mit der Aufzählung der vorhandenen Tatsachen begnügen, nicht ohne unser Bedauern darüber hinzuzufügen, daß für all das, was heute im Namen Frankreichs in Algier geschieht, sämtliche Parteien der französischen Regierungskoalition ohne Skrupel und blind gegenüber der Zukunft der französischen Nation — ganz zu schweigen von vernünftiger Einsicht in unaufhaltsame Entwicklungen — verantwortlich zeichnen.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

### Wortlaut des Appells der 44 Professoren an den Deutschen Gewerkschaftsbund

Die amtliche Schlußverlautbarung der Nato-Konferenz in Paris vom 19. Dezember 1957 und die Erklärung der Bundesregierung vom 23. Januar 1958 machen offenkundig, daß die Bundesrepublik in das System der Abschußrampen für Raketen und der Atomwaffenlager einbezogen werden soll. Millionen deutscher Menschen sind dadurch von tiefer Sorge und Unruhe erfaßt.

Die Aufrüstung mit Atomwaffen auf unserem Boden verschärft die gefährlichen Spannungen, macht die Hoffnungen auf Wiedervereinigung aussichtslos und bedeutet im Konfliktfall die endgültige, unabwendbare Vernichtung Deutschlands.

Die ernsten, ja beschwörenden Stimmen kenntnisreichster und wahrhaft urteilsfähiger Wissenschaftler sind von den verantwortlichen Politikern in unbegreiflicher und folgenschwerer Weise übergangen worden. Wir wenden uns daher an das ganze deutsche Volk, die Mahnungen und Warnungen der Wissenschaftler nicht unbeachtet zu lassen. Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden! Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und ein besserer Lebensstandard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden? Die Fortsetzung und Steigerung des Wettrüstens aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen jedes sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs. Heute kommt es darauf an, den mitteleuropäischen Raum nicht in die tödlichen Fesseln atomarer Militärpolitik zu verstricken. Dieser Krisenherd muß von Atomwaffen freibleiben. Das liegt im Interesse beider Teile unseres gespaltenen Vaterlandes und aller europäischen Völker. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein erster wesentlicher Schritt in die gemeinsame freiheitliche und friedliche Zukunft aller Deutschen.

Wollen die Gewerkschaften die Wissenschaftler angesichts der drohenden Gefahren allein lassen? Warum zögern und worauf warten sie? Ungeachtet verschiedener Auffassungen über Wirtschafts- und Sozialfragen fordern die Unterzeichner die Gewerkschaften auf, sich in dieser ernsten entscheidenden Stunde mit ihnen zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung zu verbinden.

Die Unterzeichner: Prof. D. Otto Bauernfeind, Tübingen — Prof. Dr. Georg Brauer, Freiburg — Prof. D. Herbert Braun, Mainz — Prof. Walter Brudi, Stuttgart — Prof. Dr. Walther Bulst, Heidelberg — Prof. Georg Dehn, München — Prof. D. Hermann Diem, Tübingen — Prof. Dr. Luitpold Dussler, München — Prof. Dr. Fritz Eichholtz, Heidelberg — Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt — Prof. Dr. Julius von Gierke, Göttingen — Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart — Prof. Dr. Walter Hagemann, Münster — Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, Göttingen — Prof. Dr. Carl Hermann, Marburg — Prof. Dr. Adolf Hertlein, München — Prof. D. Dr. Johannes Hessen, Köln — Prof. Dr. Guido Hoheisel, Köln — Prof. Dr. Helmut Hönl, Freiburg — Prof. Dr. Erich Hückel, Marburg — Prof. D. Renatus Hupfeld, Heidelberg — Prof. Dr. Karl Kammüller, Karlsruhe — Prof. Dr. Karl Otto Kiepenheuer, Freiburg — Prof. Dr. Erich Lange, Erlangen — Prof. Dr. Wilhelm Loew, Mainz — Prof. Dr. Wilhelm Nestle, Stuttgart — Prof. Dr. Otto Pflugfelder, Stuttgart — Prof. Dr. Walter Rentschler, Stuttgart — Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München — Prof. Dr. Leonhard Riedel, Karlsruhe — Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal — Prof. Dr. Karl Rode, Aachen — Prof. Dr. med. Hans Schaefer, Heidelberg — Prof. Dr. Levin L. Schücking, Farchant — Prof. Dr. Max Schuler, Göttingen — Prof. Dr. Alexander Graf Schenk von Stauffenberg, München — Prof. Rudolf Steinbach, Aachen — Prof. D. Hermann Strathmann, Erlangen — Prof. Dr. Kurt Trautwein, München — Prof. D. Georg Wehrung, Tübingen — Prof. Dr. Leo Weismantel, Jugenheim — Prof. Dr. Aloys Wenzl, München — Prof. Dr. Folkert Wilken, Freiburg — Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

## Die Resonanz auf den Appell der Vierundvierzig

Der Appell der 44 deutschen Universitäts- und Hochschulprofessoren hat innerhalb der Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo ausgelöst. In Telegrammen, Briefen und Entschließungen begrüßen Orts- und Kreisverbände des DGB, Betriebsbelegschaften, Konferenzen und Delegiertenversammlungen den Appell der Wissenschaftler.

Bis heute erklärten sich über 1,1 Millionen Arbeiter und Angestellte durch ihre Delegierten und Organisationen mit den Forderungen der Wissenschaftler solidarisch. Weitere Zustimmungen gehen täglich ein.

Durch hektografierte Schreiben und Versammlungen machen die unteren Gewerkschaftsorganisationen ihre Mitglieder mit dem Wortlaut des Appells bekannt. In zunehmendem Maße berichten auch die örtlichen Pressen über stattgefundene Mitgliederversammlungen, auf denen Entschließungen im Sinne des Appells angenommen werden. In

den Entschließungen erklären sich die Gewerkschaften bereit, den Kampf gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und für eine atomwaffenfreie Zone im Sinne des Rapacki-Planes nunmehr durch Unterschriftensammlungen, Protestveranstaltungen, Demonstrationen und Warnstreiks aktiv zu führen. So verlangten die hessischen Delegierten der Gewerkschaft ÖTV auf ihrer Jahreshauptversammlung vom Bundesvorstand des DGB einen Zehn-Minuten-Warnstreik aller Arbeitnehmer gegen eine Atomausrüstung der Bundeswehr. Die 160 Delegierten der Bundeskonferenz der Hauptfachabteilung II K der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Essen forderten als Vertreter der 220 000 Mitglieder den Bundesvorstand des DGB auf, „den 44 Universitätsprofessoren jede gewerkschaftlich mögliche Form der Hilfe zuteil werden zu lassen".

Vielfach haben die Gewerkschaften die Unterzeichner aufgefordert, in Versammlungen vor Arbeitern zu sprechen. Wie aus den Schreiben hervorgeht, besteht der Wunsch, den 1. Mai zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Atomtod zu machen.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik habe ich Zustimmungserklärungen erhalten, so vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden in Frankfurt, der mitteilt, daß bei ihm in letzter Zeit ständig Entschließungen aus Mitgliederkreisen eingehen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten für das Bundesgebiet, Hans Nätscher, hat den Aufruf begrüßt. Zustimmend äußerten sich der DGB-Ortsausschuß Hamm i. W., zahlreiche Betriebsratsvorsitzende und Betriebsräte aus dem Ruhrgebiet, der Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, der DGB-Kreisausschuß Villingen/Schwarzwald, die IG Metall in Augsburg, die IG Papier und Keramik in Hamburg, der DGB-Kreisausschuß Lauingen, die DGB-Kreisausschüsse Konstanz und Hanau, die IG Metall in Ulm, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Frankfurt, die DGB-Kreisausschüsse Rhein-Wupper und Leverkusen, der Ortsausschuß des DGB in Elmshorn, der DGB-Kreisausschuß Gummersbach, der Betriebsrat der Tabakfirma Vogelsang in Bremen, die Gewerkschafter der Klöckner-Draht-Industrie in Düssedorf, der DGB-Ortsausschuß Gelsenkirchen, die IG Bau-Steine-Erden, Mainz, die Bezirksleitung Niedersachsen der IG Chemie-Papier-Keramik, u. a. m.

Wuppertal-Elberfeld, den 15. 3. 1958 Renate Riemeck

## Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

I.

Wie haben wir Christen uns gegenüber der Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie gegenüber ihrer politischen Einplanung zu verhalten?

Die bisherige Diskussion über diese Frage ist nicht nur durch gefühlsbetonte Einstellung und taktische Erwägungen belastet, sondern besonders durch zweierlei:

Entweder setzte sie spekulativ bei einer überkommenen Lehre über das Wesen des Staates und von daher über Sinn und Rechtfertigung der Gewaltanwendung und des Krieges an (im Rahmen etwa einer Theologie der Ordnungen); oder sie setzte zwar theologisch legitim ein bei der Aufgabe des Staates, der „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen" hat (These 5 der Barmer Erklärung), übersah aber, daß damit gerade nicht jede Gewaltanwendung und jedes Mitmachen in einem Krieg uneingeschränkt gerechtfertigt, sondern bedingt und begrenzt ist durch die politische Aufgabe der Wahrung von Recht und Frieden. Sie unterließ es, die fortschreitende waffentechnische Entwicklung ständig mit der Frage zu begleiten, ob sie das Wesen des Krieges als letztes und gleichwohl problematisches Mittel politischer Auseinandersetzung nicht so verändert, daß Recht und Frieden durch ihn keinesfalls mehr gewahrt werden können.

Beide Gedankengänge kreisen mit der Frage nach der Berechtigung eines Krieges „an sich" um vergangene Wirklichkeiten und Möglichkeiten und entziehen sich dadurch der Antwort des Gehorsams auf die Frage, vor die uns die atomare Aufrüstung heute stellt:

Dürfen wir als Christen unseren und unserer Mitmenschen irdischen Schutz der Erprobung, Herstellung, Lagerung und — in äußerster Konsequenz — der Anwendung atomarer Waffen anvertrauen und dürfen wir sie als Mittel der Politik einplanen? „Hier ist ein

vorbehaltlos Nein geboten, weil spätestens mit den neuen Vernichtungswaffen der Krieg endgültig so bestialisch geworden ist, daß eine Teilnahme an ihm mit dem Willen Gottes unmöglich vereinbart werden kann" (Gollwitzer).

1. Die neuen Waffen erlauben — schon durch ihre Beschaffenheit, nicht erst durch ihren Mißbrauch — keine Unterscheidung mehr zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Sie treffen wahllos alle Menschen des gegnerischen Volkes. Vom Krieg als Mittel der Rechtswahrung kann hier nicht mehr die Rede sein.

2. Die neuen Waffen führen nur zur Vernichtung des Gegners und erlauben als Kriegsziel keine andere Forderung als die der bedingungslosen Kapitulation. Sie erzwingen eine Gesinnung der absoluten Kampfausschaltung des Gegners; sie sind als Abschreckungs- und Kampfmittel nur brauchbar, sofern wir bereit sind, zur Verteidigung der eigenen Güter, des eigenen Rechts und der eigenen Freiheit Millionen Menschen des anderen Lagers das Leben oder kommenden Generationen die Gesundheit zu nehmen. Von einem Miteinanderleben im Frieden als dem Ziel des Krieges kann dann nicht mehr die Rede sein.

3. Die neuen Waffen machen den allenfalls unter dem Gesichtspunkt der äußersten Staatsnotwehr erlaubten Verteidigungskrieg illusorisch. „Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Fall verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden" (Synode der EKU). Wer sich auf einen atomaren Krieg einstellt, muß bereit sein, die Vernichtung auch des eigenen Volkes von vorne herein in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft unter der romantisch-idealistischen Parole „lieber tot als Sklav" ist heidnisch. Ein Christ achtet die Gabe und Aufgabe des irdischen Lebens und wirft es nicht weg.

4. Die neuen Waffen treffen im Unterschied zu allen bisherigen die gänzlich Unbeteiligten ebenso wie die kommenden Generationen aller Kreatur, und zwar nicht erst in der Anwendung, sondern schon in der Erprobung.

Die evangelische Kirche bekennt, daß ihr „durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen" widerfährt (These 2 der Barmer Erklärung). Das verbietet ihr nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen. Dies Bekenntnis gebietet zugleich, im Gehorsam des Glaubens — wie überall, so auch hier — mit der Abwehr drohenden Verderbens selbst den Anfang zu machen und der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den „Realitäten" des politischen Kalküls. Dieser Anfang ist ein Akt der Diakonie, den wir Christen der bedrohten und geängstigten Welt heute schulden. Mögen die Ungläubigen damit zögern, wir Christen dürfen und müssen ihn wagen im Vertrauen auf Gott, der diese Welt samt aller Kreatur in West und Ost auf den leidenden und siegenden Christus hin geschaffen hat und durch ihn und die Verkündigung seines Evangeliums erhalten will bis auf seinen Tag.

II.

Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann.

Um der uns anvertrauten Menschen und um unserer selbst willen müssen wir darauf bestehen, daß wir auf diese Frage eine Antwort erhalten. Wir sind es der Synode schuldig, sie an ihre geistliche Verantwortung zu erinnern, da sie sich in der Wahrnehmung dieser Verantwortung als rechtmäßige Leitung der Kirche erweist. Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis gegeben,

Stimmt die Synode aber mit uns darin überein, daß den Christen angesichts der neuen Waffen ein vorbehaltloses Nein geboten ist, muß sie dann nicht dem Staat gegenüber rechtzeitig und deutlich sagen, daß auch in der Militärseelsorge rechte Verkündigung des Evangeliums die Bezeugung einschließt, daß sich der Christ an der Konstruktion, Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie an der Ausbildung an diesen Waffen nicht beteiligen kann oder darf?

III.

Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.

2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.

3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.

4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.

5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.

6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.

7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.

8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.

9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.

10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.

Für die Theologische Sozietät in Baden

Pfarrer Güß, Karlsruhe — Oberlandesgerichtsrat Emmerich, Karlsruhe — Gutsbesitzerin Hansch, Karlsruhe — Pfarrer Holz, Oftersheim/Schwetzingen — Professor D. Hupfeld, Heidelberg — Studentenpfarrer Schröter, Heidelberg — Vikarin Dr. Schulte, Heidelberg.

Für den Evangelischen Arbeitskreis Unterwegs in Berlin-Brandenburg

Professor Dr. Kupisch, Berlin — Pfarrer Schrader, Berlin.

Für die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen in Göttingen

Redaktor Dr. Fahlbusch, Weende über Göttingen — Pfarrer Marquart, Göttingen — Oberstaatsanwalt Reimann, Göttingen — und andere.

Für die Kirchliche Bruderschaft in Hessen-Nassau

Pfarrer Dr. Berger, Frankfurt — und andere.

Für die Kirchliche Bruderschaft in Nordwestdeutschland

Pfarrer Bleckmann, Bunde/Leer — Hauptlehrer Bloem, Kleinheide/Ostfriesland — Pfarrer Immer, Hinte/Emden.

Für die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft der Pfalz

Landgerichtsrat Dr. Schläfer, Kaiserslautern — Pfarrer Kaffka, Annweiler/Pfalz — Pfarrer und Studienrat Kronauer, Kaiserslautern — und andere.

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland

Pfarrer Linz, Köln — Pfarrer Buckert, Duisburg — Vikar Haarbeck, Mülheim/Ruhr — Pfarrer lic. Immer, Duisburg — Pfarrer Köhnen, Mettman — Pfarrer Locher, Wuppertal — Pfarrer Mayer, Duisburg — Vikarin Neumärker, Waldbröl — Landeskirchenrat Quaas, Düsseldorf — Pfarrer lic. Quistorp, Kleve — Pfarrer Rohkrämer, Wallach/Niederrhein — Pfarrer Scherffig, Düsseldorf — Vikarin Schlomka, Koblenz — Pfarrer Schüler, Elversberg/Saar — Pfarrer Streiter, Goch/Niederrhein — Landgerichtsrat Dr. Simon, Düsseldorf — Pfarrer Vowe, Moers.

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft in Westfalen

Oberkirchenrat Kloppenburg, DD, Dortmund — Diplomkaufmann Suppert, Dortmund — Pfarrer Schmidt, Dreis-Tiefenbach/Siegen — Pfarrer Diestelkamp, Steinheim — Pfarrer Bischoff, Gelsenkirchen — Pfarrer Wandersleb, Herne — Pfarrer Wilkens, Herford — Pfarrer Niemöller, Bielefeld — Pfarrer Wisseler, Lüdenscheid — Pfarrer von Oppen, Datteln — Superintendent Bach, Bochum.

**Für die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg**

Pfarrer Dr. Werner, Stuttgart — Dekan Weber, Stuttgart — Bürgermeister a. D. Günther, Freudenstadt — Vikar Holzträger, Heilbronn — Studienrat Schlenker, Ulm — und 179 weitere Pfarrer und Gemeindeglieder aus allen Teilen Württembergs.

## Wortlaut der Entschließung der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt

Das Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen für die Zukunft drängt uns, von der Öffentlichkeit zu fordern, sich folgende Einsicht ganz zu eigen zu machen: Es ist ein Irrtum zu glauben, die sogenannten Atomwaffen seien nichts anderes als Waffen mit gigantisch gesteigerter Wirkung. Bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Rüstung der Welt würde ihre Anwendung zur Folge haben, daß nicht nur die beiden Gegner einander vernichten. Die radioaktive Verseuchung würde unausweichlich die gesamte Erdoberfläche erfassen und damit die Existenz der ganzen Menschheit tödlich gefährden. Das weitere Herstellen und Erproben von Atomwaffen in allen Lagern, sei es auch mit dem Ziel der Abschreckung, ist deshalb sinnlos. Wir wissen, daß diese Einsicht zur Abwendung der Katastrophe nicht ausreicht. Ob die Einsicht wirksam wird, hängt von der moralischen Festigung und dem steten Hinwirken jedes einzelnen, insbesondere der Verantwortlichen, ab.

Wir beschwören alle, sich ihrer Verantwortung für die Zukunft der Menschheit bewußt zu sein.

Für die Professoren:
Professor Karl Krejei-Graf, Dekan

## Wortlaut der Erklärung von 204 akademischen Mitgliedern der Universität London

Dear Mr. Macmillan,

Wir, die unterzeichneten Lehrer und Wissenschaftler der Universität von London, sind überzeugt, daß internationale Verhandlungen über die Atomwaffenabrüstung notwendig sind.

Bis solche Verhandlungen stattfinden, glauben wir, daß Großbritannien:

a) Patrouillenflüge mit Atomwaffen,
b) weitere Wasserstoffbombenversuche,
c) die Einrichtung von Raketenbasen auf seinem Gebiet aufgeben sollte.

Diese Petition ist von 204 Angehörigen der akademischen Mitglieder von zahlreichen Colleges der Londoner Universität unterzeichnet. Wie Sie hieraus ersehen werden, gehören die Unterzeichner zahlreichen Fachrichtungen und den verschiedensten Universitätsgraden an. Die Petition ist unterzeichnet von 57 Professoren und Dozenten, 96 Lektoren und 51 Hilfslektoren und Forschungswissenschaftlern.

Diese Petition stellt nur einen geringen Anteil der Ansichten dar, die in der gesamten Universität von London vorherrschend sind. Diese Petition begann spontan am vergangenen Montag, dem 24. Februar, angeregt durch verschiedene Kollegen an verschiedenen Collegs. Um unsere Absicht in ihren wesentlichen Punkten Ihnen und dem Parlament so schnell wie möglich und ohne Verzögerung zu übermitteln, hat die Petition nur einen Umlauf von wenigen Stunden in den Colleges und Abteilungen der Universität gehabt, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befinden. Wir sind der Überzeugung, daß unsere Ansichten, so wie sie von 204 Angehörigen des akademischen Personals empfunden werden, von einem weit größeren Teil unserer Kollegen in allen verschiedenen Zweigen der Universität von London geteilt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

D. V. Glass
Professor der Soziologie